

17. Jahrgang

Nr. 1

März 2006

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

Iran-Konflikt und
Dollar-Hegemonie

Therapien für das
Gesundheitswesen

Der „Schmetterlings-
Effekt“

Betrachtungen
und Berichte

Termine und
Initiativen

Herausgegeben von der

Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen _____ 3

Phänomene, Symptome, Therapien

Dollar-Hegemonie, iranisches Öl und die Furcht vor einem Atomkrieg in Nahost (C. Strawe) _____ 5
Welche Therapie hilft dem Gesundheitswesen? Vor einer neuen „Gesundheitsreform“ - Grundlagen eines modernen Gesundheitswesens (C. Strawe) _____ 8
Beispiel Paracelsus-Krankenhaus - ein Interview mit Gert-Rainer Pater _____ 12
Der „Schmetterlings-Effekt“ und die gesellschaftliche Umgestaltung (Nicanor Perlas) _____ 15

Berichte und Betrachtungen

Gedenken an Peter Schiefer und Peter Boock _____ 18
EU-Verfassung - Zivilgesellschaftliche Essentials _____ 18
Entwurf zu einer europäischen Kulturcharta (Peter Boock) _____ 21
Zum Börsengang der Deutschen Bahn AG (Karl-Dieter Bodack) _____ 24
Hochtief als Schulbetreiber _____ 27
Wohin fließen die Milliardengewinne? (Michael Rist, Bettina Kalambokis) _____ 27
Ökolandwirtschaft, WTO und Genfood, Vogelgrippe _____ 28
Grundeinkommen (Eckard Behrens) _____ 29
Die Samarita (Urban Vogel) _____ 30
Die Ziele des effe, UN-Beobachter zur Bildung in DE, Recht auf Kindheit _____ 31
Debatte: Der Eurythmieprofessor und seine ebenso staatlich anerkannte Kollegin (Thomas Brunner, mit einer Bemerkung von C. Strawe) _____ 33

Termine und Initiativen

Keinen Krieg gegen den Iran (Aufruf) _____ 38
Islam-Konferenz in Kassel _____ 39
Protest gegen Novelle zur Bio-Verordnung, Gendreck weg! _____ 40
Veranstaltungen zur Geld- und Bodenfrage _____ 41
effe-Kolloquium in Finnland _____ 42
Ausbildung für Ausbilder, Führung in der Selbstverwaltung _____ 43
Veranstaltungen in Achberg, Göttingen, Stuttgart _____ 44
Jugendkongress mit Nicanor Perlas in München _____ 46
Aktion Volksabstimmung _____ 46
Institut für soziale Gegenwartsfragen: Fortbildungsreihe und Studiengang _____ 47

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1619-1900. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehram. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Die niedrige Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt am 26. März zeigt die Unzufriedenheit vieler Menschen mit der herrschenden Politik auf. Der Kredit, den viele der Großen Koalition eingeräumt haben, könnte in nicht allzuferner Zukunft aufgebraucht sein. Dann wird viel darauf ankommen, dass nicht Rattenfänger die Unzufriedenheit nutzen können, sondern die Kräfte sich finden und Einfluss erlangen, die lösungsorientierte Konzepte zur Bewältigung der sozialen und ökologischen Krisenlage entwickeln können.

An Patchwork-Reformen, die nicht einmal die Symptome der sozialen Krankheit wirklich zu lindern vermögen, glauben immer weniger Menschen. Wenn jedoch vertrauenswürdige Ideen „epidemisch werden“ (Götz Werner), dann können die Menschen wieder Hoffnung schöpfen, dass eine lebenswerte soziale Zukunft möglich ist, und selbst dafür an ihrem Platz Initiative ergreifen.

Es beflügelt zu sehen, wie im letzten Jahr gerade die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens immer mehr Menschen ergriffen hat. Bei Vorträgen von Götz Werner zum Thema in den letzten Wochen nahmen zum Beispiel in Freiburg 1500 und in Stuttgart fast 1000 Menschen teil, Hunderttausende wurden über Talk-Shows mit der Idee bekannt. Zugleich entwickelt sich ein Dialog zwischen den verschiedenen Befürwortern des Grundeinkommens über die Wege zu seiner Verwirklichung, - zum Beispiel auch über die Formen der Finanzierung, wo die Vorstellungen einstweilen häufig noch auseinander gehen. Diese Ansätze müssen weiter verfolgt und sorgfältig gepflegt werden, wozu diese Zeitschrift weiterhin ihren Beitrag leisten wird.

Bei einigen LeserInnen wird dieses Heft erst Anfang April im Briefkasten liegen. Zu den Gründen für die späte Auslieferung gehört neben der Überfülle der sonstigen Verpflichtungen des Redakteurs auch der Umstieg auf ein neues Satzprogramm - was doch einen erheblichen Einarbeitungsaufwand nach sich gezogen hat.

Ich hoffe, der Inhalt entschädigt Sie für die Verspätung. Thematisch behandelt das Heft ein weites Spektrum: Hintergründe der Iran-Krise, Probleme des Gesundheitswesens und die Frage, wie der Zivilgesellschaft die Transformation der Gesellschaft gelingen kann, gehören dazu ebenso wie die Fragen nach einem anderen Europa, das Raum für kulturelle Kreativität bietet, demokratisch von unten bestimmt wird und die Solidarität in den Mittelpunkt des ökonomischen Handelns stellt. Die im letzten Heft behandelten Fragen nach der Zukunft des öffentlichen Sektors werden fortgeführt, unter anderem mit einer Betrachtung über den Börsengang der Deutschen Bahn AG.

Ihr



Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Parlamentswahl im Irak +++ Ex-Kanzler Schröders Entscheidung, den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden der deutsch-russischen Gaspipelinegesellschaft zu übernehmen, stößt in der Öffentlichkeit auf heftige Kritik +++ Zwischen 2001 und 2005 wurden 384 Flüge der CIA im deutschen Luftraum registriert +++ Der Klimaschutzgipfel in Montreal bringt eine Einigung über die Fortführung des Kyoto-Abkommens. Ab Mai 2006 soll über eine Anschlussregelung für den 2012 auslaufenden Vertrag beraten werden +++ Der Todeskandidat Tookie Williams - in der Haft Verfasser zahlreicher Kinderbücher, die zur Gewaltfreiheit aufrufen - wird in Kalifornien hingerichtet. Gouverneur Schwarzenegger hatte eine Begnadigung abgelehnt +++ Explosion eines riesigen Treibstofflagers bei London +++ Die deutsche Geisel Susanne Osthoff wird im Irak freigelassen +++ Bei einem EU-Ratsgipfel in Brüssel kommt es durch eine Initiative der neuen Bundeskanzlerin Merkel zu einem Kompromiss im Finanzstreit. Das EU-Parlament lehnt den Kompromiss später allerdings ab +++ Der WTO-Gipfel in Hongkong endet, nachdem die Verhandlungen mehrfach ins Stocken geraten waren, mit einem Kompromiss, der vorsieht, dass die Industriestaaten bis 2013 einen Teil ihrer Agrarsubventionen abbauen. Anwesende Vertreter der Zivilgesellschaft kritisieren die Ergebnisse als entwicklungs- und demokratiefeindlich. So würden z. B. die skandalösen Agrarexportsubventionen nicht vollständig abgebaut. Sie wenden sich auch gegen die Inhaftierung von DemonstrantInnen durch die chinesischen Behörden +++ Skandal um die Stammzellenforschung des südkoreanischen Klon-Pioniers Hwang Woo Suk. Er soll wissenschaftliche Ergebnisse mit gefälschten Daten manipuliert haben +++ Heftiger Streit zwischen Russland und der Ukraine über russische Gaslieferungen durch das staatlich kontrollierte Unternehmen Gazprom. Russland fordert zunächst eine fast fünffache Anhebung der Preise, die damit auf Weltmarktniveau gebracht werden sollen, und droht mit der Einstellung der Lieferungen. Nach langem Ringen kommt es schließlich zu einem Kompromiss +++ Der erste Testsatellit des Satelliten-Navigations-Systems Galileo der EU wird ins All geschossen +++ Zum Jahreswechsel fordert Bundespräsident Köhler eine stärkere Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer und plädiert für ein Grundeinkommen nach dem seiner Meinung nach in Amerika bewährten System der negativen Einkommenssteuer +++ Der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon erleidet einen Schlaganfall und muss in ein künstliches Koma versetzt werden +++ Staatsbesuche von Kanzlerin Merkel in USA und Russland. Zuvor hatte sie die Existenz des Guantanamo-Gefangenenlagers kritisiert. In Russland trifft sie auch mit Menschenrechtsgruppen zusammen +++ Bei einer Massenpanik sterben in Mekka 362 Pilger +++ Nach der Ausbreitung der Vogelgrippe in der Türkei verschärft die Europäische Union ihre Importverbote für Geflügel +++ Kontroverse um eine Studie der Stiftung Warentest, die Sicherheitsmängel der Stadien behauptet, die bei der Fußball-WM 2006 bespielt werden +++ Der französische Präsident Chirac droht

mit dem Einsatz von französischen Atomwaffen gegen Staaten, die den Terrorismus unterstützen. Die Drohung erscheint vor allem als gegen den Iran gerichtet +++ Papst Benedikts erste Enzyklika „Deus caritas est“ (Gott ist die Liebe) findet große Resonanz und wird zum Bestseller. In dem Text wendet sich der Papst auch gegen einen ausbeuterischen Kapitalismus +++ In Palästina gewinnt überraschend die radikal-islamische Hamas die Parlamentswahlen und verdrängt die Fatah von der Macht. Israel lehnt Verhandlungen mit Hamas ab. Zahlreiche Regierungen fordern von ihr, auf Gewalt zu verzichten und das Existenzrecht Israels anzuerkennen und machen dies zur Vorbedingung für Verhandlungen und Hilfen. Russland und die Türkei indes laden Hamas-Vertreter zu Gesprächen ein +++ Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss über die Rolle des BND im Irak kommt - nicht zuletzt wegen der Haltung der Grünen - zunächst nicht zustande +++ Das Bundeskartellamt verhindert die Übernahme der Pro Sieben Sat 1 Media AG durch den Springer-Konzern +++ Daimler-Chrysler will weltweit Tausende von Stellen abbauen. Bei VW könnten von Rationalisierungen bis zu 20.000 Mitarbeiter betroffen sein +++ Tod von Ex-Bundespräsident Johannes Rau +++ Beim Weltwirtschaftsforum in Davos ist der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und Indiens ein zentrales Thema +++ Zivilgesellschaftliche Aktivisten treffen sich im Rahmen des Weltsozialforums in Caracas +++ Der Einsturz einer Messehalle in Kattowitz/Polen fordert zahlreiche Todesopfer +++ Zwei deutsche Ingenieure werden im Irak entführt. Die Geiselnnehmer drohen mit der Ermordung der Opfer, falls Deutschland nicht seine Botschaft in Bagdad schließt +++ Zuspitzung der Auseinandersetzung im Atomstreit mit dem Iran. Russland und China stimmen zu, die Angelegenheit vor den Weltsicherheitsrat zu bringen +++ Der linksgerichtete Politiker Evo Morales wird zum neuen Präsidenten Boliviens gewählt +++ US-Präsident Bush betont erneut den Führungsanspruch der USA in der Welt und droht dem Iran +++ Bereits im letzten Jahr in einer dänischen Zeitschrift veröffentlichte Karikaturen des Propheten Mohammed lösen eine Welle der Entrüstung in der islamischen Welt aus. Es kommt zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen diplomatische Vertretungen aus Europa, bei denen auch Menschen zu Tode kommen +++ Ein schweres Fährunglück im Roten Meer fordert Hunderte Todesopfer +++ In Deutschland wird die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre bereits sechs Jahre früher eingeführt als ursprünglich geplant. Arbeitsminister Müntefering setzt sich damit gegen Kritiker durch - auch solche aus den Reihen der CDU/CSU +++ Einigung in der Koalition über die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten. Berufstätige Eltern und Alleinerziehende können jetzt zwei Drittel ihrer Ausgaben steuerlich geltend machen (Obergrenze 4000 Euro) +++ Besuch von Bundeskanzlerin Merkel in Israel. Sie trifft sich auch mit dem palästinensischen Präsidenten Abbas in Ramallah. Weitere finanzielle Hilfen knüpft sie an einen Gewaltverzicht der Hamas und deren Anerkennung des Existenzrechts Israels +++ Bei der Münchner Sicherheitskonferenz bezieht Kanzlerin Merkel eine betont harte Haltung gegenüber dem Iran +++ In Baden-Württemberg streiken Beschäftigte im öffentlichen Dienst gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit, in deren Folge Arbeitsplatzabbau befürchtet wird. Die Gewerkschaft Verdi weitet die Streiks bald auf andere Bundesländer aus

* 11. Dezember 2005 bis 19. März 2006

+++ Innenminister Schäuble will nicht von seinem Plan ablassen, Bundeswehrsoldaten zur Sicherung bei der Fußball-WM einzusetzen +++ Massendemonstrationen gegen die sogenannte Bolkestein-Richtlinie über die Liberalisierung von Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt. Das Europaparlament hatte sich zuvor auf einen Kompromiss verständigt, der das sogenannte Herkunftslandprinzip entschärfen sollte, von den Kritikern der Richtlinie jedoch als völlig unzureichend betrachtet wird +++ Fatmir Sejdiu wird Nachfolger des verstorbenen Kosovo-Präsidenten Ibrahim Rugova +++ Das Bundesverfassungsgericht lässt den wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilten Mounir el Motassadeq vorläufig aus dem Gefängnis frei +++ Schneechaos in Bayern, die Schneemassen lassen Gebäude einstürzen. Heftige Schneefälle später auch in Baden-Württemberg +++ Winterolympiade in Turin +++ Bund und Länder einigen sich auf die seit langem geforderte Reform des föderalistischen Systems der BRD und machen damit den Weg zur Beratung im Parlament und Bundesrat frei. Die größte Verfassungsreform seit Bestehen des Landes soll die geteilte Zuständigkeit von Bund und Ländern zugunsten einer klaren Arbeits- und Verantwortungsteilung abbauen +++ Das Bundesverfassungsgericht erklärt den Abschuss von Passagierflugzeugen, die von Terroristen als Waffe eingesetzt werden, für Unrecht +++ Auf Rügen werden tote Schwäne gefunden, die Opfer des auch für Menschen gefährlichen Vogelgrippevirus H5N1 geworden sind. Landwirtschaftsminister Seehofer ordnet daraufhin ein Vorziehen der ohnehin geplanten Stallpflicht für Nutzvögel an. Vogelgrippefälle werden in der Folgezeit bis zum Bodensee registriert +++ Der Iran nimmt die Urananreicherung wieder auf +++ Führende deutsche Gaslieferunternehmen verpflichten sich auf Druck des Bundeskartellamts, den Wechsel von Kunden zur Konkurrenz zu erleichtern. Von Strafen sieht das Kartellamt ab +++ Eine historische Studie der Dresdner Bank bringt zu Tage, dass das Geldinstitut tief in die Verbrechen des NS-Regimes verstrickt war +++ Die Goldene Moschee, ein wichtiges Heiligtum der irakischen Schiiten, wird durch Bomben schwer beschädigt. Daraufhin eskaliert die Gewalt im Irak, es droht nun ein Bürgerkrieg zwischen Schiiten und Sunniten. Der iranische Staatspräsident Ahmadinedschat beschuldigt die USA und Israel, hinter dem Anschlag zu stehen +++ In den palästinensischen Gebieten konstituiert sich das neue Parlament. In ihm hat die Hamas die Mehrheit. Israel will nun die Überweisung von Zöllen und Steuern einstellen +++ Der UN-Sonderberichterstatter für Bildung äußert nach einem Besuch in der BRD Kritik am deutschen Schulsystem +++ Die Firma Heros - Branchenriese im deutschen Geldtransport - muss Konkurs anmelden, nachdem bekannt wird, dass Kunden um ca. 300 Millionen Euro betrogen wurden +++ Der Iran hat angekündigt, bis Ende März eine Ölbörse eröffnen zu wollen, an der den Abnehmern das Öl nicht mehr wie bisher üblich in Dollars, sondern vielmehr in Euros berechnet wird +++ Bei einem Staatsbesuch von US-Präsident Bush wird in Delhi ein Atomabkommen zwischen den USA und Indien geschlossen: Die USA werden Indien bei der Entwicklung der „zivilen Nutzung der Kernenergie“ unterstützen +++ Der US-Präsident besucht Pakistan +++ Die New York Times behauptet, der BND habe die USA für den Irakkrieg mit militärisch relevanten Informationen versorgt. Dies war

vom BND zuvor bestritten worden +++ Die Kultusminister der deutschen Bundesländer haben die Rechtsschreibreform von 1996 in einer Reihe von Punkten verändert. +++ Das Nürnberger AEG-Werk wird bis Ende 2007 durch den schwedischen Mutterkonzern geschlossen +++ Die Opposition im Bundestag einigt sich schließlich doch über einen Untersuchungsausschuss, der nicht nur die Rolle des BND im Irak, sondern auch die Gefangenenschleppungen durch die CIA über Europa untersuchen soll +++ Der Rentenbericht der deutschen Bundesregierung sieht vor, dass die Renten bis 2008 nicht weiter steigen, der Rentenbeitrag erhöht sich im kommenden Jahr auf 19,9 Prozent +++ Studentunruhen in Frankreich. Die Polizei räumt die Pariser Sorbonne von Studierenden, die gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Berufseinsteiger protestieren. Die Proteste weiten sich in der Folge aus +++ In Deutschland streiken die Ärzte zahlreicher Kliniken - das heißt, dass dort nur Notdienste funktionieren. Es geht um bürokratische Bevormundung, unzumutbare Arbeitszeiten und Entlohnung, bei der der „Marburger Bund“ 30% Erhöhung fordert +++ Heftige Debatte über die Pläne, Ausländer, die die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollen, einer Wissens- und Gesinnungsprüfung zu unterziehen. Solche Pläne gibt es z.B. in Hessen und Baden-Württemberg +++ Die US-Regierung veröffentlicht eine neue nationale Sicherheitsstrategie. Der Iran wird als Schurkenstaat Nr. 1 vorgeführt und als größte Sicherheitsbedrohung bezeichnet +++ US-Truppen führen die größten militärischen Operationen im Irak seit Ende des Krieges durch. Sie richten sich gegen Aufständische +++ Die israelische Armee stürmt ein Gefängnis in Jericho/Palästina, um dort einsitzende Palästinenser festzunehmen, die für die Ermordung des israelischen Tourismusministers Rehavam Zeevi im Oktober 2001 verantwortlich gemacht werden. Daraufhin kommt es zu Massenprotesten, Entführungen von Ausländern und Angriffen auf ausländische Einrichtungen, unter anderem solche der EU +++ Tod des ehemaligen serbischen Präsidenten Milošević. Milošević saß in Den Haag in Untersuchungshaft, wo er sich vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal zu verantworten hatte. Bei der Obduktion der Leiche, an der auch russische Ärzte teilnahmen, bestätigt sich der Verdacht auf Fremdeinwirken nicht +++ Die Vollversammlung der Vereinten Nationen einigt sich darauf, als Nachfolgeinstitution der UN-Menschenrechtskommission einen Menschenrechtsrat zu schaffen. Mit Nein stimmen die USA. 13 Sitze in dem Gremium sind vorgesehen für Länder in Afrika, 13 für Asien, 8 Sitze für Lateinamerika und die Karibik, 7 für die westlichen Länder Europas sowie für die USA und Kanada und 6 Sitze für Osteuropa +++

In eigener Sache

Stand des Kostenausgleichs

Bis 17. März waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) rund 26.500 von geplanten 36.000 EUR eingegangen. 9.500 EUR bleiben also noch zu finanzieren. Für alle bisherigen Beiträge herzlichen Dank!

Phänomene, Symptome, Therapien

Dollar-Hegemonie, iranisches Öl und die Furcht vor einem atomaren Krieg im Nahen Osten

Christoph Strawe*

In zahlreichen Weblogs und auf einer Vielzahl von Mailinglisten kursierten in den letzten Wochen Warnungen vor einer globalen Krise in diesem Frühjahr, vielfach wurde Ende März als gefährliches Datum genannt.

Die Veröffentlichung einer neuen Sicherheitsstrategie, in der der Iran als Schurkenstaat Nr. 1 erscheint, und scharfmacherische Äußerungen aus der US-Administration sind gewiss nicht geeignet, Sorgen vor einem Krieg gegen den Iran zu beseitigen. Auf der anderen Seite muss ins Kalkül gezogen werden, dass sich die USA militärisch durch die Inanspruchnahme im Irak in einer wenig komfortablen Lage befinden. Auch wirkt das Tief der Bush-Regierung in den Meinungsumfragen und die sinkende Aussicht, für einen Kriegskurs ein zweites Mal die Unterstützung einer Mehrheit zu erlangen, dämpfend. Neue Terroranschläge könnten das allerdings ändern, so meinen manche. Und viele von denen, die der offiziellen Version der Ereignisse des 11. September 2001 misstrauen und eine neue Untersuchung fordern, sorgen sich vor einer Irreführung der Öffentlichkeit durch Inszenierungen. So etwas gäbe es in der Geschichte der US-Politik nicht zum ersten Mal. Man denke, um nur eines von vielen Beispielen zu nennen, an den Tonkin-Zwischenfall - die Falschinformation, die als Vorwand zur Ausweitung des Vietnam-Kriegs diente. Die erschreckenden Äußerungen des iranischen Präsidenten über den Holocaust spielen im übrigen Scharfmachern der anderen Seite in die Hände. Wer das wiederum nicht glauben mag, möge sich auf den Seiten der offiziellen

* Bei diesem Artikel habe mich unter anderem auf Argumentationen von Martin Zeis und Johannes Lauterbach gestützt, die auf Mailing-Listen von Attac Stuttgart und des Global Network for Social Threefolding publiziert wurden.

iranischen Nachrichtenagentur Irna umschauen, wo unter anderem berüchtigte Gestalten der deutschen Neonazi-Szene als Kronzeugen zitiert werden.**

Drei Krisenfaktoren

Die Voraussage einer Krise wird vor allem mit drei Ereignissen begründet:

- Die Entscheidung des Federal Reserve Board der US-Notenbank, ab Ende März keine Zahlen mehr über die sogenannte Geldmenge M3 zu veröffentlichen. Darin sehen Beobachter den Versuch, die globale Situation des Dollars und seine wachsende Instabilität zu verbergen, und das heißt insbesondere, zu verschleiern, wieweit die USA ihre Schulden nur durch Betätigung der Notenpresse bezahlen bzw. bezahlen können.***

- Anzeichen für Planungen eines Militärschlags aus der Luft gegen den Iran. - Verwiesen wird auf Meldungen über eine Versetzung amerikanischer Streitkräfte in den Alarmzustand und über militärische Planungen, die darauf abzielen, nicht nur die Atomanlagen des Iran zu zerstören, sondern auch entscheidende Teile seiner Infrastruktur zu schwächen. Einige Beobachter wollen sogar den Zeitpunkt Ende März/Anfang April als konkretes Datum einer weltweiten Krise erkannt haben, die den Krieg gegen den Iran einschließt. Es gibt in diesem Zusammenhang auch Besorgnisse über den möglichen Einsatz sogenannter Mini-Nukes (Mini-Atomwaffen), der eine noch weitergehende Konfrontation mit der „islamischen Welt“ einleiten würde.

- Als ein wichtiger Krisenfaktor wird die Ankündigung des Iran gewertet, Ende März eine Ölbörse zu eröffnen, in der in Euro statt in Dollar abgerechnet werden soll. Das sei eine Bedrohung für die Rolle des Dollar als Weltreservewährung, die angesichts des gewaltigen Handelsbilanzdefizits der USA höchst gefährlich sei. (Wieweit ein durch die russische Nachrichtenagentur Novosti am 20. März verbreitetes Dementi eines Sprechers des iranischen Ölministeriums nur einen Beschwichtigungsversuch darstellt, ist im Moment schwer zu beurteilen.****)

Elemente dieser Argumentation tauchen unabhängig voneinander unter anderem in den folgenden Quellen auf:

- Ein Bulletin des europäischen Think Tank „Europe 2020“ warnt unter Hinweis auf die Ankündigung der FED und die geplante Ölbörse vor einer Systemkrise Ende März, wobei vor allem die ökonomischen Aspekte einer Dollar-Krise ins Auge gefasst werden.*****

** Vgl. www.ima.ir/en/news/view/line17/0601040047152031.htm

*** Zur Geldmenge M 3: Mit der Geldmenge M 3 sind hier gemeint alle US-Dollar-Bar-Bestände in Banknoten und Münzen, plus die laufenden \$-Girokontenbestände plus alle \$-Einlagenzertifikate (z.B. \$-Staatsanleihen) und alle \$-Geldmarktkontenbestände unter \$100.000, plus alle größeren Guthaben über \$100.000 (u.a. die Eurodollar-Reserven, größere übertragbare \$-Wertpapierbestände, und die Dollar-Devisenbestände der meisten nichteuropäischen Länder. Zum Beschluss der FED vgl. <http://www.federalreserve.gov/releases/h6/discm3.htm>. (Anmerkung Martin Zeis zu einem Artikel von Ron Paul).

**** <http://en.rian.ru/world/20060320/44575239.html>

***** www.europe2020.org/en/section_global/150206.htm

Der Atomwaffensperrvertrag

Zum Hintergrund des Atomkonflikts

Der 1970 in Kraft getretene und 1995 verlängerte Vertrag wurde zwischen den 5 Atommächten USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China und bis heute weiteren 184 Staaten ohne Atomwaffen abgeschlossen, die auf deren Besitz damit verzichten. Zugleich verpflichteten sich die Atommächte, eine vollständige atomare Abrüstung unter internationaler Aufsicht zu vereinbaren. Der Vertrag sollte die Weiterverbreitung von Kernwaffen verhindern, gleichzeitig jedoch die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie ermöglichen. Als Kontrollinstanz gegen militärischen Missbrauch schuf man die Internationale Atomenergiebehörde IAEA. Nicht unterzeichnet haben Indien, Pakistan und Israel - alle 3 verfügen über Nuklearwaffen. Nordkorea ist wieder ausgetreten.

Eine Hauptsache für die gegenwärtigen Probleme dürfte darin bestehen, dass die Großmächte ihre nukleare Abrüstung kaum vorangebracht haben. Die Duldung der atomaren Bewaffnung Israels und das jüngste Abkommen der USA mit Indien über Hilfe bei der Nutzung der Atomenergie lassen in vielen Ländern die Politik der USA als doppelzünftig erscheinen, was wiederum von gewaltbereiten Kräften in diesen Ländern für ihre eigenen Ziele ausgenutzt wird.

(Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffensperrvertrag>)

- Eine Rede des amerikanischen Kongressabgeordneten Ron Paul über das „Ende der Dollar-Hegemonie“, die einen Überblick über die Geschichte des Dollars als globaler Leitwährung gibt.* (Siehe Kasten S. 7)

- Informationen von Michel Chossudovsky, der in „Global Research“ über die Vollendung der Vorbereitungen für einen Luftschlag gegen den Iran und über den möglichen Einsatz der genannten Mini-Nukes schreibt. Was wir im Moment erlebten, sei der politische Showdown für den „Atomkrieg gegen den Iran“.**

Einwände gegen Katastrophenszenarien

Solche Stimmen bleiben nicht ohne Widerspruch. Matthias Streitz in „Spiegel online“^{***} etwa spricht demgegenüber von „Unfug“, von einer „Legende vom Petro-Euro-Krieg“ und von „Verschwörungstheorien“. Die Menge der iranischen Ölexporte sei weltwirtschaftlich marginal - wenn sie künftig in Euro fakturiert würde, werde das keine nennenswerte Auswirkung auf die Finanzkraft des Dollars haben, so wird der Ökonom Enno Harks von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin zitiert. Gleichzeitig gibt man jedoch zu, dass „der Thron der US-Währung [...] auf porösem Fundament“ steht.

Es seien aber andere Faktoren - die künftige Haushaltspolitik Bushs, die Entwicklung der US-Handelsbilanz oder die Frage, in welcher Währung China

* <http://www.house.gov/paul/congrec/congrec2006/cr021506.htm>

** <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=viewArticle&code=%20CH20060103&articleId=1714>

*** <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,405160,00.html>

seine immensen Geldreserven anlegt“ - die eine weit bedeutendere Rolle für ein mögliches Ende der Dollar-Hegemonie spielten.

Wie dem auch sei, die Gefahrenherde für die globale Stabilität wachsen. Eine nur wenig später ebenfalls in Spiegel-online^{****} kommentierte Studie der Investmentbank Goldman und Sachs, die mit Experten Krisenszenarien diskutiert hat, weist auf „10 wunde Punkte der Weltwirtschaft“ hin. Sie umfassen einen steigenden Ölpreis, den Terrorismus, die Risiken der US-Währung, ein überhitztes Wachstum der chinesischen Ökonomie, Regionalkonflikte, Abschottung von Märkten, Wohlstandsgefälle, Klimawandel und weltweite Seuchen. Besondere Risiken für ein Domino-artiges Steigen der Ölpreise erwartet man bei einer Eskalation des Atomstreits mit dem Iran. Auch die Tatsache, dass so unterschiedliche Kräfte wie der „linke“ Friedensaktivist Chossudowski, der Konservative Texaner Paul und das EU-orientierte „Europe 2020“ so weitgehend übereinstimmen, gibt zu denken.

Empire, Clash of Civilizations und elitäre Globalisierung

Johannes Lauterbach kommentiert die angeführten Artikel in einem Rundschreiben an das Global Network for Social Threefolding wie folgt:

„In den Artikeln fehlt ein wichtiger Aspekt: Die gleichzeitige Intensivierung des ‚Kampfs der Kulturen‘ (Clash of Civilizations), der durch den Aufschrei in der islamischen Welt über die Mohammed-Karikaturen noch verschärft wird. In diesem Zusammenhang ist der Erfolg der Hamas in Palästina und die antisemitische und antiwestliche Rhetorik des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zu betrachten. Während zur gleichen Zeit der Verfall der westlich-europäischen Wertethik rasch voranschreitet - sichtbar an der Tatsache, dass die europäischen Regierungen in keiner Weise adäquat auf die Kidnappings und Foltermethoden der US-Regierung reagiert haben, bei denen es sich schließlich um schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen handelt.“

Indem dieser Aspekt hinzugefügt wird, fassen wir ein kombiniertes Krisenpotential ins Auge, bei dem drei Elemente der Bedrohung - ein globales Empire und seine politisch-militärische Intervention, die ökonomische elitäre Globalisierung und der Kampf der Kulturen - zusammenwirken.“

Die Ökonomien der USA und der EU befänden sich seit einiger Zeit in einem Übergangsprozess. Er sei charakterisiert durch die Auslagerung traditioneller Industrieproduktion - bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kontrolle durch US- und EU-basierte Konzerne - und durch die Bedeutung neuer ökonomischer Sektoren (Medienbranche, Film), Lebenswissenschaften (gentechnische Produkte, Pharmazie, Saatgut, Gen-Food usw.), Software, Nanotechnologie etc.

Durch diese neuen Produkte, im Kontext mit den globalen Handelsabkommen und anderen Verträgen,

**** www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,406448,00.html

Das Ende der Dollar-Hegemonie

Aus einer Rede von Ron Paul (Texas) vor dem US-Repräsentantenhaus am 15.2.2006

Ron Paul analysiert die Verhaltensweise von Imperien der Vergangenheit und ihren Verfall, um dann die amerikanische „Dollar-Diplomatie“ zu behandeln. In Bretton Woods 1944 wurde der Dollar zur internationalen Leitwährung, die durch Gold gedeckt war. Nachdem 1971 diese Golddeckung des Dollars aufgehoben worden war, „vereinbarte die Elite der Geldmanager, besonders nachhaltig unterstützt von den US-Behörden, ein Abkommen mit der OPEC, den Preis für Erdöl weltweit ausschließlich in Dollar festzusetzen. Dies verhalf dem Dollar zu einem besonderen Platz unter den Weltwährungen und sicherte den Dollar im Endeffekt mit Öl ab. Im Gegenzug versprachen die USA, die diversen Öl-Scheichtümer gegen drohende Invasionen oder innere Aufstände zu schützen. Dieses Arrangement setzte den Aufstieg der radikalen islamischen Bewegung unter denen in Gang, die uns unseren Einfluss in der Region übel nahmen. Das Abkommen verlieh dem Dollar eine künstliche Stärke, verbunden mit unglaublichen finanziellen Vorteilen für die Vereinigten Staaten. In dem Maße, wie der Dollareinfluss gedieh, erlaubte uns dies, unsere Geldinflation zu exportieren, und zwar über große Preisnachlässe beim Öleinkauf und beim Import anderer Güter. [...]

Während der 1970er Jahre kollabierte der Dollar beinahe, als der Ölpreis sprunghaft anstieg und der Goldkurs auf 800 \$ pro Unze hochschoss. 1979 waren Zinssätze von 21 Prozent erforderlich, um das gesamte System zu retten. Der Druck auf den Dollar in den 1970ern reflektierte - trotz der Vorteile, die ihm zukamen - die grob fahrlässige Staatsverschuldung und die Währungsinflation während der 1960er. [...] Das Abkommen mit der OPEC zu Beginn der 1970er verlieh dem Dollar eine künstliche Stärke als der herausragenden Welt-Reserve-Währung. Das Abkommen schuf eine weltweite Nachfrage nach Dollarnoten und saugte Unmengen jährlich neu gedruckter Scheine an. Allein im letzten Jahr wuchs die Geldmenge M3 um über 700 Milliarden Dollar. [...]

Die künstliche Nachfrage nach unserem Dollar, verknüpft mit unserer militärischen Macht, hat uns in die einzigartige Position versetzt, die Welt beherrschen zu können, ohne selbst produktiv zu arbeiten, zu sparen und unseren Konsum oder unsere Verschuldung zu begrenzen. Das Problem ist: so kann das nicht weitergehen. Die Preisinflation erhebt ihr hässliches Haupt und die Blase an der NASDAQ-Börse, welche von schnellem Geld provoziert wurde, ist geplatzt. Genauso geht der Immobilienblase die Luft aus. Die Goldpreise haben sich verdoppelt und ein Ende der Bundesausgaben ist nicht in Sicht, bei Null politischem Willen, sie zu zügeln. Das letztjährige Handelsdefizit lag bei über 728 Mrd. Dollar. Ein Zwei-Billionen-Dollar-Krieg tobt, und es werden Pläne lanciert, den Krieg auf den Iran und möglicherweise Syrien auszudehnen. *Die einzige Kraft, die dies verhindern kann, ist die weltweite Abkehr vom Dollar.* (Hervorhebung d. Übers.) Diese wird kommen und schlimmere Bedingungen als 1979/80 hervorrufen, die 21%ige Zinsraten erforderten, um korrigierend einzugreifen. Aber in der Zwischenzeit wird alles nur Erdenkliche getan, um den Dollar zu schützen. Wir teilen dieses Interesse mit denjenigen, welche unsere Dollars horten, um die Farce fortzusetzen. [...] Am wichtigsten ist, dass die Dollar-Öl-Beziehung aufrechterhalten wird, um ihn als überragende Währung zu sichern. Jeder Angriff auf diese Beziehung wird machtvoll beantwortet werden - so wie es immer schon geschehen ist. [...]

Es ist ein unbestreitbarer Vorteil für uns, wertvolle Güter einzuführen und dafür im Wert verfallende Dollars zu exportieren. Die Exportnationen sind in ihrem Wachstum von unseren Käufen abhängig geworden. Diese Abhängigkeit macht sie zu unseren Verbündeten im fortgesetzten Betrug, und ihre Teilhabe an diesem hält den Wert des Dollar künstlich hoch. Sollte dieses System noch über lange Zeit funktionieren, müssten die US-Bürger nie mehr arbeiten. Genau wie die Römer könnten auch wir „Brot und Spiele“ genießen. Aber denen ging schlussendlich das Gold aus und Roms Unvermögen, die eroberten Länder weiter auszuplündern, führte zum Zusammenbruch seines Imperiums. [...]

Unser gesamtes wirtschaftliches System hängt davon ab, dass das gegenwärtige Dollar-Recycling-System Bestand hat. Wir leihen uns jährlich 700 Mrd. Dollar von unseren „großzügigen Wohltätern“, welche dafür hart arbeiten und unsere Dollarnoten für ihre Produkte annehmen. Weiterhin borgen wir uns all die Gelder aus, die wir für die Sicherung des Empires brauchen (Verteidigungsbudget: 450 Mrd. Dollar) und noch mehr. Die Militärmacht, welcher wir uns „erfreuen“, wird zu *d e r* „Deckung“ unserer Währung. Es gibt keine anderen Länder, die uns auf militärischem Gebiet Paroli bieten, weshalb die Welt keine andere Wahl hat, als die Dollars, welche wir zum „Gold von Heute“ deklarieren, zu akzeptieren. Das ist auch der Grund, weshalb Länder, die dieses System herausfordern - wie der Irak, Iran oder Venezuela - zum Ziel unserer Umsturzpläne werden. Komischerweise hängt die Dollar-Vorherrschaft von unserer militärischen Stärke ab und umgekehrt. Solange das Ausland unsere Dollars im Tausch für reale Güter akzeptiert und unseren extravaganten Lebensstil und Militarismus finanziert, kann der Status Quo weiter bestehen, unbeschadet der wachsenden Auslandsschulden und des Zahlungsbilanzdefizits. [...]

Übersetzer: Martin Zeis (martin.zeis@gmxpro.net), Ulrich Morgenthaler (ulrich.morgenthaler@gu-morgenthaler.de)

* Ron Paul ist Mitglied des US-amerikanischen Kongresses und arbeitet in verschiedenen Finanzausschüssen mit. Nähere Infos zu seiner Person vgl. Kongress-Website: <http://www.house.gov/paul/bio.shtml>. Originaltext der Rede unter URL: www.house.gov/paul/congrec/congrec2006/cr021506.htm

werde ein neues System globaler Abschöpfung und Ausbeutung etabliert. An die Stelle des „Zwangsbesteuerungsmechanismus“ durch die Dollar-Hegemonie, wie Paul sie beschreibt, trete mehr und mehr dieser andere, vor allem durch Lizenzgebühren wirkende Mechanismus. Die Rolle der Nationalstaaten werde dadurch tendenziell verringert.

Notwendige soziale Erneuerung

Pauls Vorliebe für eine goldgedeckte Währung sei anachronistisch, so Lauterbach. Der langfristige Ausweg könne nicht die Rückkehr zum Goldstandard sein, sondern nur eine neue Geldordnung, in der Geld durch die realen Initiativen und Leistungen in einer lebendigen Ökonomie gedeckt wäre und ein Kommunikationsmittel der wirtschaftlichen Akteure darstelle. Die Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen zeige möglicherweise einen Weg zur ökonomischen Teilhabe aller und damit einen Ausweg aus der kommenden Krise. In der Tat weisen die Krisenszenarien, die diskutiert werden, alle deutlich auf einen umfassenden gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungsbedarf hin - und auf die Notwendigkeit, Einstiegspunkte für das Herankommen an solche Umgestaltungen zu finden. Es ist wichtig, gegen den Krieg zu demonstrieren (vgl. Aufruf S. 38). Zugleich gilt es, Wege zu einer wirklichen sozialen Friedensordnung zu erschließen.

Die verschuldete Weltmacht

Das Defizit im Staatshaushalt der USA betrug 2005 319 Milliarden und wird in diesem Jahr wohl noch höher ausfallen.

Das Handelsbilanzdefizit der USA (Überschuss der Importe über die Exporte) betrug im letzten Jahr 725 Milliarden Dollar. Ihr steht in Staaten wie China, Japan und Deutschland ein hoher Exportüberschuss gegenüber.

Die USA borgen sich jeden Tag ca. 6 Mrd. Dollar vom Rest der Welt, um Leistungsbilanzdefizit und Auslandsinvestitionen zu finanzieren. „Das können sie sich leisten, so lange ausländische Investoren weiterhin viel Geld in US-Güter, Aktien und US-Anleihen investieren. Doch der Großteil der ausländischen Investitionen kommt nicht mehr von privaten Geldgebern, sondern von Staaten wie Japan und China, die mit massiven Käufen von US-Anleihen versuchen, eine Aufwertung ihrer eigenen Währung gegenüber dem Dollar zu verhindern.“

Gegenmaßnahmen wie eine rasche deutliche Abwertung des Dollars könnten Steigerungen der US-Zinssätze in den zweistelligen Bereich bewirken und damit eine weltweite Finanzkrise heraufbeschwören.

Nach: Kai Lange, Finanzmarkt-Studie - Zehn wunde Punkte der Weltwirtschaft. www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,406448,00.html

Welche Therapie hilft dem Gesundheitswesen?

Vor einer neuen Reform des Gesundheitswesens

Christoph Strawe

Über ein Dutzend immer neuer sogenannter Gesundheitsreformen seit 1976 haben letztlich die strukturellen Probleme des Gesundheitswesens nicht lösen können. Wie die gegenwärtigen Streiks der Klinikärzte zeigen, wird im Gegenteil die Situation von Betroffenen als immer unerträglicher erlebt. Die Finanzierung der Medizin leidet daran, dass unter Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit immer weniger Menschen in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen. Da die KV-Beiträge als Lohnzusatzkosten erhoben werden, entsteht ein Druck, sie einzufrieren oder gar zu senken, aus Gesichtspunkten heraus, die gegenüber den Aufgaben des Gesundheitswesens ganz sachfremd sind und stattdessen mit dem globalen Wettbewerb zusammenhängen. Außerdem sind Selbstständige und Beamte bei der Gesetzlichen Krankenversicherung außen vor. Jetzt will die große Koalition eine neue Reform auf den Weg bringen. Was haben wir zu erwarten? Schauen wir zunächst auf die Konzepte, die die Parteien im Bundestagswahlkampf vertreten haben.

Konzepte der Parteien im Wahlkampf

Die **Unionsparteien** propagierten ein Prämienmodell, (persönliche Gesundheitspauschale, „Kopfpauschale“). Die Ausgestaltung stellt bereits einen Unions-internen Kompromiss dar. Jeder Versicherte zahlt persönlich, unabhängig vom Einkommen 109 EUR monatlich, allerdings nicht mehr als 7% vom Arbeitnehmerbruttolohn. Aus den Arbeitgeberbeiträgen (die bei 6,5% der Bruttolöhne eingefroren werden) erhalten die Kassen nochmals 60 EUR je Versicherten, d.h. dass eine Gesamtprämie von 169 EUR pro (gesetzlich) Versicherten zustande kommt. Dadurch entfällt der sogenannte Risikostrukturausgleich, in dem in einem komplizierten Verfahren die Unterschiede bei den Kassen, die aus den unterschiedlichen Einkommen ihrer Versicherten herrühren, ausgeglichen werden. Der Kreis der Versicherten ändert sich nicht. Es bleibt beim Dualismus von privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Die Finanzierung bleibt weitgehend auf Erwerbsarbeit basiert. Die beitragsfreie Mitversicherung der Kinder (auch die der privat Versicherten) soll über das Steuersystem finanziert werden. Ob mit 169 EUR der jetzige medizinische Qualitätsstandard haltbar sei, wurde in der Diskussion über die Vorschläge in Frage gestellt.

Die **FDP** schlug vor, die Gesetzliche KV abzuschaffen und eine Versicherungspflicht für die Grundrisiken einzuführen, wobei sich die Prämien individuell nach Risiko und Alter richten sollten, unabhängig vom Ein-

kommen der Versicherten. Wie auf diese Weise noch eine solidarische Finanzierung möglich sein soll, bleibt schleierhaft, auch wenn von staatlichen Transfers an diejenigen die Rede ist, die die Prämie nicht aufbringen können. Der bisherige Arbeitgeberbeitrag soll als Lohn ausbezahlt werden. Die gesetzlichen Kassen sollen in private Kassen umgewandelt werden.

Rot-Grün: Die SPD forderte eine Bürgerversicherung. In diese sollen nach einer längeren Übergangszeit auch die Beamten, Selbstständigen usw. einbezogen werden. Bei den Beiträgen sollen neben dem Lohn auch Kapitaleinkünfte herangezogen werden. Ähnlich die Grünen, die auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung einbeziehen wollten. Entgegen Vorschlägen aus den eigenen Reihen hielt Rot-Grün allerdings an einer Limitierung der Solidarität durch eine Beitragsbemessungsgrenze fest. Gute Verdienner hätten nach wie vor nicht entsprechend mehr bezahlt. Der Solidarausgleich ergibt sich aus der Einkommensabhängigkeit der Beiträge: wer wenig verdient, zahlt auch wenig. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen weiter hälftig beitragen. Sowohl gesetzliche als auch private Krankenkassen sollen einen Bürgerversicherungstarif anbieten können.

Weitergehende Vorschläge gab es zu dieser Zeit durchaus, sie wurden von den Parteien aber nicht aufgegriffen. Einige solcher Konzepte wurden in den vergangenen Jahren in dieser Zeitschrift vorgestellt.

Ich denke dabei an Michael Opielkas radikaleres Modell einer Bürgerversicherung, bei der jeder Bürger eine nicht-progressive „Sozialsteuer“ auf sein gesamtes zu versteuerndes Einkommen zahlen würde, „ohne Beitragsbemessungsgrenze und ohne Möglichkeit, diese ‚Sozialsteuer‘ gegen Negativeinkünfte zu verrechnen“. Nach Opielkas Berechnungen würden dann für die Krankenversicherung 7,5% ausreichen.* - Ich denke aber auch an die Vorschläge, das Gesundheitssystem in immer höherem Maße in eine Mehrwertsteuerartige Finanzierung einzubeziehen, die die Finanzierungsbasis verbreitern und von der Bindung an die Erwerbsarbeit lösen würde. Sie wäre zugleich durch Wettbewerbsneutralität gegenüber dem Druck der Globalisierung gefestigt. Aus den Mitteln, die durch einen solchen Sozialausgleich gewonnen würden, könnten die Kassen den jeweiligen Anteil für den einzelnen Versicherten zugewiesen bekommen. Dies könnte durchaus auch durch eine für alle Bürger bezahlte Gesundheitspauschale geschehen, die zu einem bedingungslosen Grundeinkommen ergänzend ausbezahlt wäre und die dann - anders als im Unionsmodell - als wirkliche Solidaritätspauschale wirken würde.

Das Lied vom Kompromiss

Dass die große Koalition derzeit bereits reif wäre für dergleichen Radikalreformen, darf mit gutem Grund bezweifelt werden. Was uns droht, ist ein Kompromiss - und zwar ein fauler. Für die Betroffenen könnte er teuer werden, wenn stimmt, was die Bildzeitung am 13.3. kolportierte und was Gesundheitsministerin Ulla

* Michael Opielka: Dreigliederung und Grundeinkommen. In: Rundbrief Dreigliederung, Heft 1/2205, www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Hartz_IV.pdf

Schmidt prompt - es standen ja Landtagswahlen vor der Tür - entschieden dementieren ließ. Der dementierte Plan: Der bisherige Kassenbeitrag soll künftig dreigeteilt werden. Die Arbeitgeber zahlen wie bisher, die Arbeitnehmer zahlen 6-7% nicht nur vom Bruttolohn, sondern auch von anderen Einkünften. Die Beiträge werden künftig von den Finanzämtern eingezogen. Obendrauf kommt eine Gesundheitsprämie - Experten rechnen mit bis zu 30 EUR, der „Gesundheits-Soli“, den natürlich auch Rentner zahlen. Die Privatversicherungen sollen am Risikostrukturausgleich teilnehmen. Es ist in der Tat gut möglich, dass der endgültige Kompromiss noch einmal anders aussehen und mehr die Handschrift der CDU/CSU erkennen lassen wird. Ob er dann weniger faul sein würde, als jener, über den gerade spekuliert wird, darf bezweifelt werden.

Wie dichtete Kurt Tucholski?

Schließen wir nen kleinen Kompromiss!
Davon hat man keine Kümmernis.
Einerseits - und andererseits -
so ein Ding hat manchen Reiz ...
Sein Erfolg in Deutschland ist gewiss:
Schließen wir nen kleinen Kompromiss
(Aus: Tucholski: *Das Lied vom Kompromiss*)

Es wird Zeit, wirkliche Alternativen durchzusetzen. Der Debatte über solche Alternativen in der Zivilgesellschaft diene mein im Folgenden abgedruckter Beitrag bei einem Zukunftskongress im Stuttgarter Gewerkschaftshaus. Und das darauf folgende Interview mit dem Geschäftsführer der Paracelsus-Stiftung Gert-Rainer Pater zeigt, wie im Kleinen Veränderungen versucht werden können, allen Schwierigkeiten zum Trotz.

Was sind Grundlagen eines solidarisch finanzierten modernen Gesundheitswesens? **

Christoph Strawe

Die regionale Situation des Gesundheitswesens wird durch globale Entwicklungen beeinflusst. Hier ist besonders das GATS-Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen der Welthandelsorganisation WTO von Bedeutung. Es steht für Bestrebungen, die das Gesundheitswesen am liebsten in einen einzigen Supermarkt umformen möchten, dessen Betreiber kräftig Kasse machen sollen. Auch die inländische Debatte um die Reform des Gesundheitssystems steht unter dem Vorzeichen der Anpassung an tatsächliche oder vermeintliche Zwänge der Globalisierung. Dabei wird mit Halb- und Unwahrheiten gearbeitet, wenn etwa pauschal von einer verheerenden „Kostenexplosion“ in diesem Bereich gesprochen wird.*** Zu Milchbuben-

** Es handelt sich um die überarbeitete Fassung des Einleitungsreferats zu einem Workshop, den der Autor bei einem Zukunftskongress von ver.di und Sozialem Netzwerk Stuttgart am 4. Juli 2003 im Stuttgarter Gewerkschaftshaus gehalten hat.

*** Gegen die These, die Ausgaben für die gesetzliche

Gerhard Kienle zur „Karzinomatose des sozialen Netzes“

„Die geistige Leistung des Arztes ist ... nicht formal, sondern nur individuell inhaltlich erfassbar; eine Honorierung kann nur durch individuelle Anerkennung erfolgen und nicht durch messbare Leistungen, die Ware sind. Durch die Gebührenordnung wird nicht der Geist - also die eigentliche ärztliche Leistung - erfasst, sondern die Waren - also manuelle oder technische Handlungen - ohne Rücksicht auf ihren Wert. ... Der Glaube, dass physisch messbare Waren Geist seien, führt zur Zerstörung des sozialen Zusammenhanges - und hier des sozialen Netzes im Gesundheitswesen. ... Hilfeleistung ist nicht bezahlbar, aber wirtschaftlich ermöglichbar. - Die Hybris staatlicher Verwaltung, mit administrativen Steuerungsmaßnahmen die Gesundheit der Bevölkerung sicherstellen zu wollen, indem ärztliche Tätigkeit als Rohmaterial in eine Gesundheitsfabrikationsmaschine gezwungen wird, kann nur Leid und Elend der Kranken erzeugen. Es gibt keine technische Bewältigung der Kostenexplosion oder Unwirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens durch administrative Kostendämpfungsmaßnahmen. Ohne Preisgabe des Machtanspruches über den menschlichen Geist können soziale Fragen nicht gelöst werden. Der Arzt sollte nach Maßgabe des Vertrauens der assoziativ gegliederten Bevölkerung wirtschaftlich angemessen freigestellt werden, wahrhaft ärztlich tätig zu sein.“

Gerhard Kienle: Die Karzinomatose des sozialen Netzes. „Münchener Medizinische Wochenschrift“ 1981, zit. n. Peter Selg (Hg.). Gerhard Kienle. Leben und Werk. Band 2. Ausgewählte Aufsätze und Vorträge. Dornach 2003: 226

Gerhard Kienle (1923 - 1983) war anthroposophischer Arzt, Neurologe, Gesundheitspolitiker und Wissenschaftstheoretiker. Er war Hauptbegründer des Gemeinschaftskrankenhauses

rechnungen führt diese Betrachtung auch deshalb, weil übersehen wird, dass den Ausgaben für das Gesundheitswesen die durch dessen Leistungen bewirkte Gesundheit und die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit von Menschen gegenübersteht. Gerade im Gesundheitswesen kann Sparen sehr teuer sein! Die Lösungen, die uns für dessen Krise angeboten werden, sind denn auch bisher der Qualität solcher „Analysen“ entsprechend ausgefallen: jede „Gesundheitsreform“ musste alsbald durch eine neue wiederum reformiert werden.

Gewiss gibt es Verkrustungen und Bürokratie im Gesundheitswesen. Aber es muss bezweifelt werden, dass die Kommerzialisierung hierfür ein Heilmittel darstellt. So wenig wie wir eine Staatsmedizin und staatsmedizinische Planwirtschaft brauchen, so wenig brauchen wir ein kommerzialisiertes Gesundheitswesen. Der Marktfundamentalismus ist schon in der eigentlichen ökonomischen Sphäre ein Problem. Im Gesundheits-

Krankenversicherung hätten sich in den Jahren von 1970 bis 2000 verzehnfacht, macht Harald Klimenta folgende, die Zahlen bereinigende Rechnung auf: 1970: 25 Mrd. DM - 2000: 250 Mrd. DM. 1) Inflation 160 % (Faktor 2,6). 2) Wachstum 96 % (Faktor 1,96 - Lohnsteigerungen in selben Umfang). 3) Wiedervereinigung (schlagartig mehr Versicherte) +15 %. 4) Innovationen zwischen 1970 und 1975 (Lohnfortzahlung...) +57 % -> Steigerung um $2,6 \cdot 1,96 \cdot 1,57 \cdot 1,15 = \text{Faktor } 9,2$. -> Restgröße von ca. 10 % ist gesamte Kostensteigerung zwischen 1975 und 2000 [0,38% p.a.] (Harald Klimenta: Attac-Vortrag Gesundheit, www.attac-netzwerk.de)

wesen ist „Markt“ schlicht eine Fiktion: Der Patient ist kein Kunde, der im Vollbesitz seiner Kräfte zwischen Angeboten wählt. Und es wäre absurd, eine Umsatzsteigerung im Bereich der Blinddarmoperationen erreichen zu wollen. Wir haben es daher mit Versuchen zu tun, künstlich und gewaltsam marktanaloge Verhältnisse herbeizuführen.*

Drei Grundelemente eines modernen Gesundheitswesens

Ein modernes Gesundheitswesen beruht notwendig auf den gleichen Grundlagen, die für ein modernes Gemeinwesen überhaupt konstitutiv sind und die in den Menschenrechten formuliert sind. Die Menschenrechte umfassen gleichzeitig Freiheits-, Gleichheits- und Sozialrechte. Individuelle Freiheit, demokratische Gleichheit und Solidarität gehören menschenrechtlich betrachtet zusammen; sie müssen jeweils in Balance gebracht und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Für das Gesundheitswesen heißt das: 1. Wir brauchen Therapiefreiheit, Methodenpluralismus und die Anerkennung der Mündigkeit des Patienten. 2. Der demokratische Staat hat das gleiche Recht jedes Menschen auf Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zu gewährleisten. 3. Eine solidarische Finanzierung der notwendigen gesundheitlichen Versorgung muss dem Einzelnen durch Krankheit bedingte unzumutbare finanzielle Belastungen abnehmen. - Dass dies kein Gegensatz zu sparsamer Mittelverwendung darstellt, versteht sich von selbst. Der Gesichtspunkt der Sparsamkeit ist aber kein Freibrief, um Menschenrechte je nach Kassenlage zu relativieren.

Entwicklungen, wie sie im GATS-Abkommen zum Ausdruck kommen, richten sich gegen alle drei konstitutiven Elemente eines modernen Gesundheitswesens: 1. Sie führen zu einer Erosion der solidarischen Finanzierung. 2. Sie verunmöglichen dem Staat, das Recht auf gleichen Zugang zu gleichwertiger medizinischer Versorgung zu gewährleisten. 3. Sie gefährden - was nicht übersehen werden darf - auch Methodenpluralismus und Therapiefreiheit, indem sie die Macht des pharmazeutisch-industriellen Komplexes stärken.

Während alle Erhebungen immer wieder zeigen, dass Patientinnen und Patienten das ganze Spektrum der Therapierichtungen in Anspruch nehmen möchten (also auch die besonderen Therapierichtungen wie die Phytotherapie, Homöopathie und anthroposophische Medizin), würde eine noch stärkere Rolle der großen Konzerne im Gesundheitswesen entscheidend dazu beitragen, dass immer mehr nur das verordnet wird, was die großen Pharmaunternehmen und der wissenschaftliche Mainstream für richtig halten. Auch müsste die fortschreitende Kommerzialisierung die Beziehung zwischen Arzt und Patient beschädigen. Wenn der Arzt, anstatt eine „individuelle Beziehungsdienstleistung“ zu erbringen, ein „Produkt“ verkauft und der Patient hinter jeder therapeutischen Maßnahme ein bestimmtes

* Einsichten, die in der ökonomischen Wissenschaft bisher vertreten wurden - dass es sich nämlich bei den Gesundheitsleistungen um sogenannte „meritorische Güter“ handelt, deren Zur-Verfügung-Stellung vom Staat gefördert werden sollte - gelten dabei offenbar nicht mehr viel.

ökonomisches Interesse vermuten muss - was ist dann der hippokratische Eid noch wert?

Zum notwendigen Methodenpluralismus

Die Notwendigkeit des Methodenpluralismus ergibt sich vor allem daraus, dass Gesundheit und Krankheit Fragen sind, bei denen die individuelle Lebenseinstellung und das Weltbild des Einzelnen eine wesentliche Rolle spielen. Das gilt für die Haltung des einzelnen Patienten zu seiner Krankheit wie für die Ermittlung individueller Krankheitsursachen durch den Arzt. Ist Krankheit eine bloße Betriebsstörung einer Maschine Mensch? Wer das so sieht, wird vielfach andere Therapien wählen als jemand, der davon ausgeht, dass viele Krankheiten nur ganzheitlich vor dem Hintergrund des betroffenen einzigartigen Menschen verständlich werden und deshalb ein und dieselbe Krankheit (Symptom) unter Umständen bei verschiedenen Menschen unterschiedliche Heilmethoden erfordert.* Wer glaubt, dass die Welt letztlich nur aus kleinen „Materieklotzchen“ und ihren Wechselwirkungen besteht, wird geneigt sein, einen Heilerfolg durch Homöopathie für eine Einbildung zu erklären, wenn im Medikament aufgrund der Verdünnung solche „Klotzchen“ nicht mehr nachweisbar sind. In einer modernen Gesellschaft darf jedoch niemand seine Weltsicht anderen aufzwingen. Der moderne Staat muss weltanschaulich neutral sein, hat daher auch nicht darüber zu befinden, was die „richtige Medizin“ ist.

Die Solidarfinanzierung des Gesundheitswesens ist eine historische Errungenschaft, die es zu verteidigen gilt. Solidarität bedeutet, dass es nicht von den Portemonnaieverhältnissen abhängig sein darf, ob man seinen Bedarf an Leistungen des Gesundheitssystems geltend machen kann oder nicht. Andernfalls geraten wir immer mehr in eine Zweiklassenmedizin, in der die Solidarpflicht auf ein Minimum begrenzt wäre, und wo man den Menschen den Sozialstatus am Zahnersatz ansehen könnte.

Wirkliche Solidarität ist unvereinbar mit Entmündigung

Zugleich muss man sich immer wieder klarmachen, dass der Träger des Bedarfs an Leistungen des Gesundheitswesens der mündige Patient ist. Wenn nicht Solidarität zu Lasten der Freiheit gehen soll, muss er sein entscheidendes Wort mitsprechen. Durch die Ausgestaltung der Solidarfinanzierung darf keine Entmündigung stattfinden, darf die Therapiefreiheit nicht ausgehöhlt werden. So geht es zum Beispiel nicht an, dass Therapien, die von vielen Patientinnen und Patienten gewollt werden, aus eigener Tasche finanziert werden müssen, während diese Menschen gleichzeitig für Therapien mit zur Kasse gebeten werden, die sie selbst für problematisch halten. Das ist keine Solidarität, sondern nur eine weitere Variante von Zweiklassenmedizin!**

* Das schließt natürlich nicht aus, dass es z.B. in der Chirurgie einen bestimmten „Kanon“ ärztlicher Kunst gibt.

** Vgl., auch im Folgenden: Udo Herrmannstorfer, Wege zur Mitverantwortung im Gesundheitswesen. Vorschläge zu einer strukturellen Umgestaltung auf assoziativer Grundlage. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, 14. Jg./Heft 2, Juni 2003, S. 18-22.

Leider haben wir es heute durchaus mit Tendenzen zu solcher Entmündigung zu tun. Das Einfallstor dafür sind hauptsächlich die Abgrenzungsfragen der Finanzierung. Gewiss: Krankheits- und Gesundheitsfragen betreffen das gesamte Leben. Wenn wir alles, was mit der Gesunderhaltung zusammenhängt, durch die Allgemeinheit finanzieren würden, würde das letztlich bedeuten, dass auch Urlaub, ökologische Nahrung und Wellness-Pakete aller Art auf Krankenschein erhältlich sein müssten. Es macht also Sinn, die Solidarfinanzierung auf den ärztlich festzustellenden Krankheitsfall und die direkte medizinische Prävention zu beschränken. Hingegen führt es zu bürokratischer Fremdbestimmung, wenn über die Erstattungsfähigkeit und -höhe einzelner Medikamente und Therapien in das Gesundheitswesen eingegriffen wird.***

Solche Eingriffe haben zudem zu einem höchst fragwürdigen Abrechnungssystem geführt, das ungesunde Anreize zur Mengensteigerung schafft. Diese versucht man dann wieder durch eine „Deckelung“ der Arzthonorare und ähnliche Maßnahmen zu konterkarieren. Ein derartiges Abrechnungssystem benachteiligt nachweislich die „sprechende Medizin“, die individuelle Zuwendung zum Patienten. Durch das Fallpauschalensystem (Diagnosis Related Groups) im Krankenhausbereich werden solche uniformierenden Tendenzen noch verstärkt. Vorzuziehen sind Honorierungsverfahren, mit denen nicht Einzelleistungen vergütet werden, sondern Ärztinnen und Ärzten das Einkommen zur Verfügung gestellt wird, dass ihnen ihre Tätigkeit ermöglicht. Dann können sie sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren und werden von Bürokratie entlastet.****

Fragen der Ausgestaltung der Finanzierung

Ganz generell bedarf die Frage, wie die Solidarfinanzierung ausgestaltet werden soll und wie die Grenzen richtig gezogen werden, stärkerer Aufmerksamkeit als bisher. Wir müssen uns dabei von Klischees freimachen. Muss zum Beispiel Versicherungspflicht notwendig als Pflichtversicherung ausgestaltet sein? Braucht die Versicherung der großen Risiken andere Gestaltungen als die der kleinen? Ist es länger vertretbar, ganze Bevölkerungsgruppen aus der Solidarfinanzierung auszuklammern? Gibt es eine Form der Finanzierung des Gesundheitswesens, die weniger anfällig ist gegenüber dem globalen Wettbewerbsdruck?

Und ist die Debatte über die „Kosten“ des Gesundheitswesens nicht überhaupt viel zu pauschal? - Ein modernes Gesundheitswesen braucht eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Infrastruktur, die schon vor der akuten Nachfrage da sein muss. Wir können hier von Vorhaltung und Vorhaltekosten sprechen. Wir brauchen gute Krankenhäuser für die Krankheitsfälle so wie wir eine gute Feuerwehr für den Brandfall vorhalten müssen. Wenn die Feuerwehr nicht täglich ausrücken muss, ist das keinesfalls eine wirtschaftliche Katastrophe, obwohl selbstverständlich die statistische Häufigkeit

*** Aus dem gleichen Grund sind auch sogenannte Positivlisten abzulehnen.

**** Zu diesem Ergebnis kommt z.B. auch die Securita-Krankenversicherung in Punkt 3 ihres Sieben-Punkte-Programms zur Reform des Gesundheitswesens (vgl. Rundbrief Dreigliederung, Heft 2/2003, S. 22).

von Bränden sehr wohl eine Rolle für den Umfang der Vorhaltung spielen muss. Solche Vorhaltekosten in die betriebswirtschaftliche Einzelkalkulation einzubeziehen, führt zu fatalen Ergebnissen: Entweder wird mehr gemacht als medizinisch nötig - man muss die Einrichtung ja „auslasten“ - oder es wird weniger gemacht - obwohl eine Einrichtung notwendig wäre, wird sie wegen „ungenügender Auslastung“ geschlossen.*

Regionale Zusammenarbeitsformen im Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen darf, wie wir gesehen haben, nicht den Marktkräften überantwortet werden. Die Komplexität der Vorgänge und der hohe Individualisierungsbedarf in diesem Bereich lassen aber auch bürokratische Steuerung nicht länger zu. Zwischen rein marktlicher und bürokratischer Regelung gibt es einen dritten Regelstyp, den man als kooperativ oder assoziativ bezeichnen kann: Die Betroffenen verabreden untereinander, was sie für nötig halten, und arbeiten bei der Umsetzung des als sinnvoll Akzeptierten zusammen. Keiner erteilt Weisungen, Verbindlichkeit entsteht durch Absprachen.

Eine derartige bedarfsgerechte patientennahe Einrichtung des Gesundheitswesens bedarf des regionalen Aufbaus.** Nur so wird eine Bewusstseinsbildung über die jeweilige Versorgungssituation möglich. Wir brauchen runde Tische, an denen Patientenvertreter, die Ärzte, Krankenschwestern, Therapeuten, die Vertreter der Kassen usw. beteiligt sind. Selbstverständlich gehört auch der Staat als Partner an diesen runden Tisch. Eine derartige dezentrale Gestaltung dürfte zugleich effizienter sein als jede Bürokratie oder ein künstlicher Gesundheitsmarkt. Sie ist mit dem Solidarprinzip voll vereinbar, wenn zwischen den Regionen ein Strukturausgleich stattfindet. Und letztlich sind runde Tische dieser Art auch ein Ort, an dem durch Interessenausgleich auf angemessene Preis- und Einkommensverhältnisse im Gesundheitswesen hingearbeitet werden könnte.

Mitverantwortung aller

Wir brauchen die Mitverantwortung aller im Gesundheitswesen. Verantwortung wird allerdings heute oft falsch definiert. Verantwortung heißt nicht, alle Risiken auf den einzelnen zurückzuwälzen, sondern dem einzelnen zu ermöglichen, selbstbestimmt, initiativreich und mittragend an einem solidarischen Gesundheitswesen beteiligt zu sein. Die Reform des Gesundheitswesens ist keine isolierte Frage. Es geht letztlich um die Gesundheit des sozialen Lebensgefüges. Denn ungesunde soziale Verhältnisse machen krank.

* Wenn die Einkommen der Mitarbeiter medizinischer Einrichtungen, die für Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind, als Vorhaltekosten eingestuft würden, würden die direkt zuzurechnenden Behandlungskosten erheblich reduziert. Die generelle Beanspruchung bzw. Auslastung der Infrastruktur kann periodisch überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Vgl. Rainer Burkhardt: Zur Neuorientierung des Gesundheitswesens, Frankfurt/M 2001.

** Vgl. hierzu Udo Herrmannstorfer, Wege zur Mitverantwortung, a.a.O.; Rainer Burkhardt: a.a.O.

Beispiel Paracelsus-Krankenhaus Bad Liebenzell-Unterlengenhardt

Interview mit Gert-Rainer Pater, Vorstandsmitglied der Paracelsus-Stiftung

Christoph Strawe: Können Sie unseren Lesern etwas über Geschichte und Profil des Paracelsus-Krankenhauses sagen?

Gert-Rainer Pater: Das Paracelsus-Krankenhaus besteht seit mehr als 35 Jahren und hat eine sehr wechselvolle Geschichte. So musste in den neunziger Jahren eine grundlegende Umfinanzierung vorgenommen werden, was mit der Unterstützung vieler Freunde und Förderer des Hauses auch gelungen ist. Zeitgleich wurde damit begonnen, das Paracelsus-Krankenhaus neu auszurichten - bis dahin hatte es den Ruf eines reinen „Krankenhaus-Sanatoriums“. Der diagnostische Bereich wurde durch den aktiven und unermüdlichen Einsatz von Dr. M. Sauer, dem leitenden Arzt des Hauses, intensiv ausgebaut, und die Strukturen für ein modernes Akutkrankenhaus für innere Medizin auf anthroposophischer Grundlagen wurden geschaffen. Dieser Wandel benötigte mehr als sieben Jahre, bis er bei den einweisenden Ärzten und den Patienten verankert war. Das PKH ist von allen Kostenträgern anerkannt. Der beschriebene Wandlungsprozess wurde in einer Zeit verstärkten Kostendrucks auf die Krankenhäuser vollzogen. Heute ist das PKH im Bereich innere Medizin sehr gut ausgerichtet. Wir behandeln rund 1.300 Menschen im Jahr mit mehr als 120 Mitarbeitern so umfassend und intensiv, wie es unter den Gesetzmäßigkeiten der Abrechnung nach Fallpauschalen überhaupt möglich ist. Dies geht nur durch ein sehr hohes Engagement der Ärzte, durch eine stabile, sich ganz einbringenden Pflege und engagierte Therapeuten die ein umfangreiches therapeutisches Spektrum zur Verfügung stellen. Dabei ringen wir darum, in Zeiten knapper werdender Mittel die anthroposophische Medizin aufrecht zu erhalten, was künftig wohl nur mit der engagierten Hilfe eines fördernden Umkreises aber auch durch Beschreiten neuer Wege gelingen wird.

CS: In den vergangenen Jahrzehnten wurde immer wieder versucht, das Gesundheitswesen zu therapieren. Das hat uns verschiedene Gesundheitsreformen gebracht. In den letzten Monaten haben Ärzte massenhaft gegen die bestehenden Zustände protestiert. Wie sehen Sie diese Proteste?

GRP: Ich bin froh, dass nicht auch bei uns die Ärzte in den Streik gehen, obwohl ich das außerordentlich gut verstehen würde. Die Proteste sind verständlich und für mich nachvollziehbar. Dabei sollten wir nicht primär auf die Gehaltsforderungen schauen, sondern vielmehr auf die Zustände.

In unserem Gesundheitswesen wird die Medizin nicht nur immer mehr standardisiert und pauschalisiert, sondern es wird auch immer mehr ärztliche Arbeitszeit durch Verwaltung aufgefressen. Etwa 40% seiner Zeit

verbringt ein Klinikarzt heute damit zu verwalten. Zeit, die er eigentlich für seine Patienten aufbringen sollte.

Eigentlich benötigen wir im PKH zu den zwei leitenden Ärzten noch zwei weitere ausgebildete tüchtige Oberärzte, die den Impuls mittragen. Des Weiteren wäre ein zusätzlicher Assistenzarzt notwendig, um so arbeiten können, dass der einzelne Arzt ohne die Wochenend- und Nachtdienste unter 12 Stunden Arbeit kommt. Das würde für uns bedeuten, unseren Stellenplan um 2,5 Stellen auszubauen. In Geld ausgedrückt heißt das Mehrkosten von rund 200.000 Euro. Eine Summe, die nicht zu finanzieren ist. Das ist eine Sorge, die nicht nur wir haben. Die Konsequenz ist, dass die Ärzte sich selbst überlasten, damit wir überhaupt eine fundierte und gute anthroposophische Medizin gewährleisten können. Das Gesundheitswesen ist meines Erachtens krank.

CS: Wie haben sich die Reformen auf die Arbeitsbedingungen der anthroposophisch erweiterten Medizin generell ausgewirkt?

GRP: Am entscheidenden Punkt, nämlich bei der Zeit, die sich ein Arzt mit seinem Patienten nehmen muss, um aus einer Gesamtwahrnehmung heraus die richtigen Hilfen zu geben, setzt die Wirkung der Abrechnung nach Fallpauschalen an. Zwei Faktoren können dies verdeutlichen: Die Entwicklung der durchschnittlichen Verweildauer hat sich von 16,5 Tagen in 2003 auf 11,2 Tage in 2005 reduziert. Mehr als fünf Tage, die ein kranker Mensch kürzer bei uns ist. Und damit liegen wir am oberen Ende der Skala der Verweildauern. Ein Zeitraum, der fehlt, um Heilungsprozesse so zu verankern, dass der Patient seinen Heilungsweg zusammen mit seinen Therapeuten und seinem Hausarzt vor Ort weiterführen kann.

Ein zweiter Indikator ist die Bewertung der Haupt- und Nebendiagnosen der Patienten, die innerhalb von drei Tagen nach Aufnahmedatum festgelegt werden muss und die, multipliziert mit der vereinbarten Basisrate, den Erlös für diesen Patienten mit diesem Krankheitsbild ergibt.

Ein Umstand der dazu führt, dass ein sogenanntes Aufnahmemarketing sich entwickelt. Was bedeutet, dass aus der Einweisungsdiagnose schon abgeleitet werden kann, ob sich dieser „Patient für das Krankenhaus rentiert“. Eine Entwicklung, die unserem medizinischen Impuls diametral entgegen steht.

CS: Welche Probleme haben die alternativmedizinischen Krankenhäuser? Können Sie noch mehr zu den Fallpauschalensagen? Welche Auswirkungen haben sich speziell für das Paracelsus-Krankenhaus ergeben bzw. welche erwarten Sie?

GRP: Als erstes will ich kurz auf das Wesen der Abrechnung nach Fallpauschalen eingehen. Fallpauschale bedeutet das, was der Begriff vermittelt. Jeder Fall wird mit einer „Ziffer“ bewertet, die sich aus der Mischung der Haupt- und Nebendiagnosen als auch den notwendigen Prozeduren (z.B. diagnostische Maßnahmen) ergibt. Hinzu kommt, dass jede DRG eine untere, mittlere, und obere Grenzverweildauer hat (der Zeitfaktor). Die Kombination der Haupt- und Nebendiagnosen, zusammen mit den Prozeduren, ergibt die so genannte

diagnosebezogene Eingruppierung (Diagnosis Related Groups, DRG). Der DRG-Katalog umfasst derzeit über alle Fachdisziplinen rund 950 DRG-Gruppen. Es kommt also sehr darauf an, mit welcher Einweisungsdiagnose der Patient in das Krankenhaus kommt, welche Aufnahme- und Entlassungsdiagnose, die innerhalb von 3 Tagen nach Aufnahme an die Krankenkasse zu melden ist, gestellt wird und mit welcher Entlassungsdiagnose abgerechnet wird. Abweichungen zwischen der Aufnahme- und Entlassungsdiagnose müssen erklärt werden.

Die Basisrate ermittelte sich zum Beginn der Abrechnung nach Fallpauschalen (DRG), indem die Gesamtkosten des Krankenhauses durch die Anzahl der Fälle dividiert wurden. Seit 2005 werden diese Basisraten in festgelegten Schritten bis 2009 nach unten korrigiert und der DRG-Katalog aufgrund der von allen Krankenhäusern gemeldeten DRGs, jedes Jahr überarbeitet. Das heißt die Bewertungsziffern werden auch oft nach unten korrigiert, seltener nach oben. Die Multiplikation der Fallpauschale mit der Basisrate ergibt den Erlös pro Fall. Welche Kosten dem gegenüberstehen und wie man mit ihnen fertig wird, ist Angelegenheit des Krankenhauses.

Ich kann nicht für alle alternativmedizinischen Krankenhäuser sprechen, sondern nur für das Paracelsus-Krankenhaus. Meines Erachtens ähneln sich die Probleme der Häuser. Ich will diese in Frageform darlegen.

Wirtschaftlich betrachtet: Wie soll ein sich selbst finanzierendes Krankenhaus einen positiven Deckungsbeitrag erwirtschaften können, damit Zukunftsinvestitionen möglich werden, wenn es mit sinkenden bzw. stagnierenden Erlösentwicklungen und einem sich kaum veränderbaren Kostenbereich (mehr als 80% der Kosten einer Klinik sind weitestgehend fixe Kosten, dominiert vom Mitarbeiterbereich) wirtschaften muss? Wo und wie können Kosten weiter reduziert werden, ohne dass

Teilerfolg: Krankenkassen dürfen die Heilmittel der Anthroposophischen Medizin jetzt erstatten

Aufgrund eines von der Securvita BKK gewonnenen Rechtsstreits dürfen jetzt alle Krankenkassen die Heilmittel der Anthroposophischen Medizin bezahlen; ein Rechtsanspruch auf die se Leistungen besteht derzeit jedoch noch nicht. Die Heilmittel sind: Heileurythmie // Anthroposophische Kunsttherapie (mit ihren Fachbereichen: Malerei, Musik, Plastik, Sprachgestaltung // Rhythmische Massage nach Dr. Ita Wegman Mitte 2005 bezahlten die Securvita BKK, die IKK Hamburg und die GEK die genannten Therapien. Weitere Kassen werden folgen.

Empfehlung des Vereins „Gesundheit aktiv“: Sollte Ihre Krankenkasse eine Kostenübernahme der ärztlich verordneten Therapien ablehnen, weisen Sie sie darauf hin: Sie hat nach dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 22.3.2005 die Möglichkeit, zum Wohle ihrer Versicherten die Kosten zu übernehmen. Aktenzeichen B 1 A 1/03 R; siehe: www.bundessozialgericht.de

Quelle: Gesundheit aktiv, www.heilwesen.de

ein spürbarer Einbruch in der Ergebnisqualität, also zu Lasten der Patienten eintritt?

Aus dem Impuls betrachtet: Wie können wir als anthroposophisches Krankenhaus eine mehr zeitintensive, da immer den gesamten Menschen wahrnehmende, individuellere Behandlung der Patienten aufrecht erhalten, wenn Verweildauern pro Fall reguliert sind und Verlängerungen über die Grenzverweildauern zu Lasten des Krankenhauses gehen? Wie muss ein anthroposophischer Arzt arbeiten, der sich in zunehmenden Maße mit systembedingten Standardisierungen der Fallbehandlung der mit großen Schritten auf uns zukommenden „Evidenz Based Medicine“* auseinandersetzen muss, um wirtschaftlich zu bleiben? Wie soll ein Patient seinen medizinischen-therapeutischen Weg alleine weitergehen, wenn ihm immer weniger Kosten durch seine Krankenkasse für anthroposophische Behandlungsform erstattet werden?

Dies sind unmittelbare Auswirkungen der jetzigen Gesundheitsreform auf das Paracelsus Krankenhaus. Uns war klar, dass das Paracelsus-Krankenhaus als reines DRG-Krankenhaus keine große Überlebenschance hat. Meines Erachtens werden weitere einschneidende Maßnahmen im Gesundheitswesen stattfinden, die dem einzelnen Bürger immer mehr Eigenleistungen

* „Beweisbasierte Medizin“: die in klinischen Studien am meisten und besten bewährten Methoden sollen angewendet werden. Ob sie auch im Einzelfall die angemessensten sind, bleibt dabei unberücksichtigt. (Anmerkung CS)

Rainer Burkardt: Neuorientierung des Gesundheitswesens, Band II

Die Schrift enthält Konkretisierungen des vom Verfasser im Jahre 2001 veröffentlichten skizzenhaften Konzepts für das Gesundheitswesen. Ausgehend von der gegenwärtigen Situation in Deutschland versucht Burkardt zu zeigen, wie mit Aussicht auf Erfolg ein Ziel angegangen werden kann, das auch über die Bundesrepublik hinaus weitestgehend aus dem Blick geraten ist: Größtmögliche therapeutische Freiheit vor Ort bei umfassend solidarischer Finanzierung. Als grundlegende Voraussetzungen dafür diskutiert der Verfasser eine regionale Steuerung durch die Betroffenen, den Rückzug der gesetzlichen Krankenversicherung auf große Risiken und Finanzierungsfragen. Ein Buch, an dem niemand vorbeigehen kann, dem es ernst ist mit der Gesundung des Gesundheitswesens, ganz gleich, wieweit er mit einzelnen Thesen des Verfassers übereinstimmt. Rainer Burkardt, Jahrgang 1940, war seit 1972 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke und daneben auch in deutschen und europäischen Dachverbänden der besonderen Therapierichtungen tätig. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Rainer Burkardt: Neuorientierung des Gesundheitswesens. II Konkretisierungen. VAS-Verlag für akademische Schriften Frankfurt 2005. ISBN 3-88864-398-8, 240 Seiten, 17,80 EUR (Band I 2001 im gleichen Verlag, ISBN 3-88864-320-1)

aufbürden, aber auch Eigenverantwortung übertragen werden.

CS: Das Paracelsus-Krankenhaus stellt sich den Herausforderungen mit einem neuen Arbeitsansatz. Können Sie diese Veränderungen unserem Leser erläutern? Welche Rolle spielt die Paracelsus-Stiftung dabei?

GRP: Aus unserer gemeinsamen Arbeit in Unterlengenhardt - damit meine ich sowohl die Arbeit der Studienstätte und des Gästehauses als auch der Paracelsus-Klinik - haben wir herausgearbeitet, dass unsere Antwort auf die Auswirkungen der Gesundheitspolitik auf das Gesundheitswesen nur die sein kann, ein neues Konzept für individuelle Heilungswege, ergänzend zum Paracelsus-Krankenhaus zu entwickeln, die den Patienten weitere Behandlungsmöglichkeiten eröffnen, sei es stationär oder ambulant.

Dazu war es aber auch notwendig, die entsprechenden Räumlichkeiten zu haben. Die Komplettsanierung des Westflügels wurde zwingend. Um künftig aus einem gemeinsamen Impuls arbeiten zu können, haben wir uns dazu entschlossen, die Paracelsus-Stiftung zu gründen. Sie hat zur Aufgabe, den in Unterlengenhardt tätigen Einrichtungen die entsprechenden physischen Räume „zur Verfügung“ zu stellen. Ihre Aufgabe ist es also, Eigenkapital zu bilden, damit Zukunftsinvestitionen für die einzelnen Einrichtungen getätigt werden können. So hat sich der Gedanke des Paracelsus-Zentrums für anthroposophische Medizin entwickelt.

Ergänzend zum Paracelsus-Krankenhaus, das in der zur Verfügung stehenden Zeit entsprechend dem anthroposophisch-medizinischen Ansatz die bestmögliche Diagnostik und Therapie bietet, wie bereits dargelegt, werden den Patienten weitere Behandlungsmöglichkeiten eröffnet - sei es stationär im Klinisch-Therapeutischen Institut, als freies anthroposophisches Krankenhaus, sei es ambulant von zu Hause aus, oder - die Erholungsqualitäten des Ortes nutzend - im Gästehaus.

Im Paracelsuszentrum haben wir jetzt die Kette von der Vorsorge über die Behandlung bis hin zur Nachsorge geschlossen. Stationäre Behandlungen finden im Paracelsus-Krankenhaus und im Klinisch-Therapeutischen Institut statt. In der Vor- oder Nachsorge bietet das Paracelsus-Therapeutikum ein breites Spektrum anthroposophischer Therapien wie Heileurythmie, künstlerische Therapien, Hyperthermie, Physiotherapie mit rhythmischen Massagen und Krankengymnastik an. Dieses therapeutische Angebot wird ergänzt durch Veranstaltungen, Seminare und Konzerte in der Freien Studienstätte.

Ein Teil der Angebote lässt sich über die Krankenkassen finanzieren (der stationäre Aufenthalt im Paracelsus-Krankenhaus, ambulante Therapien in der Physiotherapie). Ein anderer Teil dagegen nicht (der stationäre Aufenthalt im Klinisch-Therapeutischen Institut, ambulante Therapien im Bereich Kunsttherapie und Heileurythmie). Medizin ausschließlich für wirtschaftlich Privilegierte bieten wir aber nicht, denn je nach den Möglichkeiten unserer Patienten finden wir individuelle Wege, die Kostenfrage zu lösen. Hierzu trägt der Fonds für Freie Therapie bei, der keine Versicherung ist, sondern die Chance bietet, durch Zuwendungen solidarisch zu handeln und

eventuell bei einer späteren Erkrankung selbst Solidarität zu erfahren.

Die Gründung des Zentrums war Anlass, die stationären Einrichtungen von den Prozessen zu befreien, die nicht zu den Kernkompetenzen gehören. So wurde eine Dienstleistungsgesellschaft gegründet, die die Verantwortung für Verwaltung, Küche, Haustechnik, Hauswirtschaft und anderes übernommen hat. Diese Dienstleistungsgesellschaft kann frei agieren und ihre Angebote eventuell auch nach außen richten, als Zukunftsperspektive.

CS.: *Wie bewerten Sie die verschiedenen Konzepte, die bei der Gesundheitsreform diskutiert werden: Stichwort Bürgerversicherung, Kopfpauschale?*

GRP: Eine nicht einfach zu beantwortende Frage, da das Thema wirklich sehr komplex ist und besetzt mit Schlagworten, die leider viel zu häufig und meines Erachtens zu leichtfertig verwendet werden. Die diskutierten Vorschläge zielen letztendlich darauf hin, das jetzige Gesundheitswesen in seinen Leistungen deutlich zu reduzieren. Mit der sogenannten Grundversicherung (Bürgerversicherung etc.) soll für jeden „Bürger“ die Einzahlung in die Pflichtversicherung obligatorisch werden. So soll erreicht werden, dass mehr Menschen einzahlen, keine Koppelung mehr an das Einkommen sein wird, die berühmten Lohnnebenkosten entlastet werden und der Einzelne durch Zusatz- und Privatversicherungen seine persönliche Versicherung gestalten muß. Das jetzt bereits existierende Zweiklassensystem in der KV wird verschärft und der Solidargedanke tritt weiter in den Hintergrund. Es würde den Rahmen hier sprengen, eigene ausführliche Vorschläge zu unterbreiten. Mir scheint es bei der Gestaltung wichtig zu sein, darauf zu achten daß drei Grundprinzipien nicht verloren gehen: 1. Die Eigenverantwortung des Patienten im Hinblick auf Therapie und Arztwahl, aber auch im Hinblick auf die Kostentransparenz zu stärken. 2. Den Solidargedanken so zu denken, dass er als gesellschaftliche Verantwortung lebendig werden kann (Steuerfinanzierung). 3. Eine gesellschaftliche Bewusstseinsarbeit in Gang zu setzen, die sich zur Aufgabe macht, zu verdeutlichen, dass der Einzelne eine Solidargemeinschaft (ich helfe Dir im Krankheitsfall) nur dann in Anspruch nehmen sollte, wenn er wirklich ihre Hilfe braucht. Dies könnte zur Folge haben, dass die ganze Frage der Kontrolle (Medizinischer Dienst der Kassen MDK) auf ein Minimum reduziert werden oder sogar ganz wegfallen könnte.

CS.: *Die Koalition bereitet eine neue Runde der Gesundheitsreform vor. Was erwarten Sie?*

GRP: Wenn Sie nach meiner Erwartung an die Koalition fragen, bin ich ziemlich nüchtern geworden. Ich glaube, dass alle Vorschläge zur Reformierung unseres Gesundheitswesens aus einem einzigen Fokus heraus erfolgen werden: Wie können wir in der Gesetzlichen Krankenversicherung Kosten sparen und die Lohnnebenkosten senken. Daher erwarte ich nicht viel.

Fordern sollten wir aktiv, dass in das Gesundheitswesen wieder Begriffe wie Heilen, Mildtätigkeit und Heilmittel einziehen. Dass unser Gesundheitssystem nicht von Begriffen wie Standardisierung, Kundenorientierung

und „Konkurrenz belebt das Geschäft“ dominiert wird. Ein kranker Mensch ist kein Kunde, sondern ein hilfebedürftiger Mensch, oft sogar ein suchender Mensch. Fordern müssen wir, dass nicht industrielle Gesichtspunkte dominieren, sondern menschliche. Fordern müssen wir, dass ein Arzt, ob im Krankenhaus oder niedergelassen, sich die Zeit und den Therapieweg der für diesen einen Menschen richtig ist, frei wählen kann und entsprechend seinem Einsatz bezahlt wird. D.h. die Rechnung erhält der Patient und diese wird er mit der Solidargemeinschaft (KV) abrechnen. Dann entsteht mehr Bewusstsein.

Kontakt: Paracelsus-Zentrum, Burghaldenweg 60, 75378 Bad Liebenzell-Unterlengenhardt, Telefon: +49 70 52 / 925-0, Telefax: +49 70 52 / 925-2650, E-Mail: info@paracelsus-zentrum.de, www.paracelsus-zentrum.de

Der „Schmetterlings-Effekt“ und die gesellschaftliche Umgestaltung

Nicanor Perlas
Übersetzung aus dem Englischen:
Christoph Strawe

Vorbemerkung: Der folgende Aufsatz von Nicanor Perlas wurde im Februar auf den Seiten von TruthForce (siehe Kasten S. 16) veröffentlicht und hat, wie der Autor uns mitteilt, auf den Philippinen außerordentlich große Resonanz gefunden; er wird von Hand zu Hand weitergereicht. Dies muss im Zusammenhang mit der Situation im Lande gesehen werden - mit dem Aufschwung der Zivilgesellschaft, wie er sich bei der letztjährigen Karangalan-Konferenz widerspiegelte, und mit der Auseinandersetzung dieser Zivilgesellschaft mit der Staatsmacht. Die Zivilgesellschaft wirft der Präsidentin Gloria Arroyo seit längerem Wahlmanipulation und Korruption vor und fordert ihren Rücktritt. Ende Februar hatte diese daraufhin - begründet mit einer angeblichen Verschwörung - den Ausnahmezustand ausgerufen, was Festnahmen ohne Haftbefehl und längere Inhaftierungen ohne Anklage ermöglichte. Auch wenn Anfang*

* Vergl. Nicanor Perlas: Die Karangalan-Konferenz auf den Philippinen - ein großer Erfolg. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/2005.

März der Notstand zunächst wieder aufgehoben wurde, erinnern die Vorgänge an die Verhängung des Kriegsrechts durch Marcos 1972. Besorgnis erregend ist auch die Situation in der Armee. Zivilgesellschaftliche Aktivisten wie Nicanor Perlas brauchen in dieser gefährlichen Situation mehr denn je unsere Solidarität in ihrem Ringen um eine gewaltfreie Veränderung.

Wissenschaftliche Revolutionen prägen in wachsendem Maße die Landschaft der nach-Newton'schen Welt des 21. Jahrhunderts. Die Konzeption von Raum-, Zeit, Kausalität, Entwicklung und andere grundlegende Kategorien der modernen materialistischen Welt brechen zusammen, zersetzt durch die Funde einer neuen und mehr spirituellen Wissenschaft, die in Dutzenden von Feldern auftaucht. Diese neuen Entdeckungen machen eine Neuorientierung darüber notwendig, wie wir uns die Veränderung unserer Gesellschaften vorstellen und wie wir eine neue Welt gestalten können.

Man betrachte die Welt der Schmetterlinge. Norie Huddle beschreibt in ihrem Buch in der poetischen

Sprache eines Laien, wie sich die Raupe in einen Schmetterling verwandelt.

„Die neuen Zellen des Schmetterlings [nachdem er sich verpuppt hat] - werden imaginale Zellen (,imaginal cells') genannt. Sie schwingen in einer anderen Frequenz.* Sie sind so total verschieden von den Zellen der verpuppten Raupe, das deren Immunsystem sie als feindlich betrachtet und ... vertilgt ... Aber diese neuen Zellen fahren fort sich zu bilden, es werden immer mehr! Schon bald kann das Immunsystem der Puppe sie nicht mehr schnell genug zerstören. Mehr und mehr dieser Zellen überleben.“**

„Und dann passiert etwas Erstaunliches! Die winzigen kleinen vereinzelt Zellknospen klumpen zusammen, in befreundeten kleinen Gruppen. Sie schwingen alle in der gleichen Frequenz zusammen und tauschen Informationen untereinander aus. Dann nach einer Weile geschieht noch etwas Erstaunliches! Die Klumpen der Imago-Zellen ballen sich zusammen! ... Eine lange Kette sich zusammenklumpender und zusammenballender Schmetterlingszellen, alle in der gleichen „Schwingung“, alle beteiligt am Informationsaustausch untereinander innerhalb der Schmetterlingspuppe.“

„... Dann an einem bestimmten Punkt, bemerkt die ganze lange Kette von Imago-Zellen plötzlich, dass sie etwas darstellt. Etwas, das sich von der verpuppten Raupe unterscheidet. Etwas Neues! Etwas Wunderbares! ... und in diesem Gewahrwerden ist der Geburtsschrei des Schmetterlings enthalten!“ „... Jede neue Schmetterlingszelle kann nun eine unterschiedliche Aufgabe übernehmen. Es gibt für jede etwas zu tun und jede ist wichtig. Und jede Zelle fängt an, gerade das Bestimmte zu tun, wozu sie am meisten hingezogen wird. Und jede andere Zelle ermutigt sie, gerade das zu tun. Ein großartige Methode, einen Schmetterling zu gestalten! Und eine großartige Weise, eine Schmetterlingsbewegung zu organisieren!“

Diese Verwandlung der Raupe in den Schmetterling ist ein großartiges Bild für die gesellschaftliche Umgestaltung.

Die Menschen, die wach werden für neue Möglichkeiten, sind in einer bestimmten Beziehung wie die imaginalen Zellen ihrer eigenen Gesellschaft. Der Prozess der gesellschaftlichen Transformation beginnt mit dem Auftauchen dieser Individuen, die die Samen der Zukunft mit sich führen. Sie sind „imaginal“ dadurch, dass sie in ihrem Erneuerungsstreben ein Bild der Zukunft ihrer Gesellschaft in sich tragen.

Diese innovativen Individuen, diese Zukunftsträger werden zu „Abweichlern“ in ihrer Gesellschaft. Sie werden nicht als diejenigen anerkannt, die das Gute bringen. Stattdessen werden sie als Störenfriede attackiert, Zerstörer der selbstzerstörerischen Gewohnheiten der alten Gesellschaft (der Puppe), die für eine oberflächliche Betrachtung als das „gute Leben“ erscheint. Im Extremfall werden die Störenfriede getötet. Kennedy, King, Gandhi, Rizal, Bonifacio, Javier, Aquino, und andere wurden getötet, weil sie eine Gefahr für das

* Original: „They resonate at a different frequency.“

** Vergl. www.gungfu.de/facts/archives/2004/10/22/von-der-raupe-zum-schmetterling (Anm. CS)

TruthForce

Die Wahrheit für integrale nachhaltige Entwicklung mobilisieren

Truthforce (wörtlich übersetzt „Wahrheitskraft“) ist eine Informationsplattform der philippinischen Zivilgesellschaft, die zunächst vor allem durch ihr Internet-Angebot wirkt (siehe unten). In der Selbstdarstellung von TruthForce heißt es:

„Wir leben in einer komplexen und vernetzten Welt. Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, das Wesentliche in der Flut der Information und des Wissens, das aus dieser komplizierten Welt fließt, zu erkennen. Zum Beispiel ist Armut nicht einfach ein ökonomisches Problem. Sie hat allgemein-menschliche, ökologische, politische, kulturelle und spirituelle Dimensionen. Auch Korruption ist nicht allein ein politisches Problem. Auch sie hat allgemein-menschliche, kulturelle und ökonomische Dimensionen. Globale Entwicklung sind in einem hohen Maße als Antriebskraft bestimmend für die ökonomische Leistungsfähigkeit der Philippinen. Spirituelle Praxis ist hohl und sogar gefährlich, wenn sie von den globalen und nationalen Realitäten geschieden ist.“

TruthForce bietet einen Orientierungsrahmen für das Begreifen unserer komplexen und wechselseitig verbundenen Welt. Dieser Rahmen bejaht die drei grundlegenden Realitäten, die wir alle unmittelbar erfahren: uns selbst, die Natur und die Gesellschaft.

TruthForce versteht, dass die Gesellschaft wiederum drei voneinander unterschiedene, jedoch zugleich mit einander verbundene Sphären aufweist: die ökonomische, die politische und die kulturelle. TruthForce setzt sich daher mit ökologischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Realitäten und Triebkräften auseinander. TruthForce arbeitet auch daran, ein nationales und globales Netzwerk von Korrespondenten zusammenzubringen.“

Für die Arbeit von TruthForce zeichnen Nicanor Perlas, James Sharman, Larnie Garcia und Joey Mendoza verantwortlich - Internet: www.truthforce.info

System darstellten. Das Auto-Immunsystem der alten Gesellschaft versucht, die Visionäre los zu werden.

„Diese gewalttätigen Reaktionen können jedoch das Auftauchen von immer mehr „imaginalen“ Individuen in der Gesellschaft nicht verhindern. Bald bilden diese gemeinsam die vielfältigen Bewegungen, die für eine bessere Gesellschaft kämpfen - die Umweltbewegung, die Bewegung für ökologische Landwirtschaft, die Jugendbewegung, die Frauenbewegung, die Bewegung der indigenen Völker, die der städtischen Armen, die weltweite Demokratiebewegung, die Bewegung für eine neue Erziehung, die spirituelle Bewegung und so weiter.

Dieses Stadium ist jedoch nicht ausreichend. Die verschiedenen Bewegungen, die jetzt die verschiedenen Zukunftsmöglichkeiten verkörpern, müssen lernen, zusammenzuwirken und die Identität und die Beiträge der jeweils anderen zu ermutigen und zu verstärken. Die soziale Erneuerung wird nur kommen, wenn die verschiedenen Identitäten lernen, Synergie untereinander zu erzeugen, denn in diesen Synergien zeigt sich oft die Gestalt der zukünftigen Gesellschaft, die zur Erscheinung drängt.

Es gibt noch einen anderen Aspekt von all dem. Man wird bemerken, dass im Frühstadium die Verwandlung der Puppe in den Schmetterling äußerlich nicht sichtbar ist. Stattdessen wird man sehen, dass die verpuppte Raupe sich selbst gewissermaßen zu einer Art Flüssigkeit „verdaut“ hat. Der Zustand des biologischen „Chaos“ hat eingesetzt. Dieses Chaos hat jedoch nichts mit unserer modernen Konzeption des Chaos zu tun, in der wir es mit Unordnung gleichsetzen. Dieses „Chaos“ ist das griechische Chaos, in dem die Potenziale für eine neue Ordnung verborgen sind und darauf warten, sich ausdrücken zu können. Aus diesem Chaos erstet der Schmetterling.

So ist es auch im allgemeinen in der Gesellschaft. Wir sehen Chaos überall. Wir können darauf auf zweifache Weise antworten. Wir können uns beklagen und uns durch ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit selbst entmutigen. Oder wir können es als ein äußeres Symptom dafür betrachten, dass die alte Ordnung im Zusammenbruch begriffen ist und darauf wartet, auf eine höhere Ebene der Komplexität und der Ordnung gehoben zu werden.

Eine der wirkungsvollsten Weisen, die Möglichkeiten des Chaos zu nutzen, besteht darin, die „imaginalen“ Individuen zu identifizieren, die in sich verschiedene Aspekte der Zukunft tragen. Oft sind das die Individuen, die unter höchst widrigen Umständen eine hervorragende und begeisterte Arbeit leisten. Wir müssen den Blick entwickeln für die verborgenen Beziehungen, die unsichtbaren Muster, die all die verschiedenen Initiativen miteinander verbinden und für jeden einzelnen Beteiligten einen Weg finden, dass auch er das Ganze sehen lernt.

Hier bemerken wir etwas Bedeutsames. Moderne materialistische Wissenschaft gerät in Verlegenheit, wenn sie die planmäßige, kohärente und künstlerisch begeisterte Metamorphose der Raupen in die Schmetterlinge erklären soll. Sie kann nicht ergründen, wie ein

neues Niveau in Organisation und Erscheinung aus einem Bündel genetischer Programme erwachsen kann, von denen einige dann in der Organisationsform des Schmetterlings überflüssig werden. Eine höhere Form von Intelligenz, ein „morphisches Feld“ ist offenbar in diesem Prozess am Werk.

In der Natur wirkt der wunderbare Prozess der Verwandlung in einer nahtlosen Weise, quasi automatisch. In der menschlichen Welt geschieht dies nicht. Die menschliche Intelligenz und der menschliche Wille müssen die Prozesse der Verwandlung vom Raupen- zum Schmetterlings-Stadium der Gesellschaft verstehen und aktiv vorantreiben. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, dies zu tun. Eine der einfachsten und am meisten Kraft schenkenden besteht darin, die Grundlinien der inspirierenden Ideen und Innovationen zu erkennen, die Gesellschaften im Übergang prägen. Diese „positive Kartographie“ ergibt für diejenigen, die die Gesellschaft erneuern wollen, einen ersten Überblick, wie der Genius und die positiven Lebensenergien dieser Gesellschaft sich bewegen und fließen. Die Wahrnehmung der äußerlich unsichtbaren Bildgestalt und Realität der zukünftigen Gesellschaft würde es den „imaginalen“ Individuen und Bewegungen ermöglichen, ihre Ressourcen und Talente in einer strategischen Allianz für das größere Wohl der Gesellschaft zu vereinen.

Sie verbinden sich mit all dem, was lebendig und verwandlungsfähig in der Gesellschaft ist, und nicht mit dem, was sich bereits im Absterben befindet.

Es gibt noch einen anderen Aspekt des Schmetterlings, der uns aus dem Reich der Metaphern in das Reich der Wissenschaft führt. Es gibt den sogenannten Schmetterlings-Effekt in der neuen Wissenschaft des Komplexen, in der Chaos-Theorie. Wir hören oft, dass ein Schmetterlingsflügelschlag Wettererscheinungen rund um den Erdball beeinflussen könne. Kleine Veränderungen, an der richtigen Stelle, können zu einer Kaskade führen und Wirkungen im großen Maßstab nach sich ziehen.

1969 sagte Margaret Mead: „Zweifeln Sie nie daran, dass eine kleine Gruppe nachdenklicher und engagierter Bürger die Welt verändern kann. In der Tat: das ist das einzige, was sie je verändert hat.“ Sie stellte sich damals nicht vor, dass nur ein Jahrzehnt später ihre historische Analyse empirische Unterstützung durch naturwissenschaftliche Studien in der Form der neuen Wissenschaft der Komplexität erhalten würde.

Gesellschaftliche Transformation im 21. Jahrhundert muss auf die Herausforderungen und Chancen dieses Jahrhunderts gegründet sein. Soziale Bewegungen, die Veränderungen auf der Grundlage der anachronistischen Ideen des Materialismus des 19. Jahrhunderts zu erreichen versuchen, sind dazu verdammt, für die Gesellschaft mehr Schaden als Gutes zu stiften. Soziale Bewegungen, die innovativ, gegenwartsbezogen und klug die Wege des Wissens des 21. Jahrhunderts beschreiten, haben eine bessere Chance, sich den großen und langfristigen spirituellen und sozialen Herausforderungen zu widmen, vor denen die Menschheit heute und in den kommenden Jahrzehnten steht.

Betrachtungen und Berichte

Gedenken

Peter Schiefer

29.6. 1946 - 16.2. 2006

C. Strawe

Im November 1989, auf dem Höhepunkt des Umbruchs in Ost- und Ostmitteleuropa, fand in Stuttgart eine große Tagung zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution und zum 70. Jahrestag der Dreigliederungsbewegung von 1919 statt, an die sich viele Leser noch gut erinnern werden. Rolf Henrich trat dort auf - und am Rande der Tagung wurde die Initiative Netzwerk Dreigliederung gegründet. Den Einladungsprospekt hatte Peter Schiefer entworfen, Dozent am Waldorflehrerseminar, Maler, Plastiker und Werklehrer. Er war es auch, der dieser Zeitschrift - Ende 1991 - die erste grafische Gestaltung gab, die das Erscheinungsbild dann über Jahre geprägt hat. Auch die Ankündigungen der ersten vier Jahrgänge der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ mit ihrem wunderbaren farblichen Design haben wir ihm zu verdanken. Peter Schiefer war ein Künstler, den die großen Fragen der Zeit bewegten: das verband ihn ebenso mit uns und unserer Arbeit wie sein Sinn für Selbstverwaltung und sein ungeheures praktisches soziales Engagement für die Studierenden und seine Kollegen des Stuttgarter Waldorflehrerseminars. Er starb nach schwerem Leiden am 16. Februar. Wir gedenken seiner in Verbundenheit.

Peter Boock

6.12. 1930 - 25.11. 2005

C. Strawe

Peter Boock war ein Mensch, der sich sehr tief mit dem Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus verbunden hatte. Besonders in den ersten Jahren der Initiative Netzwerk bereicherte er oft die Treffen durch seine Gesprächsbeiträge. Anfang der 70er Jahre hatte er sich in der Anti-AKW-Bewegung engagiert, war mit führender Kopf der Bewegung, die den Bau des Atomkraftwerks Wylh verminderte. In seinen Arbeiten zur Dreigliederung wie in seinen Beiträgen zur Sozialgestalt anthroposophischer Gemeinschaftsbildung zeigt er sich als ein engagierter Vorkämpfer der unmittelbaren gegenseitigen Anerkennung der Menschen und als Gegner von Hierarchien und Institutionalisierungen.

Er lebte recht zurückgezogen in Elzach, als Hausmann und Schriftsteller. Seine ausgeprägte Neigung zur erschöpfenden und tieferschürfenden Darstellung sozialer Probleme - sichtbar etwa in seinem zweibändigen Werk „Ich und der große Bruder“* - war bewundernswert, wenn auch einer literarischen Breitenwirkung sicher nicht förderlich. Das letzte Telefonat, das wir miteinander führten, drehte sich unter anderem darum, ob und wie eine eigene Internetpräsenz dem abhelfen könne. Der eigentliche Anlass war aber der von ihm verfasste Text einer europäischen Kulturcharta, entstanden im Zusammenhang mit Forderungen nach einer solchen Charta in der offiziellen EU-Szene und angeregt durch eine Anfrage von Wilfried Heidt. Diesen Text veröffentlichen wir nun in diesem Heft (S. 21 ff.). Als ich ihn erhielt, konnte ich nicht ahnen, dass er eine Art Vermächtnis darstellt. Wir werden mit Peter Boock verbunden bleiben.

Europa

EU-Verfassung: der Stand der Dinge

Christoph Strawe

Die europäische Zivilgesellschaft ringt mit den Entwicklungen, die sich aus der Lissabon-Strategie der EU ergeben. Die Auswirkungen des Plans, bis 2010 zur dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt zu avancieren, zeigen sich z.B. in dem vorliegenden Verfassungsvertrag, aber auch in einzelnen Richtlinien wie der sogenannten Bolkestein-Richtlinie über die Freiheit der Dienstleistungen im Binnenmarkt.

Mit Belgien haben jetzt 14 von 25 Staaten den Verfassungsvertrag ratifiziert. In vielen Ländern ist die Entscheidung aber ausgesetzt, - und die Verfassung tritt erst in Kraft, wenn die letzte Ratifikationsurkunde hinterlegt ist. Das Europa-Parlament hat denn auch schon - bei der Diskussion über den Bericht der Konventsmitglieder Voggenhuber und Duff - das Jahr 2009, in dem auch Europawahlen stattfinden, als Zeitpunkt des Inkrafttretens ins Auge gefasst und zugleich davor gewarnt, das Verfassungsprojekt aufzugeben. Innerhalb der politischen Eliten sind die Meinungen geteilt. Der französische Innenminister Sarkozy plädierte jüngst dafür, erst einmal einen gekürzten Text in Kraft zu setzen und das Werk später nachzuführen. Polens Präsident Kaczynski sieht für die EUV in Polen keine Chance auf Ratifizierung und sein tschechischer Kollege Vaclav Klaus fordert eine neue Debatte, nicht nur über den Text, sondern über die Substanz der Integration. Die österreichische Präsidentschaft setzt sich für Ratifizierung ein, - wobei die Regierung mit Vizekanzler Gorbach

* Vergleiche die Rezension im Dreigliederungs-Rundbrief 4/2001: Ein Dreigliederungsbuch als Studium generale. Peter Boock: „Ich und der Große Bruder - Wege, die moderne Gesellschaft zu verstehen“, Drei Hasen Verlag Elzach.

einen Abweichler in den eigenen Reihen hat und die Bevölkerung mit großer Mehrheit entweder für eine Veränderung oder ganz gegen die Verfassung ist. Eine Veränderung hält auch Finnlands Ministerpräsident Matti Vanhanen für unausweichlich, der ab Juli die Ratspräsidentschaft innehat. - Er hat freilich den Text im Konvent selbst mit zustande gebracht. Kanzlerin Merkel schließlich will den Vertrag retten, die deutsche Präsidentschaft beginnt im Januar 2007. Ihr schwebt dabei vermutlich vor, dem unveränderten Verfassungsvertrag eine Ergänzung, ein Zusatzprotokoll anzufügen, in dem die sozialen Aspekte Europas betont werden. Damit würde sie einem Verfahren folgen, dass schon einmal praktiziert wurde, als die Dänen in einer Volksabstimmung 1992 Nein zum Vertrag von Maastricht sagten, der dann mit vier Ausnahmeregelungen noch einmal zur Abstimmung gestellt und letztlich angenommen wurde. Einig ist man sich in den europäischen Eliten, dass man die Verfassungsinhalte auf jeden Fall implementieren will, notfalls durch Einzelregelungen. Dabei wird man notfalls eine gewisse Flexibilität an den Tag legen, die auch das Europaparlament bei seiner Ja-Entscheidung über die in Einzelheiten, aber nicht in der Grundrichtung geänderte Dienstleistungsrichtlinie an den Tag gelegt hat.

Ringens um Alternativen, die Regionalforen

Über den Widerstand gegen die ungenuten Tendenzen hinaus geht es um Fragen einer Alternative. Solche Fragen werden sicherlich beim Europäischen Sozialforum in Athen Anfang Mai eine große Rolle spielen, an dem auch ich voraussichtlich teilnehmen werde. Vielerlei Konzepte werden momentan diskutiert, manche davon nicht unproblematisch, weil sie nur Inhalte der EU-Politik austauschen wollen, ohne am zentralistischen Machtgebaren der EU im Kern etwas zu ändern.

Demgegenüber entwickelt sich eine Bewegung, die stark betont, dass ein neues Europa von unten entstehen muss. Aus diesem Impuls heraus haben am 4. März in zehn europäischen Städten, so auch in Stuttgart, Regionalforen stattgefunden. Ermutigt durch das Nein in Frankreich und den Niederlanden wollen die Regionalforen mithelfen, dass sich die Menschen in Europa darüber klar werden, wie sie leben wollen und wie Europa aussehen soll, - wie Formen der funktionalen und regionalen Selbstverwaltung entwickelt werden können, die es ermöglichen, dieses Wollen in die Realität umzusetzen. Dabei wurde an Themenachsen vielfältig, kreativ und auf gemeinsamer Augenhöhe gearbeitet.

In Stuttgart gab es bereits am 26. November letzten Jahres eine Auftaktveranstaltung, bei der ich - zusammen mit Klaus Starke - einen Workshop über Alternativen zum Verfassungsvertrag und eine menschenwürdige Grundordnung Europas angeboten habe. Daraus hat sich eine kleine Arbeitsgruppe entwickelt, die das nachstehend abgedruckte Positionspapier mit essentiellen zivilgesellschaftlichen Forderungen ausgearbeitet hat. Es wurde am 4. März auf dem zweiten Stuttgarter Regionalforum vorgestellt, seine Positionen sollen nun in laufende zivilgesellschaftliche Debatten eingebracht werden.

Ein anderes Europa ist möglich!

Essentielle zivilgesellschaftliche Forderungen an die Verfasstheit Europas

(Dieses Positionspapier wurde von einer Arbeitsgruppe verfasst, die sich beim 1. Stuttgarter Regionalforum am 26.11. 2005 gebildet hatte. Die Ergebnisse wurden auf dem 2. Stuttgarter Regionalforum am 4. März 2006 erstmals vorgestellt)

I.

Wir verstehen die europäische Zivilgesellschaft als eine aktive und selbständige, durch Pluralität und horizontale Vernetzungen geprägte, von Politik und Markt unabhängige Kraft, die sich den Werten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität (Geschwisterlichkeit) und den auf sie gegründeten Menschenrechten verpflichtet weiß.

Diese Werte wurden historisch erstmalig in Europa so artikuliert, haben jedoch eine globale Bedeutung. Das heißt, dass Europa selbst sich immer wieder neu an diesen Werten messen lassen muss. Seine globale Rolle muss in Beiträgen zur gewaltfreien Konfliktlösung und zur Schaffung einer gerechten Weltordnung bestehen. Europa muss konsequent den Grundsatz der Nachhaltigkeit in die Wirklichkeit umsetzen.

Die Rechtsordnungen in Europa müssen einen Rahmen bilden, der allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Prozess durch Initiative, Selbst- und Mitverantwortung in selbstverwalteten Strukturen ermöglicht. Es geht uns um die Schaffung der Bedingungen dafür, dass Menschen selbst ihre sozialen Verhältnisse gestalten können.

Eine Europäische Union darf daher kein zentralistisches Machtstaatsgebilde sein, das kleinlich reglementierend in das Leben der Menschen eingreift. Als europäische Zivilgesellschaft eint uns das Bekenntnis zur Vielfalt der europäischen Kulturen, die wir in ihrer jeweiligen Eigenart respektieren und anerkennen. Wir erklären, dass die Europäische Union nur als Gemeinschaft miteinander vernetzter Völker, Regionen und Staaten fungieren kann, die den individuellen Menschenrechten, der Demokratie und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist.

II.

Als europäische Zivilgesellschaft lehnen wir daher den vorliegenden Vertrag über eine Verfassung der EU ab, da er den genannten Grundsätzen nicht hinreichend Rechnung trägt, sondern vielmehr

- mit einer monströsen Fülle von Detailregelungen Gestaltungsoffenheit verhindert,
- die ohnehin schon mächtige EU noch mächtiger macht und die Rechte der nationalen Parlamente einschränkt,
- dem EU-Parlament nach wie vor grundlegende Rechte vorenthält,

- das Niveau des Grundrechtsschutzes absenkt,
- die Mitgliedstaaten zu kontinuierlicher Aufrüstung verpflichtet, die Selbstermächtigung zu weltweiten Kampfeinsätzen ohne UNO-Mandat ermöglicht und damit den Frieden gefährdet,
- einer neoliberal orientierten Wirtschaftsordnung und dem wirtschaftlichen Wachstum Verfassungsrang gewährt und die Sozialbindung der Wirtschaft und des Eigentums vernachlässigt,
- die EU noch stärker auf die entwicklungsfeindliche Politik der Welthandelsorganisation WTO einschwört - womit Sozialabbau und Kommerzialisierung öffentlicher Güter beschleunigt werden.

Wir werden dem Versuch, diese Verfassung als ganze oder einzelne ihrer Bestandteile in Kraft zu setzen, unseren Widerstand entgegensetzen.

III.

Ungeachtet unterschiedlicher Einschätzungen über die Notwendigkeit der EU und ihre künftige Rolle sind wir uns darin einig, dass ein Vertrag über die Verfasstheit Europas nichts anderes enthalten darf als

1. ein klares Bekenntnis zu den Grund- und Menschenrechten und ihre Ausformulierung,
2. die Beschreibung von Prinzipien und Aufgaben, die sich aus den Grundrechten für die EU ergeben,
3. eine damit in Übereinstimmung stehende Beschreibung von grundlegender Aufgabe, Funktionsweise und Verhältnis der europäischen Institutionen.

Zu 1. Grund- und Menschenrechte

Wir wollen ein klares Bekenntnis zu den Grund- und Menschenrechten und eine konsequente Ausformulierung dieser Rechte. Eventuell weitergehende Grundrechtsgarantien einzelner Länder dürfen durch Vereinbarungen auf der EU-Ebene nicht angetastet werden. Stattdessen soll die Einklagbarkeit der Grund- und Menschenrechte auf europäischer Ebene dazu führen, dass unzureichende oder gar die Grundrechte verletzende Regelungen in einzelnen Staaten durch Angleichung an ein europäisch definiertes Mindestniveau an Grundrechtsschutz korrigiert werden müssen. Achtung und Schutz der Würde jedes einzelne Menschen müssen im Mittelpunkt der europäischen Rechtsordnung(en) stehen. Die Grundrechte binden alles Handeln der EU-Institutionen.

In Europa müssen die **individuellen Freiheitsrechte** respektiert werden. Das bedeutet Durchlässigkeit der Gesellschaft für die Selbstorganisation der Betroffenen, Offenheit für die kulturelle Kreativität des Einzelnen und kulturelle Diversität. Diese Gesichtspunkte müssen auf einzelnen Sachfeldern konkret berücksichtigt werden. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die allgemeine Handlungsfreiheit der Person und die daraus folgende Vertragsfreiheit sind ebenso zu gewährleisten wie umfassende Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit

sowie Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Unverletzlichkeit der Privatsphäre, Datenschutz, Freizügigkeit und das Asylrecht, die besonderen Rechte von Kindern und Jugendlichen und das Recht auf Bildung.

Es muss gelten die Gleichheit vor dem Gesetz; das Diskriminierungsverbot und die volle Gleichberechtigung von Frauen und Männern, das Petitionsrecht und das Recht zur Gründung von Parteien und politischen Bündnissen. Die **demokratische Beteiligungsrechte** dürfen nicht auf das aktive und passive Wahlrecht beschränkt werden, sondern müssen vor allem auch das Recht auf Gesetzesinitiative aus der Zivilgesellschaft, auf Volksbegehren und -abstimmung beinhalten - und zwar unter Gewährleistung fairer und gleicher Bedingungen für konkurrierende Inhalte.

Das Recht auf Eigentum ist zu gewährleisten, muss aber - wo Eigentum soziale Auswirkungen hat - zugleich einer konsequenten Sozialbindung unterliegen, damit nicht die Freiheit des einen zu Lasten der Freiheit des anderen geht.

Das Recht jedes Menschen auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Hilfe bei Krankheit, Invalidität und im Alter muss gewährleistet werden. Sie bzw. er muss das Recht haben, an der gesellschaftlichen Tätigkeit und am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben. Die Früchte der ständig wachsende Produktivität können und müssen so verteilt werden, dass kein einziger Mensch unter menschenunwürdigen Bedingungen leben muss. Ein Grundeinkommen ist **soziales Menschenrecht**, das an keine andere Bedingung geknüpft sein kann als daran, dass der Mensch ein Mensch ist. In diesem Sinne ist das Grundeinkommen bedingungslos.

Durch ein solches Recht auf Grundeinkommen wird auch das Recht auf Arbeit neu gefasst: Statt das unter den Bedingungen des Produktivitätsfortschritts illusorische Recht auf einen klassischen Erwerbsarbeitsplatz zu postulieren, führt das bedingungslose Grundeinkommen zum faktischen Recht, einer selbstbestimmten Arbeit nachzugehen - dies würde auch nicht mehr zu Abzügen führen wie bei den gegenwärtigen Sozialeinkommensmodellen.

Die Festlegung der Höhe des Grundeinkommens ist eine Frage des jeweiligen demokratischen Konsensus in den einzelnen europäischen Ländern. Seine Höhe muss jedoch so bemessen sein, dass ein menschenwürdiges Leben möglich ist und kein verdeckter Arbeitszwang entsteht.

Es darf nicht die bestehende Wirtschaftsordnung in den Verfassungsrang erhoben werden, der Weg zu einem sozialeren Boden-, Eigentums- und Geldrecht darf nicht versperrt, sondern soll vielmehr erleichtert werden. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, neue kooperative Formen der Ökonomie zu erproben und zu praktizieren.

Zu 2. Prinzipien und Aufgaben der EU

Die Grundrechte müssen in der gesamten Ordnung der Europäischen Union zum Ausdruck kommen, jede europäische staatliche Gewalt ist an sie gebunden und hat zu ihrer Verwirklichung beizutragen.

Das bedeutet, dass die bereits geltenden europäischen Verträge auf den Prüfstand gehören und wo nötig nachzuführen sind, während alle neuen europäischen Regelungen zuerst auf ihre volle Grundrechtskompatibilität zu prüfen sind.

Das Kernprinzip, das sich aus den Grundrechten ergibt, ist das der Subsidiarität. Subsidiarität bedeutet, dass jeweils auf der untersten möglichen Ebene demokratisch entschieden werden muss, aber zugleich auch, dass die Selbstverwaltung der betroffenen Menschen immer da Vorrang hat, wo aus der Sache heraus keine zentralistische Einheitslösung nötig ist, - auf welcher Ebene auch immer.

Die EU muss den Grundsatz der Nachhaltigkeit und der Achtung des Lebens konsequent einhalten und umsetzen. Die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen des Planeten und damit der Möglichkeit menschlicher Entwicklung auf ihm muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Das gebietet schon die Verantwortung für kommende Generationen.

Die EU muss sich für gewaltfreie Konfliktlösungen in der Welt, die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen und für umfassende Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung einsetzen. Sie muss aufhören, militärische Supermachtambitionen zu entwickeln und sich an der Ausbeutung des Global South zu beteiligen.

Zu 3. Institutionen der EU

Wenn die Grundrechte und Subsidiarität gewährleistet sind - und nur dann! - kann ein Vertrag über die Verfasstheit Europas legitime Aussagen über die Aufgaben und das Verhältnis der europäischen Institutionen machen. Es sollte das Europaparlament für den Kreis der Fragen, die dann noch in eine gesamteuropäische Zuständigkeit fallen, die vollen Parlamentsrechte erhalten. Eine volle Gewaltenteilung sollte erfolgen und undemokratische, intransparente und bürokratische Strukturen innerhalb der EU beseitigt werden. Daraus wird sich dann auch eine Neubestimmung der Aufgaben des europäischen Rats und der Kommission ergeben können.

IV.

Eine entscheidende Frage für die Verfasstheit Europas ist nicht nur deren Inhalt, sondern vor allem auch die Form ihres Zustandekommens. Beides lässt sich nicht trennen.

Ein Verfassungsprozess, der wirklich demokratisch-partizipatorisch wäre, verlangt, dass er sich ohne Zeitdruck, unter breitester Beteiligung der Zivilgesellschaft vollziehen kann. Die BürgerInnen und Bürger müssen in jedem einzelnen Land über Dokumente, die die Verfasstheit Europas zum Inhalt haben, abstimmen und an ihrem Zustandekommen teilhaben können.

Aus der Zivilgesellschaft heraus sind bereits eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, wie ein Verfassungsprozess von unten aussehen könnte. Dabei wurde ein

neuer von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählter Konvent angeregt, der Initiativen aus der Zivilgesellschaft berücksichtigen müsse. Es wurde aber auch vorgeschlagen, dass aus der Mitte der europäischen Bürgergesellschaft selbst heraus ein Verfassungsentwurf entwickelt und zur Abstimmung gestellt werden sollte.

Entscheidend ist für uns der Gedanke, dass die Ordnung Europas nur dann als legitim gelten kann, wenn die Menschen nicht nur die Möglichkeit haben, über fertige Ergebnisse abzustimmen, die inhaltlich von den Machteliten Europas bestimmt wurden, sondern sich durch Initiative und Volksbegehren selbst einbringen können. Die demokratischen Beteiligungsrechte, die wir für die Ordnung Europas fordern, fordern wir auch für ihr Zustandekommen, denn Demokratie ist unteilbar.

Entwurf zu einer Europäischen Kulturcharta

Peter Boock

1. Zur Geschichte:

Europa blickt auf mehr als drei Jahrtausende einer oft dramatischen, schmerzlichen und vieles bewegenden Geschichte zurück.

Deren Anfang ist mit dem Mythos von der Königstochter Europa, die vom Göttervater Zeus von Kleinasien nach Kreta entführt wurde, recht exakt bezeichnet:

Die minoische Kultur - in ihren archäologischen Funden und den Resten ihrer Bauwerke recht gut erforscht - gilt als die erste nachweisbare Kultur auf europäischem Boden. Die nachfolgenden Kulturen des mythischen und später des klassischen Griechenlands sind die maßgeblichen Wurzeln europäischer Geschichte. Unbestreitbar ist, dass diese ersten Hochkulturen des europäischen Kontinents in vielerlei Weise von den älteren Kulturen Asiens, von Indien und Persien bis hin zu Babylonien und Ägypten beeinflusst und geformt worden sind. Zugleich wurden die von dorthher herübergetragenen Elemente mannigfaltig umgebildet und weiterentwickelt:

An Stelle der asiatischen ausgedehnten Theokratien entwickelten sich im Südosten Europas regionale Zentren und Stadtstaaten, die im Verlauf von ca. eineinhalb Jahrtausenden von den Königs- und Adels Herrschaften schließlich vor allem in Athen bis zu ersten von Bürgern - demokratisch - bestimmten Gemeinwesen führten. Die griechische epische, dramatische und lyrische Kunst ebenso wie auch Plastik und Architektur, nicht zuletzt die griechische Philosophie waren eine erste Blüte des geistig-kulturellen Europa, die dann vor allem über die Alexanderzüge wieder nach Asien und Nordafrika zurückwirkte.

In der 2. Hälfte des letzten vorchristlichen Jahrtausends dehnte sich schrittweise das Römerreich über das südliche und westliche Europa, Nordafrika und den Vorde-

ren Orient aus, dessen Herrschaft sich auf den Bürger stützte, der um seine Rechte und Pflichten im Gemeinwesen wusste und diese selbständig wahrnahm. Politisch unterwarf Rom den griechisch geprägten Kulturkreis; zugleich wurde griechische Kultur ein entscheidender Bestandteil römischer Bildung.

Die schon überwundenen Herrschaftsformen der asiatischen Theokratien drohten im römischen Kaiserreich das Element des seiner Person und seiner Rechte bewussten Bürgers wieder zu unterdrücken: Auch da schon ein Kampf vorwärtstreibender mit retardierenden Kräften. In diese - ambivalente - Situation schlug der Impuls des Christentums hinein. Dieser entwickelte sich - zunächst wortwörtlich im Untergrund - in wenigen Jahrhunderten zum maßgeblichen Kulturfaktor. Er gab dem werdenden Abendland mit dem Blick auf Leben, Sterben und Auferstehung des Christus den entscheidenden Anstoß zur Ausbildung persönlich vertiefter Innerlichkeit, dem Streben nach einem friedlichen Miteinander der Menschen unter Überwindung von Standes- wie Stammesunterschieden bis hin zur Entwicklung echter Mitmenschlichkeit. Diese Tendenzen wurden immer wieder korrumpiert oder unterdrückt durch die noch aus den theokratischen Traditionen hereinwirkenden Machimpulse der römischen Herrscher und später auch des Staatskirchentums. Mit dem Christentum fanden auch die Überlieferungen der hebräischen Kultur Eingang nach Europa, wobei viele Juden nach ihrer Vertreibung aus Jerusalem durch die Römer (70 n.Chr.) an vielen Stellen Europas Zuflucht fanden und dort ihre Kultur weiterentwickelten - zum Teil in fruchtbarer Symbiose mit ihren Gastvölkern, zum Teil auch unter Verfolgung und Unterdrückung.

Die vom römischen Reich und der christlichen Kirche dominierte Kultur des südlichen Europa erhielt im 1. nachchristlichen Jahrtausend neue Einschläge aus dem Norden und Osten durch die Einwanderung germanischer Stämme nach Westen und Süden, welche dem Druck mongolischer Völker aus Innerasien weichen mussten, die sich bis ins Gebiet des heutigen Russland vorgeschoben hatten. Die von einem starken Freiheitsbewusstsein (das sich zunächst auf Stamm und Sippe bezog) impulsierten germanischen Volksgruppen brachen die zur Verfestigung tendierenden Kultur- und Lebensformen des zerfallenden Römerreiches auf. In zunächst kriegerischen Auseinandersetzungen trugen sie ihre Rechts- und Herrschaftsformen in das südliche Europa hinein, durchdrangen sich aber ihrerseits mit den Impulsen des Christentums und den aus der Antike herübergekommenen Kulturelementen. Die christliche Kultur wurde zugleich von Süden (Rom) und Westen (Irland) durch die Klostergründungen nach Mittel- und Nord-europa getragen, dann auch (von Byzanz aus) zu den im östlichen Europa siedelnden Slawenstämmen, wie den von Asien eingewanderten Volksgruppen (Ungarn, Baltenvölker, Finnen). Die Einfälle der Hunnen (Attila) und Mongolen (Dschingis Khan) aus Innerasien führten vor allem im europäischen Osten zu despotischen Herrschaftsformen, deren Auswüchse im Zarismus und Stalinismus bis ins 20. Jahrhundert reichen.

Im 9. nachchristlichen Jahrhundert eroberten die vom Islam impulsierten Araber Nordafrika und brachten größere Teile von Spanien unter ihre Herrschaft. In der Auseinandersetzung arabistisch-islamischer, jüdischer

und christlicher Elemente entstand dort eine reiche und vielfältige Kultur, bis in den Kreuzzügen römisch-christlicher Machtanspruch wieder bis in den nahen Osten getragen wurde und in der „Reconquista“ sich auch in Spanien durchsetzte. Der Streit zwischen den katholisch-scholastischen und den arabischen Philosophen hat einen nicht unwesentlichen Beitrag zur geistigen Entwicklung Europas geleistet.

Europa erscheint im Beginn des 2. christlichen Jahrtausends beeinflusst von vielfältigen Kultureinschlägen, die zunächst von außen - oft in langen Kriegen - hereingetragen, dann zu geistigen Entwicklungen in großer Differenziertheit geführt haben, in denen die heutige europäische Kultur ihre Grundlage hat. Zunächst im Zeitalter der Romanik und Gotik - im Osten in gewisser Differenzierung durch das byzantinische Christentum - von einer vertieften Innerlichkeit geprägt, wurde in der Renaissance das Erbe der Antike wie der alttestamentarischen Überlieferung wieder bewusst und brachte mit dem Humanismus und der Reformation eine ganz Europa ergreifende, geistig vorwärts treibende Bewegung. Sie war dann der Boden, auf dem sich zum einen ihrer selbst bewusste Persönlichkeiten mit neuem, unbefangenen Blick der Natur zuwandten, deren Gesetze erforschten und in deren Anwendungen die Grundlagen der modernen Technik schufen, welche sich seit dem 18. Jahrhundert immer rascher entwickelte. Zum anderen fühlten sich unternehmerische Menschen gedrängt, über die Grenzen der bis dahin bekannten (europäischen) Welt hinauszugreifen, andere Länder und Kontinente zu entdecken, zu erforschen und zu unterwerfen. Von Europa aus entwickelte sich so seit dem Zeitalter der Entdeckungen ein Bewusstsein, das die ganze Erde umspannte und sie geographisch immer genauer zu beschreiben versuchte. Gleichzeitig griffen aus diesen Impulsen heraus die entstehenden Seemächte (Portugal, Holland, Spanien und England) mit ihren Herrschaftsansprüchen nach allen außereuropäischen Kontinenten, was dann im Kolonialismus und Imperialismus des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts seine Kulmination fand. Dabei aber kam es durch die praktizierte Gewalttätigkeit und Verständnislosigkeit gegenüber den Menschen und Kulturen der fremden Kontinente zu einer tiefgehenden Verschuldung des europäischen Wesens gegenüber den anderen Kulturen.

Diese Entwicklung ist durch ein aus dem Prinzip des selbständigen naturwissenschaftlichen Forschens und seiner technischen Anwendungen hervorgehendes und sich verstärkendes individuelles Selbstbewusstsein getragen und hat - bei aller Differenzierung in den verschiedenen Volkstümern - von vornherein europäischen Charakter. So kam es zu der - auf technischer Gewalt beruhenden - Dominanz über die außereuropäischen Völker und Kulturen bis dahin, dass sich in Nordamerika unter Unterdrückung, z.T. sogar Ausrottung der eingewanderten Bevölkerung, eine rein europäisch geprägte Zivilisation entwickelte, in der in Ermangelung eines Bewusstseins der europäischen Vergangenheit als die dominierende Errungenschaft der Neuzeit das technisch-zivilisatorische Element gesellschaftsgestaltend wurde.

So war auch das 2. nachchristliche Jahrtausend stark durch kriegerische Auseinandersetzungen geprägt. Spielte in diesen zunächst der umfassende Machtan-

spruch der römischen Universalkirche eine wesentliche Rolle, was zu den Kämpfen zwischen Kaiser und Papst, den Kreuzzügen, schließlich zu den Konfessionskriegen Mitteleuropas, insbesondere zu den Verwüstungen des 30-jährigen Krieges führte, emanzipierten sich zugleich immer mehr - zunächst unter der Herrschaft territorialer Fürsten - die verschiedenen europäischen Völker. Zugleich wuchs der Selbstbestimmungsanspruch der Einzelbürger gegenüber den Obrigkeiten, der schließlich in der französischen Revolution 1789 und den folgenden Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts einen gewaltsamen politischen Ausdruck fand. Der Kampf der die alten Herrschaftsformen zu behaupten bestrebten retardierenden Kräfte mit den Freiheit und Selbstbestimmung fordernden Bürgern spielte auch in die politischen Auseinandersetzungen der sich seit dem 18. Jahrhundert bildenden Nationalstaaten hinein. Und der technisch-wissenschaftliche Fortschritt des 19. und 20. Jahrhunderts gab den herrschenden Mächten Unterdrückungs- und Zerstörungsmittel an die Hand, über die die Menschheit vorher nie verfügt hatte. Die kriegerischen Auseinandersetzungen, welche als Konflikte zwischen Nationalstaaten begonnen hatten, führten im 20. Jahrhundert durch den ins Perverse und in Mitteleuropa ins Wahnsinnige hineingetriebenen Nationalismus in die Katastrophen der beiden Weltkriege, die - in Europa begonnen - weite Teile der Welt ergriffen.

Dieser dramatische Geschichtsverlauf lässt leicht übersehen, dass es sich doch um eine gesamteuropäische Entwicklung handelt. Heute ist die Einsicht überfällig, dass der erreichte geistige Fortschritt, dem auch - eigentlich als „Nebenprodukt“ - die in den Kriegen eingesetzten Machtmittel verdankt sind, dazu zwingt, künftig Konflikte auf einer anderen Ebene auszutragen und dass die von den retardierenden Machtkomplexen immer wieder forcierte - gewalttätig-kriegerische - Konflikt-„bewältigung“ - diese nur um den Preis der Selbstzerstörung - keine Option mehr ist. Gewalttätig und kriegerisch geworden sind auch die immer größer werdenden Industriezusammenballungen, die die Menschen als Arbeiter wie als Verbraucher in Kollektive zwingen und sie durch die Gewalt ihrer existentiellen Abhängigkeiten zusammenhalten. Diese wirken der Ausbildung eines individuellen Selbstständigkeitsstrebens und Verantwortungsbewusstseins, das eigentlich in der Fortentwicklungslinie des europäischen Geistes liegt, immer härter entgegen.

2. Zur Aufgabe

Damit zeichnet sich die zentrale Aufgabe eines künftigen Europa ab:

Den Geist individuellen Suchens nach Erkenntnis und persönlichen Verantwortens, der Entfaltung autonomer Kreativität und Ausbildung eines offenen Interesses an allen Erscheinungen der Mit- und Umwelt mit dem Schwerpunkt einer umfassenden Mitmenschlichkeit zum Kern der kulturellen Bestrebungen Europas zu machen.

Es ist dieser Geist, der sich - durch alle differenzierten Volkstümer, Sprachen und Kulturformen hindurch - aus den Entwicklungen der vergangenen 3 Jahrtausende

immer mehr an die Oberfläche drängt und nun vorzüglich von der europäischen Menschheit erkannt und ergriffen werden kann, aber auch muss. Die Kulturentwicklung ist im Abendland identisch mit dem Gespräch der Forscher, der Auseinandersetzung der Philosophen, Literaten und Künstler, mit der Zusammenarbeit der Erzieher und sozial Engagierten. Sie ist immer Völker, Sprachen und Länder übergreifend gewesen und zeichnet sich durch ein Geben und Nehmen zwischen den jeweiligen Zentren geistiger Entwicklungen aus. Europa braucht heute den Mut, das differenzierte kreative und kritische Gespräch zu allen Fragen menschlicher Existenz und in allen seinen Ausformungen als Hauptaufgabe geistiger Weiterentwicklung zu erkennen.

Dafür den rechtlichen und organisatorischen Rahmen zu schaffen, wird zum wichtigsten Auftrag der politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Es bedarf der grundsätzlichen Anerkennung der Tatsache, dass der einzelne Mensch der Träger geistiger Entwicklung ist. Dieser kann sein persönliches Potential nur ausschöpfen, wenn ihm aus der Gesellschaft die Hilfen gegeben werden, sich zur Selbständigkeit zu bilden und wenn ihm für seine individuellen Aufgabenstellungen und Zielsetzungen keine Vorgaben gemacht werden.

Was unabdingbar nötig ist: Diese Voraussetzungen müssen für jedermann in gleicher Weise gegeben sein. Dann aber können die Beiträge europäischer Kultur in allen Bereichen der Wissenschaft, der künstlerischen Gestaltungen, in der Entwicklung echter Mitmenschlichkeit wie der Ausbildung vertiefter Religiosität, die zugleich praktizierte Toleranz ist, einen Reichtum an Beiträgen entwickeln, der von den Menschen auf allen Kontinenten gern entgegengenommen wird.

3. Ziel: Ein Europa der freien und umfassenden Kommunikation

Es geht heute für die Europäer darum, sich zurückzubedenken auf die geistigen Quellen, durch die sie geworden sind, aus denen sie bis heute schöpfen und die zugleich ihre Zukunft garantieren.

Die europäische Gesellschaft wird eine Individualgesellschaft sein, wenn sie das in ihr gegebene Potenzial menschlicher Möglichkeiten ergreift und zur Entwicklung bringt. Vermag sie dies nicht, wird sie scheitern und ihre Menschlichkeit in den Machtauseinandersetzungen der Mega-Organisationen verlieren. Sie muss sich in der Zukunft so strukturieren, dass jeder einzelne in ihr seine Möglichkeit findet, menschenwürdig zu existieren, sich den Werten seiner natürlichen und menschlichen Umgebung aufzuschließen (einschließlich den überlieferten Kulturgütern), sich an ihnen zu bilden und seine ausgebildeten Fähigkeiten in die soziale Gemeinschaft einzubringen.

Alle Einrichtungen, die sich dieser Aufgabe verschreiben, sowohl bei der Bildung der Kinder und Heranwachsenden als auch in der Gestaltung der Kommunikation unter den Erwachsenen, haben daher die höchste Priorität und sind vor allen anderen zu fördern. Der Bildungsauftrag von Schulen und Studienstätten muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Primäres Ziel ist, dem einzelnen dazu zu verhelfen,

sein Mensch-Sein ausbilden zu können, sein eigener Sinn-Sucher und dadurch seinen Mit-Menschen ein würdiger Kommunikationspartner zu werden. Bildungs- und Kulturinstitute sind Hilfsmittel, die den Menschen ermöglichen, mit den Geistesgütern der Gegenwart wie der Vergangenheit sowohl der eigenen Volks- und Sprachgemeinschaft als auch der anderer Völker und Kulturen bekannt zu werden, sie zu verstehen und ihren Wert schätzen zu lernen. Sie ermöglichen dem einzelnen, Selbst-Verständnis zu gewinnen, Lebenssinn zu erfragen, Lebensgestaltung zu wagen in fruchtbarer Auseinandersetzung mit anderen. Eine ganz praktische Aufgabe ist Mehrsprachigkeit, die für die Zukunft jedem - nach seinen Kräften und Möglichkeiten - erschlossen werden muss, damit er an den Reichtümern des europäischen geistigen Schaffens partizipieren kann:

Ein permanentes Gespräch über die Volks- und Sprachgrenzen hinweg. Europa in sich selbst und nach allen Seiten offen, in ständiger Kommunikation ohne Abschottung nach irgendeiner Seite.

Damit ist zugleich der zentrale Sinn jeglicher europäischen Gemeinschaft umrissen:

Institutionalisierungen, vor allem wirtschaftliche und politische Organisationen sind notwendig, insofern sie diesem Ziel dienen. Sie sind kein Selbstzweck. Als Wirtschaftsgemeinschaft verfolgte (das damalige Kern-)Europa das Ziel, den Menschen in allen zugehörigen Regionen einen ausreichenden Lebensstandard zu verschaffen, durch die politische Union sollten die nationalen Grenzen durchlässiger und schließlich ganz unnötig werden. Beide Ziele sind bis zu einem gewissen Grad erreicht, gleichzeitig aber sind wuchernde Bürokratien entstanden. Eine wesentliche Aufgabe einer europäischen Kulturdiskussion wird daher auch sein, alle bestehenden Organisationen hinsichtlich ihrer Eignung zur Erreichung der jeweiligen Ziele und ihrer Wirksamkeit zu hinterfragen. Ist Europa bisher von den großen Organisationszentren, von politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlüssen - quasi von oben nach unten - gebaut worden, muss sich dieser Prozess umkehren:

Von den dirigierenden Hierarchien hinweg hin zu flexiblen, partnerschaftlichen Kommunikationsstrukturen, in denen der einzelne mit seinen Fähigkeiten und Leistungen unabhängig von irgendwelchen ihn fördernden oder hemmenden Apparaten wahrgenommen werden kann. Dieser Umwandlungsprozess wird selbst zu einer wesentlichen Kulturaufgabe, wobei die bestehenden Organisationsformen, nicht nur der wirtschaftlichen und politischen Bürokratien sondern auch der Medien zur Disposition zu stellen sind:

Ob sie dem Ziel eines humanen, kreativen Europa selbstbewusster Bürger dienlich sind oder ihm hindernd entgegenstehen.

Europa: Keine Festung, sondern Beginn und Verlauf eines weltweiten Gesprächs - so es sich denn in seiner Aufgabe erkennt.

Zukunft des öffentlichen Sektors - Beispiel Deutsche Bahn AG

Der unerfüllte Auftrag des Grundgesetzes - Zum Börsengang der DB AG

Karl-Dieter Bodack

Der Art 87e Abs.4 des Grundgesetzes lautet (Hervorhebungen vom Verfasser): *Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird.* Das Nähere wird durch ein Bundesgesetz geregelt.

Der Ausbau und Erhalt ist durch das „Gesetz über den Ausbau der Schienenwege des Bundes (Schienenwegeausbaugesetz - BSCHwAG)“ vom 15.11.1993 geregelt. Es fehlt bislang die im GG geforderte gesetzliche Regelung, wie der Bund gewährleistet, dass Verkehrsangebote, soweit sie nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, dem Wohl der Allgemeinheit Rechnung tragen.

Die DB AG hat mit dem Programm „MORAP“ bereits in den Jahren ab 1999 gegen vielfache Proteste das Fernverkehrsangebot massiv reduziert und damit mehrere Regionen aus dem Schienenpersonen-Fernverkehr ganz oder weitgehend ausgeschlossen. So werden u.a. folgende InterRegio-Linien bzw. Linienabschnitte nicht mehr im Fernverkehr bedient*: Rostock-Berlin, Aachen-Krefeld-Duisburg, Hagen-Siegen-Gießen, München-Regensburg - Nürnberg-Schwandorf-Prag, Leipzig-Plauen-Hof-Regensburg-München-Obersdorf. Andere Linienabschnitte des InterRegio-Netzes wurden im Angebot auf weniger als die Hälfte der verkehrenden Züge, oft sogar auf nur einen Zug pro Tag und Richtung reduziert, u.a.: Flensburg-Hamburg, Wismar-Magdeburg, Magdeburg-Potsdam-Berlin, Berlin-Chemnitz, Nürnberg-Dresden, Ulm-Friedrichshafen-Lindau, Offenburg-Konstanz. Auf diesen Linienabschnitten verbanden zuvor durchgehende Fernverkehrszüge meist im Zwei-Stunden-Takt die genannten Regionen großräumig mit anderen.

Die als Ersatz angebotenen Nahverkehrsleistungen erfordern nunmehr Umsteigen und längere Fahrzeiten, bieten weniger Komfort (z.B. in Bezug auf Gepäckabstellmöglichkeiten, Sitzteiler, Sitzkomfort) und weniger Service (keine Platzreservierung, keine Faltfahrpläne im Zug, kein Bistro oder Zugrestaurant). Die Ersatzzüge sind daher besonders für Urlaubsreisende und ältere oder in ihrer Bewegungsmöglichkeiten behinderte Fahrgäste nachteilig.

Das in dem aktuellen Gutachten zum Börsengang** genannte Ziel einer Kapitalrendite von etwa 8% ist im Schienenpersonenfernverkehr bislang nicht erreicht: Sie war bislang negativ und dürfte 2005 bestenfalls 1% betragen. Bei einem geschätzten Verhältnis Umsatz zu Kapital (Kapitalumsatz) von 0,5 im Bereich des Schienenpersonenfernverkehrs erfordert dieses Ziel eine Umsatzrendite von 16%!

Die einfachste und kurzfristig realisierbare Strategie, um eine mehrfach höhere Rendite zu erreichen, ist offensichtlich, alle diejenigen Züge, die keine oder keine hohe Rendite erreichen, abzuschaffen. Damit würden weitere Regionen vom Fernverkehr ganz oder weitgehend ausgeschlossen. Dies hat der Gesetzgeber im Zuge der Bahnreform erkannt und im Rahmen der Grundgesetzänderung die Verpflichtung zur Gewährleistung auch des Fernverkehrs auf der Schiene Art. 87e GG beschlossen. Die darin geforderte besondere gesetzliche Regelung ist bislang nicht erfolgt, obwohl dieser Artikel bereits seit dem Jahre 1995 in dieser Fassung besteht.

Die Hoffnung, dass bei einem Rückzug der DB AG andere Bahnbetreiber Teile der nicht mehr bedienten Linien übernehmen oder Zugverbindungen in Zeiten einrichten, in denen die DB AG keine Züge mehr verkehren lässt, sind trügerisch. Die notwendigen Investitionen z.B. für 7 ICE-Halbzüge betragen rund 100 Mio. Euro. Sie schaffen unter den Einsatzbedingungen im Netz der DB 50 bis 60 Mio. Euro Umsatz/Jahr: Damit ist eine marktübliche Kapitalrendite von 8%, hier also 8 Mio. Euro/Jahr, nicht zu erwirtschaften! Daher muss es als extrem unwahrscheinlich, ja ausgeschlossen erscheinen, dass andere Bahnbetreiber Lücken im Fernverkehrsangebot der DB AG schließen werden. Dies wird durch die Erfahrungen in nunmehr 11 Jahren seit der Bahnreform bestätigt: Zu Zeiten der Bundesbahn gab es vor allem mit dem TUI-FerienExpress mehr regelmäßige Fernverbindungen anderer Bahnbetreiber als seit der Existenz der DB AG!

Das oft zitierte Beispiel der englischen Bahnen kann nicht auf deutsche Verhältnisse übertragen werden. Abgesehen vom Konkurs der Railtrack, dem Lizenzentzug einer Connex-Tochter und anderen Fehlentwicklungen, arbeiten Bahnbetreiber dort vielfach zufriedenstellend. Dies basiert auf einer Lizenzierung der Strecken seitens der Regierung, die die Nutzungsrechte und Verkehrsverpflichtungen mit konkreten finanziellen Bedingungen ausschreibt, vergibt und vereinbart. „Trassenentgelte“ oder „Zuschüsse“ werden streckenbezogen von der Regierungsbehörde festgelegt. Damit muss der Betreiber die ihm übertragenen Strecken im vertraglich gesicherten Zeitraum mit festgelegten Standards konkurrenzlos bedienen und kann so seine Investitionen verdienen. In England gibt es umfangreiche gesetzlich-vertragliche Regelungen, die in Deutschland fehlen!

Versäumt der Gesetzgeber, die vom GG geforderten gesetzlichen Regelungen zu schaffen, werden weite Regionen von Fernverkehr auf der Schiene nicht mehr bedient werden - es sei denn, Bund, Länder und Gemeinden entschließen sich zu Bestellungen entsprechender Zugleistungen. Dies würde weitere Finanzmittel erfordern, die leicht mehrere hundert Mio. Euro im Jahr

betragen können und letzten Endes dazu dienen würden, die Renditen der Kapitalgeber zu sichern.

Um dies zu vermeiden, ist es unabdingbar vor jedem Börsengang der DB AG als integrierter Konzern bzw. vor dem Verkauf der DB Fernverkehrs AG diese im GG geforderte gesetzliche Regelung zu schaffen und die künftigen Eigentümer zu verpflichten, diese einzuhalten! Oder besser: jeden, auch nur teilweisen Verkauf der DB AG zu unterlassen! In der Schweiz beweisen die „Bundesbahnen“ und die kantonalen Bahnen, dass unter staatlicher Regie wesentlich mehr Verkehr auf der Schiene mit weniger staatlichen Zuschüssen je Personen- und Tonnenkilometer geleistet werden als es die DB als Aktiengesellschaft schafft!

Anmerkungen

* Karl-Dieter Bodack: InterRegio, die abenteuerliche Geschichte eines beliebten Zugsystems, Freiburg, 2005

** Booz Allen Hamilton: Privatisierungsvarianten der DB AG, „mit und ohne Netz“, 1. 2006

Karl-Dieter Bodack, kd.bodack@gmx.de; www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de

Privatisierungserlös aus Staatsvermögen: Wird die DB AG unter Wert verkauft?

Karl-Dieter Bodack

Ein wichtiges Gutachten, das sogenannte PRIMON-Gutachten*, rechnet bei einem Verkauf von 49% einer integrierten Deutschen Bahn AG mit einem Erlös von 5 bis 8,7 Mrd. Euro, beim Verkauf der Verkehrsgesellschaften ohne Netz mit 4,6 bis 6,5 Mrd. Euro. Das Pharmazie-Unternehmen Schering soll für 15 Mrd. Euro übernommen werden: Ist die DB AG mit ihrer landesweiten Infrastruktur nicht mehr wert als Schering?

Dieses gravierende Problem wurde im vorliegenden Gutachten nur aus der Sicht von Investoren, nicht jedoch aus der Sicht der Eigentümer - das sind die Bundesregierung und die Bürger dieses Landes! - erörtert. Im Folgenden soll abgeschätzt werden, wie hoch der tatsächliche Wert der DB AG ist. Damit dies nachvollziehbar und verständlich möglich wird, muss hier auf viele mögliche Details verzichtet werden: alle Daten stellen deshalb nur Größenordnungen dar.

Unterbewertung des Vermögens bei der Gründung der DB AG

In der konsolidierten Bilanz der Deutschen Bahn und der Deutschen Reichsbahn (DR) der ehemaligen DDR vom 31.12.1993 wird ein Anlagevermögen von (umgerechnet) 56,7 Mrd. Euro ausgewiesen; in der Eröffnungsbilanz der DB AG zum 1.1.1994 13,3 Mrd. Euro. In der Realität hat die DB „über Nacht“ keineswegs 43,4 Mrd. Euro, entsprechend 76,5% ihres Anlagevermögens verloren. Tatsächlich handelt es sich

hier um Bewertungen im Zuge der Gründung der DB AG, die mitnichten die Realität spiegeln. Vermutlich wurde das Vermögen der DB AG deshalb so extrem niedrig bewertet, damit Investoren durch einen weit unter dem realen Wert liegenden Kaufpreis eine hohe Rendite erreichen können. Bestätigt sich dies, so muss vermutet werden, dass damit öffentliches Vermögen weit unter dem realen Wert „verschleudert“ wird.

Investitionen ohne Wert?

Durch massive Investitionen von über 100 Mrd. Euro hat sich das Anlagevermögen in der Bilanz der DB AG bis Ende 2004 auf rund 40 Mrd. Euro erhöht**. Zusammen mit dem oben genannten Wert der buchmäßigen Reduktion ergibt sich als erste Abschätzung ein realer Wert von 83 Mrd. Euro. Unter Einbezug der inzwischen erworbenen Transport- und Logistikunternehmen ergäbe sich damit ein Wert von nahezu 100 Mrd. Euro!

Eine weitere, realitätsnahe Bewertung erscheint auf der Basis der im Konzernabschluss 2004 nach IFRS** der DB AG ausgewiesenen Abschreibungen möglich. Unter den Prämissen, dass Anlagen (Schienennetz und Bauten) in 24 Jahren, Fahrzeuge und Einrichtungen in 12 Jahren linear abgeschrieben werden, und Anlagen einen durchschnittlichen Restwert von 20%, Fahrzeuge von 40% der Erstellungswerte haben, ergeben sich aus dem Geschäftsbericht** für 2004 die folgenden Werte (Kategorie, Abschreibungen**, Nutzung, >>> aktueller Wert):

- Anlagen: 9,0 Mrd. Euro/Jahr x 24 Jahre x 20%
>>> 43 Mrd. Euro
 - Fahrzeuge: 9,1 Mrd. Euro/Jahr x 12 Jahre x 40%
>>> 43 Mrd. Euro
 - Grundstücke und weitere Vermögenswerte:
>>> 9 Mrd. Euro
- Aktueller Wert des Anlagevermögens Schienensparte
>>> 95 Mrd. Euro

Der hier ermittelte Wert der Anlagen wird indirekt bestätigt durch das Eisenbahn-Bundesamt. Es beziffert den Wiederbeschaffungswert der Anlagen des Netzes der DB AG auf 136 Mrd. Euro***: Die hier genannten 43 Mrd. stellen mit 31,6% eine plausible Größe für den aktuellen Wert dar. Ergänzt man den Wert der Speditions- und Logistikunternehmen, ergibt sich ein Gesamtwert für die DB AG von über 100 Mrd. Euro!

Ein weiteres Indiz dafür, dass das Vermögen der DB AG unterbewertet wird, gibt der Wert des „Kapitalumschlags“, das Verhältnis Umsatz/Kapital****. Er beträgt bei Bahnen in der Regel 0,1 bis 0,2. Die ÖBB haben einen Wert von 0,16; Da die DB wegen der Neubaustrecken und Hochgeschwindigkeitszüge mehr Kapital gebunden hat, erscheint für sie der Wert von 0,15 realitätsgerecht. Damit ergibt sich aus dem Umsatz der DB AG im Schienenverkehr von 16 Mrd. Euro ein Wert für das Sachanlagevermögen des Schienenverkehrssektors von 107 Mrd. Euro. Die im PRIMON-Gutachten genannten Bewertungen lassen die Gefahr eines Unterwertverkaufs dramatisch erscheinen: Der Besitzanteil von 49% der DB AG wird mit 5,0 bis 8,7 Mrd. Euro ausgewiesen, mit der Übernahme von 49% der aktuell en Verbindlichkeiten in Höhe von 25,5 Mrd. Euro würden de facto 17,3 bis 21,0 Mrd.

Euro erreicht. Realitätsnahe Werte für den Bahnbereich, nach drei Methoden ermittelt, betragen mit 41,5 bis 53,5 Mrd. Euro das Zweieinhalbfache, mit Einbezug der Speditions- und Logistiksparte dürfte der reale Wert der DB drei Mal so hoch sein als veranschlagt!

Hintergrund für diese, gemessen am realen Wert drastische Unterbewertung ist die Erwartung potenzieller Investoren, Kapitalrenditen in der Größenordnung von 8% zu erreichen*. Bei einem Gewinn von in der Größenordnung 400 Mio. Euro (2005) im Schienenverkehr, beträgt sie gemessen am ausgewiesenen Anlagekapital** nur 1%. Bei realistischer Bewertung des Anlagevermögens in Höhe von z.B. 100 Mrd. Euro würde sie nur 0,4% betragen: Die DB AG wäre damit unverkäuflich!

Aus der Sicht des Kapitalmarkts ist die DB AG nahezu nichts wert!

Realistisch bewertete Infrastruktursysteme schaffen wegen extrem hoher Kapitalbindungen nirgendwo die erwarteten Kapitalrenditen von 8%****. Bei einem Verhältnis Umsatz zu Kapitaleinsatz bei einer Bahn 0,15 müsste eine Umsatzrendite von 53% erreicht werden - das muss unter unseren Marktbedingungen als völlig ausgeschlossen erscheinen: Mit diesen ganz real wirkenden Gegebenheiten ist eine Bahn mit Infrastruktur für den Erwerb und Besitz durch private Investoren völlig ungeeignet!

Der Weg, den die Gutachter auf der Basis der von der DB AG bilanzierten Werte vorschlagen, um dennoch die erwarteten Kapitalrenditen zu erreichen, sieht eine offensichtlich krasse Unterbewertung der realen Vermögenswerte vor. Dies wird erreicht, indem bei der Gründung der DB AG der Wert des Anlagevermögens um 76,5%, das sind 43,3 Mrd. Euro buchmäßig herabgesetzt wurde*****, - und die mit zinslosen Darlehen und Baukostenzuschüssen des Bundes erstellten Anlagen in der Bilanz nicht aktiviert, also de facto ignoriert werden.***** Allein im vergangenen Jahrzehnt hat der Bund und die DB AG in der Größenordnung 100 Milliarden Euro in die Bahn investiert - nun soll das halbe Unternehmen gerade einmal 20 Milliarden Euro wert sein? Hier geht es doch ganz offensichtlich nur darum, Renditen für globale Investoren zu schaffen! Sie werden reich damit werden, in dem sie nicht nur Gewinne kassieren, sondern auch die wertvollsten, zu einem Bruchteil ihres Wertes erworbenen Anlagen und Fahrzeuge (Bahnhöfe in guten Stadtlagen, neue Fahrzeuge...) verkaufen, die billig erworbenen Anlagen mit minimaler Instandhaltung auf Verschleiß betreiben und nach einigen Jahren den Rest dem Bund zurückgeben...

Anmerkungen

* Booz Allen Hamilton: Privatisierungsvarianten der DB AG, „mit und ohne Netz“, 1. 2006

** Geschäftsberichte der DB AG 1994 und 2004

*** Peter Schäfer, Eisenbahn-Bundesamt auf dem Symposium „Ansätze zu alternativen Finanzierungen der Schieneninfrastruktur“ in Dresden am 1./2. Februar 2006

**** Dieter Pfaff, Gerd Peters: Controlling, Versus Verlag, 2005, Teil 5 Beitrag 4.

***** Im Gutachten Booz Allen Hamilton ist unter 2 und „Exkurs 2“ darauf hingewiesen.

kd.bodack@gmx.de, www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de.

Baukonzern Hochtief will in Großbritannien Schulen betreiben

Hochtief hat mit dem North Ayrshire Council vereinbart, auf Basis eines PPP-Vertrages (Public Private Partnership) für etwa 550 Millionen Euro Schulen in Schottland zu bauen und sie anschließend 30 Jahre lang zu betreiben. Das Projekt an der Westküste Schottlands südlich von Glasgow umfasst den Neubau von vier Gebäuden für ca. 3.600 Schüler und Lehrer in Ardrossan, Saltcoats, Irvine und auf der Insel Arran. Das Projekt in North Ayrshire ist bereits das zweite PPP-Projekt von Hochtief in Großbritannien: Im vergangenen Jahr hat das Unternehmen den Auftrag für Bau und Betrieb eines Sports College in Manchester erhalten; seit September baut Hochtief zudem den Komplex einer Musikschule im irischen Cork und wird ihn anschließend betreiben. Bei drei weiteren Projekten in Großbritannien ist der deutsche Konzern der bevorzugte Bieter und beteiligt sich auch an weiteren Ausschreibungen in diesem wichtigen Segment des PPP-Marktes.

Im Juli 2005 hat bereits ein Tochterunternehmen der deutschen Bertelsmann AG (Arvato) die öffentliche Verwaltungsarbeit einer britischen Gemeinde übernommen.

Quellen: HOCHTIEF gewinnt weiteren PPP-Auftrag im britischen Bildungssektor, www.hochtief.de. Hochtief baut und betreibt Schulen in Schottland; Handelsblatt 15.03.2006.

Wohin fließen die Milliarden Gewinne?

*Michael Rist
Johannes Kreyenbühl Akademie
in Zusammenarbeit mit dem Konsumentenverein Zürich*

Drei Große der Schweizer Wirtschaft, die weltweit Geschäfte machen, UBS, Nestlé und CS, haben im Jahr 2005 enorme Gewinne erzielt. - Die UBS brachte es auf einen Gewinn von ca. 14 Milliarden, wenn man den Verkauf eines Teiles des Schweizer Privatbankgeschäftes an die Bank Bär mitrechnet, andernfalls ergibt sich ein Reingewinn von ca. 10 Milliarden (genau 9,442 Milliarden), was einer Reingewinnsteigerung gegenüber dem Vorjahr von 18 % entspricht (Tages-Anzeiger vom 15. 2. 06). - Nestlé erwirtschaftete einen Betriebsgewinn von ca. 11 Milliarden (Ebit) bzw. einen Reingewinn von ca. 8 Milliarden (genau 7,995 Milliarden), was einer Steigerung des Reingewinns von 20,8% entspricht (Tages-Anzeiger: „Nestlé, die rentabelste Baustelle der Welt“). - Den „kleinsten“ Gewinn erzielte die CS mit ca. 6 Milliarden (Radio DRS 2).

Würde man die Gewinne von 10 + 8 + 6 Milliarden = 24 Milliarden auf die 7,4 Millionen Einwohner der Schweiz verteilen, so würde dies pro Person ca. 3'240 Franken ergeben. Der einfachste Kommentar zu

diesen Gewinnen ist wohl, dass die „Grossgewinner“ ihren Kunden zu viel abgenommen haben. Das Echo der Schweizer Presse zu diesen Gewinnsummen war mehrheitlich wohlwollend. Schließlich haben die Gewinner als Schweizer Firmen auch Steuern bezahlt und viele Menschen beschäftigt. Letzteres wäre allerdings auch bei mäßigeren Gewinnen der Fall gewesen. Aber bereits auch vor der Gewinnbekanntgabe meldeten sich kritische Stimmen. Die professionellen Umweltschutzverbände wie die „Erklärung von Bern“ (EvB), der WWF von Großbritannien, das „Rain Forest Action Network“ (RAN) der USA und die „Friends of Earth“ meinten gemeinsam als „Bank Track“: „Würden Banken nur noch in vernünftige Projekte investieren, würden wir in einer idealen Welt leben.“ Deshalb sei - nach „Bank Track“ - der Hebel für Umweltverträglichkeit schon im Embryonalzustand anzusetzen: bei der Finanzierung. „Die Banken müssen endlich Verantwortung tragen“ (Tages-Anzeiger vom 27. 1. 06).

Bei den mündigen Konsumenten entsteht deshalb die Frage, was eigentlich mit den Milliarden Gewinnen geschieht. Sicher ist jedenfalls, dass sie von den Konsumenten aufgebracht wurden, so dass man auch der Auffassung sein könnte, dass diesen auch eine Mitsprache über ihre Verwendung zustünde. - Wie wäre es denn, wenn die „Grossgewinner“ in ihr Leitbild oder in ihre Statuten den Passus aufnehmen würden - ähnlich wie dies Gottlieb Duttweiler für die Migros getan hat -, dass 1 % des Umsatzes für kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt wird? Oder wenn die Gewinne bzw. ein beachtlicher Teil davon der Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt würden, oder wenn auch die jetzigen „Grossgewinner“ in Zukunft den Grundsatz von „Fair Trade“ anwenden würden, so dass auch die Menschen in der dritten Welt ein „paritätisches Einkommen“ erzielen würden, wie es in der Schweiz gegenüber der Landwirtschaft bereits üblich war? Oder wie wäre es, wenn die Banken ihre Hypothekar- und sonstigen Zinsen und Gebühren senken würden, damit auch die „Kleinen“ sich besser rühren können? Oder wie wäre es, wenn die „Grossgewinner“, ähnlich wie die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, in ihren Statuten festlegen würden, dass sie gar keine Gewinne erzielen wollen und damit die Preise senken?

In diesem Zusammenhang darf wohl auch auf den Traum des derzeitigen Schweizer Bundespräsidenten Moritz Leuenberger hingewiesen werden: „Gleicher Lohn für alle“. Eine Utopie seiner Jugendzeit, die er im Grunde genommen immer noch hege. Er beuge sich aber der Realität des Marktes, indem er die hohen Gehälter der Chefs von Post und SBB rechtfertige - allerdings gegen seine Grundüberzeugung (Tages-Anzeiger vom 27. 12. 05). Damit sind wir nahe bei der Auffassung von Götz Werner, dem erfolgreichen Leiter der europaweiten Drogeriemarkt-Kette dm und Professor des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship der Universität Karlsruhe, der ein „bedingungsloses Grundeinkommen für alle“ vertritt (Süddeutsche Zeitung vom 4. 1. 05, S. 11 und Mobil 01/2006, S. 55/56). Schlussendlich können wir auch darauf hinweisen, dass wir in unseren „Rundbriefen zur Sozialökonomie“ bereits 1995 auf die Bedarfsdeckung nach Familiengröße hingewiesen haben (M. Rist: Effiziente Wertbildung und gerechte Wertverteilung - Die polaren Seiten des Wirtschaftens“. Schriftenreihe der Johannes Kreyenbühl

Akademie, Bd. 6, S. 49 - 59, Rütliweg 8, CH-4143 Dornach).

Also, man sieht, es würde den „Großgewinnern“, aber auch den sonstigen Gewinnstrebenden gut anstehen, wenn sie nicht nur die Saläre ihrer Topmanager angeben würden, sondern auch öffentlich nicht nur aufzeigen würden, wie groß ihre Gewinne sind, sondern auch, was damit geschieht, da diese ja - wie bereits erwähnt - durch die Zahlungen der Konsumenten zustande kommen sind.

Landwirtschaft

WTO: EU-Genfood Moratorium war Handelshemmnis

Ein Schiedsgericht der WTO gibt in einem Zwischenbericht Klagen gegen die Einschränkung von Genfood-Importen in die EU weitgehend Recht, da diese ein Handelshemmnis darstelle. Im Jahre 2003 hatten die USA, Argentinien und Kanada gegen ein vom Jahr 1998 datierendes Moratorium der EU über die Zulassung gentechnisch manipulierter Lebensmittel geklagt. Durch das Moratorium waren Importe von Genfood in die EU blockiert, bis die EU im Jahr 2004 nach der Einführung einer Deklarationspflicht Gen-Food zuließ. Gleichzeitig hält die WTO nationale Verbote von Gen-Food, die mit Gefahren für Umwelt und Gesundheit begründet wurden, für unstatthaft, da ‚wissenschaftlich nicht ausreichend begründet‘. Zivilgesellschaftliche Gruppen kritisierten den Zwischenbericht scharf. Die Gruppe „Friends of the Earth“ rief zu einer Radikalreform des internationalen Handelssystems für den Fall auf, dass die WTO der Klage endgültig stattgebe. Der Schutz von Umwelt und Menschen müsse Priorität vor dem Freihandel haben. Bei der letzten Ministerkonferenz der WTO hatte man in letztere Minute das Scheitern der Verhandlungen abgewendet und einen Minimalkompromiss zustande gebracht. Der Zwischenbericht zeigt, dass ungeachtet der in den Verhandlungen immer wieder auftretenden Schwierigkeiten, die Mühlen der WTO weitermahlen. Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.02.2006

Hilferuf

Die Redaktion erreichte ein Hilferuf eines kleinen Bio-Bauernhofs in Süd-Ungarn. Im Moment fehlt Geld, um den Hof zu erhalten, der - so die Hoffnung der Betreiber - mit seiner Wirtschaftsweise auf die Region ausstrahlen kann. Auch kleine Beträge würden helfen. Es gibt dort auch einfache Zeltmöglichkeit in schöner landschaftlicher Lage. Preis auf Anfrage bei Familie Traidl, Tel. 0036-82372183, Ktnr. 21164, Ammersee Bank, BLZ 7009/600.

Ökolandwirtschaft wächst 2005 weltweit um 20 Prozent

2006 und 2005 hat der Anteil der Ökolandwirtschaft weltweit um 20 Prozent zugelegt. Mehr als 623.000 Ökobauern gibt es. Australien liegt dabei mit einer Ökolandbaufläche von 12 Millionen Hektar an der Weltspitze. Das ist doppelt so viel wie in ganz Europa.

Auf der Biofach in Nürnberg, wo diese Zahlen bekannt gegeben wurden, wurde freilich zugleich darauf hingewiesen, dass Australien die meisten Bioprodukte exportiert: Rindfleisch, Gemüse, Früchte und Milchprodukte. In Australien selbst ist Bio noch immer ein Nischenprodukt. Bio ist also nicht immer auch Öko. Ein biologisch erzeugtes Produkt, hat nicht immer eine gute Ökobilanz.

In den USA wuchs „organic food“ - dank Öko-Importen - auf einen Umsatz von 28 Milliarden Dollar im Jahr 2005. Das sind sechsmal so viel wie in Deutschland. Aber in den USA nimmt auf der Agrarfläche der Ökolandbau nur ein bescheidenes Segment von 0,3 Prozent ein. Innerhalb der EU bewirtschaften 140.000 Ökobauern 3,4 Prozent der gesamten Agrarfläche. Asien ist heute noch - zusammen mit Afrika - Schlusslicht in der Biolandwirtschaft. Aber auch in China, Japan, Korea, Taiwan und Indien wächst der Biomarkt schnell, in China waren es 2005 über 30 Prozent, freilich auf niedrigem Niveau.

Quelle: Franz Alt 2006, www.sonnenseite.com

Vogelgrippe

„Financial Times Deutschland“ zu den Ursachen

Die Seuche kommt aus der Hühnerfabrik. Das schreibt Ludger Wess in der FTD vom 3.3.2006. Zugvögel und kleine Hühnerställe tragen nur wenig zur Verbreitung des Virus H5N1 bei, so die These. Vielmehr verbreite sich das Virus durch den Handel der Geflügelindustrie mit Abfall und verseuchten Produkten. Das Blatt beruft sich dabei auf Birdlife International, die Dachorganisation von Vogelschutzverbänden aus über 100 Ländern. Zugvögel tragen wahrscheinlich gar nichts zur Ausbreitung der Seuche bei, so Michael Rands, der Leiter der Organisation. „Wildvögel stecken sich an infiziertem Geflügel an, nicht umgekehrt.“

Fischfarmen in Russland, China und verschiedenen osteuropäischen Ländern verwendeten nicht sterilisierte Abfallstoffe aus Geflügelfarmen als Fischfutter, was hochriskant sei. Auch werde immer wieder Geflügelfleisch aus chinesischen Geflügelfarmen illegal gehandelt. Die Regierungen gingen von falschen Annahmen über die Ursachen des Problems aus.

Den Artikel findet man im Internet unter www.ftd.de/forschung/53222.html

Grundeinkommen

Bedingungsloses Grundeinkommen

Ein Diskussionsbeitrag*

Eckhard Behrens

Die Idee ist reizvoll, weil sie Freiheit schafft; aber sie ruft sofort eine große Zahl von Fragen und Bedenken hervor. Es ist nicht leicht, sich zu entscheiden. Vorhersehbar sind auch Probleme bei der Vermittlung dieser Idee: Ein Einkommen ohne Gegenleistung und ohne Bedürfnisprüfung als sozialstaatliches Bürgerrecht zu denken, wird meistens rundweg abgelehnt.

Nachteile:

- Ein Nachteil liegt auf der Hand: das hohe Umverteilungsvolumen.
- Es ist selbst dann sehr hoch, wenn man die Höhe des Grundeinkommens sehr niedrig ansetzt - also auf der Höhe des Existenzminimums im Sinne der heutigen Sozialhilfe. Es müsste dann umfassen und würde ablösen:
 - die traditionelle „Hilfe für den Lebensunterhalt“ und ähnliche „Grundsicherungen“
 - eine angemessene Miete (konkret oder pauschaliert nach den örtlichen Verhältnissen)
 - die Kopfprämie für die Krankenversicherung (im Sinne einer Basisversicherung)
 - den Beitrag zur Pflegeversicherung
 - eine Privathaftpflichtversicherung (entbehrlich wegen Pfändungsfreigrenzen?)
- Das Grundeinkommen verdrängt nicht zwingend oder sollte (?) fortbestehen lassen:
 - lohnbezogene Beiträge zur Altersversorgung, weil das Grundeinkommen lebenslanglich unabhängig von anderem Einkommen gezahlt wird und weil für den Fall der späteren Erwerbsunfähigkeit nur (selbständiges und unselbständiges) Arbeitseinkommen versichert werden muss („Lohnersatzesinkommen“ zur Lebensstandardsicherung)
 - lohnbezogene Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als Lebensstandardsicherung

Vorteile:

- Das Grundeinkommen kann die Basis der Finanzierung des „dritten Sektors“ der sozialen Gesamtordnung werden, in welchem das Streben nach Gegenleistungen nicht das vorherrschende Tätigkeitsmotiv ist; das Grundeinkommen kann eine Berufsausübung in der Kultur (Wissenschaft, Kunst und Religion) und im Bereich der sozialen Dienstleistungen erleichtern.
- Das Grundeinkommen macht eine große Zahl von steuerfinanzierten Sozialleistungen überflüssig. Die Konzentration auf eine einzige Leistung bewirkt

eine große Verwaltungsvereinfachung, auch wenn es wesentlich mehr Zahlungsempfänger gibt.

- Die entfallenden Sozialleistungen sind zu einem großen Teil mit Bedürfnisprüfungen verbunden, die einen hohen bürokratischen Aufwand erfordern. Ihr Wegfall dient nicht nur der Verwaltungsvereinfachung, sondern auch dem Anliegen des Schutzes persönlicher Daten: Schluss mit dem Sozialstaat als Schnüffelstaat!
- Bei gleichzeitiger Umstellung des Steuersystems auf Verbrauchssteuern hört auch der Steuerstaat auf, ein Schnüffelstaat zu sein, der den Datenschutz ständig mit Füßen tritt.

Finanzierung:

- Aus den Steuermitteln für die wegfallenden steuerfinanzierten Sozialleistungen (siehe unten)
- Mit Hilfe einer Mehrwertsteuer- und/oder anderer Verbrauchssteuererhöhungen.
- Längerfristig auch aus der Abschöpfung der Bodenrente, die den Eigentümern des Bodens und anderer natürlicher Ressourcen zufließt und bei ihnen heute noch verbleibt, obwohl sie als „Erbteil des gesamten Menschengeschlechts“ (John Stuart Mill) angesehen werden muss. An der Bodenrente soll daher jeder Mensch, solange er lebt, weltweit einen gleichen Anteil erhalten. Dies ist als Menschenrecht (kein Staatsbürgerrecht) international anzuerkennen:
 - Der persönliche Anteil an der Bodenrente sollte, weil er einen ganz anderen Rechtsgrund hat, erlebbar bleiben und deshalb unabhängig vom bedingungslosen Grundeinkommen ausgezahlt werden, kann aber dessen notwendige (insgesamt existenzsichernde) Höhe reduzieren.

Fragen:

Die Antworten auf die nachstehenden Fragen hängen zum Teil von den Funktionen ab, die man einem bedingungslosen Grundeinkommen zubilligt. Gesetzliche (in der Regel steuerfinanzierte) Leistungen zur Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums sind zu unterscheiden von (in der Regel beitragsfinanzierten) „Lohnersatzleistungen“, die den bisherigen - individuell unterschiedlichen - Lebensstandard (ver)sichern sollen und nicht nur das - für alle gleiche - Existenzminimum; aber der gesetzliche Zwang zur Versicherung wird fraglicher, wenn die beiden Ziele getrennt werden und das Existenzminimum durch ein bedingungsloses Grundeinkommen bereits für jedermann lebenslang gesichert ist.

Man kann vertreten, dass jenseits des Existenzminimums das Reich der privaten Versicherungsfreiheit beginne, das zu betreten niemand gezwungen werden soll.

- Sollen alle anderen Sozialleistungen, die dem Lebensunterhalt dienen, wegfallen?
- das Kindergeld: ja - steuerfinanziertes Existenzminimum
- das BAföG: ja - steuerfinanziertes Existenzminimum
- Sozialhilfe (zum Lebensunterhalt): ja - steuerfinanziertes Existenzminimum
- ALG II: ja - steuerfinanziertes Existenzminimum
- Grundsicherung im Alter: ja -steuerfinanziertes Existenzminimum
- Grundsicherung für Erwerbsunfähige: ja -steuerfinanziertes Existenzminimum

* Dieses Diskussionspapier hat der Autor aus Anlass eines Symposiums verfasst, das am 23./24. Februar 2005 unter der Leitung von Prof. Götz Werner in der Universität Karlsruhe stattfand. Der Beitrag findet sich auch auf den Internetseiten des Autors www.ebehrens.de

- Arbeitslosengeld: ? - beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Altersrenten: ? - beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Invaliditätsrenten: ? - beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Gesetzliche Unfallrenten: ? - beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Krankengeld der GKV: ? - beitragsfinanzierte Lohnersatzleistung
- Pflegeversicherung: nein - Versicherungsleistung
- Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen: nein - Bedürfnisorientiert + steuerfinanziert
- Wohngeld: ? - steuerfinanziertes Existenzminimum

Was ist übergangsweise zu bedenken?

- Bei Beibehaltung der beitragsfinanzierten Lohnersatzleistungen
- wenn die Leistungshöhe nicht bedürfnis-, sondern beitragsorientiert ist, braucht sich gar nichts zu ändern; der Lohnersatz tritt als Versicherungsleistung an die Stelle des Lohnes; das Grundeinkommen läuft weiter wie zur Zeit des Lohnbezugs.
- Bei Abschaffung aller beitragsfinanzierten Lohnersatzleistungen:
- bei der Rentenversicherung müssen die Renten bezahlt werden, soweit sie durch in der Vergangenheit gezahlte Beiträge bereits verdient wurden; dazu müssen noch über viele Jahrzehnte nach und nach sinkende Beiträge erhoben werden, durch die aber keine zusätzlichen Rentenansprüche erworben werden.
- das Arbeitslosengeld und das Krankengeld können jederzeit eingestellt werden.

Krankenversicherung

Die Samarita - eine Solidargemeinschaft im Gesundheitswesen als Alternative zur klassischen Krankenversicherung

Urban Vogel

Die Samarita ist ein Zusammenschluss von Menschen, die die Kosten für ihre Gesundheit gemeinsam tragen und sich damit gegenseitig absichern. Eigentlich nichts Aufregendes, denn das Versicherungswesen an sich hat viel mit Gemeinschaftsbildung zu tun. Die rein kapitalorientierte Arbeitsweise in konventionellen Versicherungsgesellschaften - minimaler Einsatz bei maximalem Gewinn - macht eine echte Solidarität allerdings unmöglich.

Doch ein freies Gesundheitswesen kann gelingen. Wenn es von Menschen selbstverantwortlich gestaltet wird. Wenn sich die Mitglieder aktiv mit Gesundheit, Krankheit und Heilen auseinandersetzen. Und wenn

der Solidargedanke, die Bereitschaft zur Unterstützung anderer im Vordergrund steht, und erst sekundär wirtschaftliche Gesichtspunkte das Handeln bestimmen.

17. September 2005. Gesellschafterversammlung in Bremen. Zentrales Thema: Die Lösung vom konventionellen Großschadensversicherer, der bisher für die Absicherung von Krankheitskosten über 5200,- Euro zuständig war. „Können wir es wagen, diese Kosten in Zukunft selbst zu tragen? Ist unsere Rücklage ausreichend? Was passiert, wenn wir einmal nicht mehr zahlen können?“ Zur Diskussion gestellt sind nicht nur finanzielle Fragen sondern auch die Akzeptanz von unkalkulierbaren Risiken und das Vertrauen in die Gemeinschaft. Es folgt eine konstruktive, sachliche und aufgeschlossene Diskussion. Notorische Nörgler sucht man vergebens. Anschließend wird abgestimmt. Das Vertrauen siegt und der Vorschlag des „Entwicklungskreises“ wird einstimmig angenommen. Dieser Kreis hat sich lange mit dem Thema beschäftigt, Versicherungsmathematiker hinzugezogen und Zahlen und Ergebnisse bereits im Vorfeld mit der Einladung an die Mitglieder versandt. Transparenz als Entscheidungsgrundlage ist oberstes Gebot.

Die Struktur der Gemeinschaft ist einfach und überschaubar:

Zentrale Führung der Geschäfte

Die zentrale Geschäftsstelle befindet sich in Bremen. Hier wird die Verwaltung koordiniert. Zwei Mal im Jahr wird eine Gesellschafterversammlung einberufen.

Gremien

Damit sich nicht jedes Thema in basisdemokratischen Grundsatzdiskussionen zerreibt, gibt es einen Entwicklungskreis, einen Aufnahmebeirat und einen Finanzrat. Die Gremien recherchieren und erarbeiten Grundsätzliches und geben ihre Ergebnisse und auch Kompetenzen auf den Versammlungen an die anderen Mitglieder weiter. So bleibt trotz einer relativ strikten Aufgabenverteilung genug Raum für die persönliche Mitsprache und Entscheidungsfreiheit jedes einzelnen Mitglieds.

Vertrauensbildung und Überschaubarkeit in kleinen Regionalgruppen

In den verschiedenen Regionalgruppen, die aus möglichst nicht mehr als 30 bis 50 Mitgliedern bestehen, finden sich die Mitglieder regelmäßig zum gegenseitigen Austausch zusammen. Hier wird auch über Neuaufnahmen entschieden.

Die einfache Struktur und die aktive Mitarbeit aller Mitglieder bewirken eine große Flexibilität der Organisation. Auf veränderte Bedingungen von außen und auch von innen kann relativ schnell und gezielt eingegangen werden. Die Gemeinschaft befindet sich in einem ständigen Entwicklungsprozess.

Ziel ist die Weiterentwicklung der Organisation: Stärkung durch mehr Mitglieder, Aufbau von Netzwerken mit Ärzten, Therapie- und Pflegeeinrichtungen, anderen Solidargemeinschaften und Interessierten.

Zum Umgang mit Beiträgen und Kosten

Die jeweiligen Beiträge orientieren sich an den zuletzt in eine Krankenkasse gezahlten Summen. Festgelegte Sätze kennt die Samarita nicht. Eine Selbsteinschätzung, basierend auf einem Mindestbeitrag, wird angestrebt. Die Hälfte der Einzahlungen fließt auf ein Individualkonto, über das jedes Mitglied frei verfügen kann, der Rest geht in den Solidarfonds, aus dem Krankenhausaufenthalte und andere höhere Krankheitskosten gezahlt werden.

Eine transparente, kompetente Verwaltung, die ständige Überprüfung auf Sinn und Effektivität und nicht zuletzt das verantwortungsvolle Verhalten der Mitglieder halten die Kosten zur Zufriedenheit aller in einem vertretbaren Rahmen. Die Verwaltungsaufwendungen sind sehr gering, die Gemeinschaft arbeitet - abgesehen von den notwendigen Rücklagen - ohne Gewinnanspruch.

Probleme werden auf den Versammlungen offensiv und lösungsorientiert angegangen. Viele Themen, mit denen der Patient meist allein gelassen wird, kommen hier zur Diskussion: Krankheitserfinder, Apparatedizin, notwendige und unnötige Überweisungen etc. Wissen wird aufgenommen und weitergegeben. Kompetenzen werden entwickelt, die jedes Mitglied im Dialog mit anderen, Arzt, Therapeuten und Krankenhaus, vorteilhaft anwenden kann. „Was macht mich gesund? Und was macht mich krank?“ Fragen, die immer wieder neu angesprochen werden. Um den Zusammenhalt der Gruppe und das Vertrauen untereinander zu stärken, gibt es Unternehmungen jenseits der regelmäßigen Versammlungen: Workshops, Seminare und Freizeiten. Die Samarita ist eine Zweckgemeinschaft mit vielen freundschaftlichen Aspekten.

Die Entscheidung für die Samarita ist eine Entscheidung für

- Selbstbestimmung
- Freie Wahl von Therapie und Heilmittel
- Konstruktiver Austausch mit anderen Mitgliedern über Gesundheit und Heilung, in privater wie auch gesellschaftspolitischer Dimension
- Erfahren einer unterstützenden Gemeinschaft in freundschaftlicher Verbindung

aber auch für

- Anschieben von gesellschaftlichen Veränderungen, indem alternative Projekte und Dienstleistungen gefördert werden (direkt durch Inanspruchnahme von deren Leistungen und indirekt durch die Anlage des Sicherheitsfonds bei entsprechenden Banken und Projekten).

Dafür bringt sich jedes Mitglied aktiv ein: Ein Geben und Nehmen sowohl finanziell als auch ideell. Und manchmal ist dann das Nehmen schwerer als das Geben

Samarita, Albersstraße 14, D-28209 Bremen, Tel. 0421 - 498 45 03, Fax 0421 - 498 45 47, info@samarita.de, www.samarita.de

Bildungsfreiheit

Die Ziele des effe

Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen mit neuer Zielformulierung

Seit der offiziellen Gründung des effe im Jahr 1990 hat sich einiges verändert. Und so war auch die Prüfung und Überarbeitung der Ziele notwendig geworden. Allerdings konnte keines der damaligen Ziele mit dem Vermerk „erreicht“ gestrichen werden, so dass sich die Änderungen, die Ende 2005 in Bochum von Präsidium, Vorstand und Council des effe verabschiedet wurden, auf eine stärkere Verdeutlichung der Ziele konzentrieren.

Ziele des effe

- Die Mitglieder des effe setzen sich dafür ein, dass
- die Menschenwürde jedes Kindes geschützt und die Entwicklung seiner Individualität gefördert werden,
 - die Grundrechte Basis aller Bildung und Erziehung sind,
 - Kinder und Jugendliche befähigt werden, eigenverantwortlich in der Gesellschaft tätig zu werden.

Das erfordert, dass

- sich Bildung und Erziehung an den Fähigkeiten und Bedürfnissen des einzelnen Kindes und Jugendlichen orientieren; Lehrpläne und Programme sollen darauf ausgerichtet sein,
- Kindern und Jugendlichen der gleichberechtigte Zugang zu einer Vielfalt von Bildungsangeboten - auch in freier Trägerschaft - offen steht,
- in den Bildungseinrichtungen kulturelle und ethische Werte so gelebt werden, dass Kinder und Jugendliche im Dialog mit Eltern und Lehrer/innen ihre Persönlichkeit und ihr Verantwortungsbewusstsein frei entwickeln können,
- in den Bildungssystemen Europas die Wahlfreiheit der Eltern entsprechend ihren religiösen, weltanschaulichen und erzieherischen Überzeugungen gewährleistet, sowie ethnische und kulturelle Besonderheiten geschützt und respektiert werden,
- in den Bildungseinrichtungen Demokratie als Voraussetzung der Demokratisierung der Gesellschaft geübt wird,
- das bürgerschaftliche Engagement für Bildung in allen Ländern Europas gestärkt und die erforderliche pädagogische, organisatorische und wirtschaftliche Freiheit von Bildungseinrichtungen gewährleistet wird,
- die Ausbildung der Lehrer/innen diesen Erfordernissen entspricht.

Das effe verfolgt seine Ziele im Einklang mit den völkerrechtlichen Bestimmungen, wie sie in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen vom 20.11.1989 niedergelegt sind. Danach sind das Recht des Kindes auf Achtung als eigenständige Persönlichkeit, sein Recht auf Eigenaktivität und Selbstbestimmtheit sowie der Vorrang des Kindeswohls bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen - letzteres in Übereinstimmung mit Art. 24

der Europäischen Grundrechtecharta - verbindlicher Maßstab auch für das europäische Bildungswesen.

Quelle: effe-Informationen, Februar 2006. Kontakt: effe, Internationales Sekretariat, Barbara Ziegler-Fonck, Husemannplatz 3-4, D- 44878 Bochum, Tel.: +49 234 - 6104736, Fax: +49 234 - 6104738 E-Mail: contact@effe-eu.org, www.effe-eu.org

Sonderberichterstatter der UN zum Recht auf Bildung zu Besuch in Deutschland

Nana Göbel/Lies Feron

Vom 13. bis 22. Februar fuhr der UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz (Costa Rica) durch Deutschland. Er besuchte Kindergärten, Schulen, Hochschulen; sprach mit Wissenschaftlern, Politikern, Ministerien und Interessenvertretern. Das Ziel der Reise war die Überprüfung des deutschen Bildungssystems unter dem Aspekt der Chancengleichheit. Er sollte der Frage nachgehen, ob es in deutschen Schulen eine ausreichende Förderung gibt für Ausländerkinder, Schüler aus armen Familien und Behinderte.

Die PISA-Studien hatten ja gezeigt, dass der Bildungserfolg eines Kindes in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat so abhängig von der sozialen Herkunft ist wie in Deutschland. Ein besonderer Skandal sei die Situation der Migrantenkinder. Jeder fünfte junge Ausländer in Deutschland erreiche nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Jeder dritte Ausländer zwischen 20 bis 30 Jahren bleibe ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Am Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin gab es am Sonntag, 19. Februar eine Konsultation mit NGO-Vertretern, zu denen auch das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen gehörte. Die Mehrheit der anwesenden NGO-Repräsentanten wies auf einen Mangel in der Umsetzung des Rechts auf Bildung bei Migrantenkindern und anderen benachteiligten Kindern und Jugendlichen hin. Hiervon betroffen sind z.B. Kinder staatenloser Eltern, Flüchtlingskinder und Kinder sonstiger so genannter Randgruppen.

Nur zwei NGOs, das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen und die Homeschool-Bewegung, wiesen auf strukturelle Schwierigkeiten hin. Dabei wurden folgende Problemkreise berührt:

Das Recht auf Bildung ist nicht notwendigerweise Schulpflicht, wird aber in Deutschland so interpretiert. Hier fehlt es an Freiräumen für Elterninitiativen.

Das im Grundgesetz der Bundesrepublik festgelegte Recht, Schulen in freier Trägerschaft zu gründen, wird durch die Finanzierungspraxis beschnitten, da es keine Gleichbehandlung der Schulträger gibt.

Die derzeit in Einführung befindlichen Kompetenz-Standards beschränken, da es sich nicht um leitbildgebende Minimalstandards sondern um verbindliche und später in Examen abgefragte Lerninhalte handelt, das Recht auf einen eigenständigen und vom staatlichen abweichenden Lehrplan und damit auf ein eigenständiges Schulprofil. Vielmehr braucht es minimale Kompetenzbeschreibungen, mit denen jede Schule kreativ umgehen und daraus ein eigenes Profil entwickeln kann, entsprechende der jeweiligen pädagogischen Überzeugungen.

Im Blick auf die frühkindliche Erziehung ist das Recht auf Bildung das Recht zu spielen. Für dieses Alter gibt es weltweit die Tendenz das Recht auf Bildung als ein Recht, Schüler zu sein, misszuverstehen. Das Recht auf Bildung muss für das frühkindliche Alter inhaltlich so ausgestaltet sein, dass die Bedürfnisse der Kinder im Mittelpunkt stehen und nicht die Lernprogramme der Erwachsenen. Und das Bedürfnis der Kinder ist es in diesem Alter spielend zu lernen. Es ist in manchen Ländern heute noch das Privileg der kleinen Kinder, ihre Lernprozesse selbst zu organisieren. Dieses Privileg muss erhalten werden.

In der Presseerklärung von Prof. Muñoz kamen diese Freiheitsbeschränkungen leider nicht zur Sprache. Die Reise des Sonderberichterstatters endete aber mit einer sehr ernst zu nehmenden Mahnung: von einem hoch entwickelten Staat wie Deutschland ist es zu erwarten, dass es das Recht auf Bildung vorbildlich umsetzt. Er gab vier vorläufige Empfehlungen. An erster Stelle solle die Bundesregierung ihre Vorbehalte gegen die UNO-Kinderrechtskonvention aufgeben. Migranten und Flüchtlinge wären dann erst mit 18 volljährig und nicht wie jetzt mit 16 Jahren. Flüchtlinge ohne dauerhaftes Bleiberecht könnten so länger zur Schule gehen. Ferner dürfe der Besuch von Kindergärten nicht mit Kosten verbunden sein. Das behindere die Integration von Migrantenkindern. Drittens wird die Menschenrechts-erziehung weder in den Schulen noch bei der Lehreraus- und -weiterbildung genügend beachtet. Ein vierter großer Kritikpunkt war, dass die Verteilung der Kinder auf verschiedene Schulformen schon nach der vierten Klasse stattfindet. Mit dieser frühen Auslese werde das Bildungspotenzial der Kinder nicht ausgeschöpft, erläuterte Muñoz in seiner Kritik. Die frühe Aufteilung in Deutschland habe vor allem negative Konsequenzen für diejenigen, die ohnehin schon Probleme hätten, wie Migrantenkinder und Kinder aus sozial schwachen Familien.

Es habe sich überdies auch schon gezeigt, dass bei dieser Aufteilung 44% falsche Empfehlungen gegeben werden. Der vollständige Bericht wird in den folgenden Monaten erscheinen. (www.ohchr.org). Man kann gespannt sein, was die Entscheidungsträger letztendlich bereit sind zu ändern. Eine weitere Kritik, nämlich die der weit reichenden Länderrechte im Bereich der Bildung, wurde schon sofort von Bund und Ländern abgelehnt.

Quelle: effe-Informationen, Februar 2006

Kämpfen für das Recht auf Kindheit

*Waldorfpädagogischer Schwerpunkt auf der
Didacta: der Übergang Kindergarten - Schule*

Mit einem brisanten Thema sind die Waldorfeinrichtungen dieses Jahr auf der Didacta, der bedeutendsten deutschen Bildungsmesse, vertreten, die vom 20. bis 24. Februar in Hannover stattfindet. Da die neuen Bildungspläne der Länder zunehmend auf eine frühere Einschulung der Kinder abzielen, stellen der Bund der Freien Waldorfschulen und die Waldorfkinderergärten ihren pädagogischen Standpunkt zu dem kontrovers diskutierten Thema des Übergangs vom Kindergarten in die Schule in den Mittelpunkt. „Früher und schneller“ muss in Bezug auf die vorschulische Bildung noch lange nicht gleichbedeutend sein mit „besser“, so der Standpunkt der Waldorfpädagogik. Eine verfrühte Einschulung kann sogar nachhaltige gesundheitliche Schäden verursachen. Dies belegen auch wissenschaftliche Studien; die Waldorfpädagogen wollen deshalb für das Recht auf Kindheit kämpfen.

Das deutsche Bildungswesen ist unübersehbar im Umbruch begriffen; die Einführung der Ganztagschule wird vorangetrieben. Die Verkürzung der Schulzeit und die Vorverlegung des Einschulungsalters sind zwei Maßnahmen, die gegenwärtig flächendeckend eingeführt werden sollen. Tatsächlich scheinen die Veränderungen in der Gesellschaft und in den Familien Eltern, Pädagogen und Politiker zum Handeln zu zwingen. Die frühere Einschulung soll bereits bei den Vier- bis Sechsjährigen eine bessere Vorbereitung auf Studium, Beruf und das Bestehen im wirtschaftlichen Wettbewerb sichern; Waldorfpädagogen warnen derweil vor einer Verkürzung der Kindheit. So beschloss jüngst der sächsische Landtag, Kindertagesstätten auf Bildungspläne zu verpflichten. „Da es eine grundgesetzlich gesicherte pädagogische Freiheit für alle freien Schulen gibt, ist es paradox, dass diese Freiheit nun bei den Jüngsten, den Kindergartenkindern, eingeschränkt werden soll“, kritisiert Hans-Jürgen Bader, Justiziar beim Bund der Freien Waldorfschulen, die Gesetzesänderung. Der vorliegende Entwurf für den sächsischen Bildungsplan stellt das selbstreflektierte Lernen und den Umgang mit Computern im Kindergartenalter in den Vordergrund. Das Motto „je früher und schneller, desto besser“ kann nach dem Konzept der Waldorfpädagogik jedoch nicht die adäquate Antwort auf neue Anforderungen an das Bildungssystem sein. Eine verfrühte und oft einseitig intellektuelle Beanspruchung der Kinder im Vorschulalter kann sogar nachhaltige gesundheitliche Schäden verursachen, Lernschwierigkeiten oder Konzentrationsschwächen etwa. Darin sehen sich Waldorfpädagogen durch wissenschaftliche Forschungen bestätigt. „Wir werden für das Recht auf Kindheit kämpfen“, sagt Martyn Rawson, Dozent am waldorfpädagogischen Seminar der Freien Hochschule Stuttgart. Auch juristische Schritte schließt der Bund der Freien Waldorfschulen nicht aus, falls in Kinderergärten tatsächlich PCs eingeführt werden sollten, bestätigt Hans-Jürgen Bader. Eine kindgerechte Erziehung müsse die Begabungen, Fähigkeiten, Neigungen und auch Handicaps der Kinder in den Mittelpunkt stellen und sie so vielseitig wie möglich fördern, so Bader. Sollten

Bildungspläne wie in Sachsen eingeführt werden, sehen die Waldorfpädagogen eine Erziehungsarbeit in ihrem Sinne als gefährdet an. Dennoch müssen die waldorfpädagogischen Einrichtungen darauf vorbereitet sein, die gesetzlichen Bestimmungen, die je nach Bundesland sehr unterschiedlich sein können, umzusetzen. „Wir wollen pragmatische Lösungen für die bildungspolitischen Vorgaben finden, zugleich aber unser Konzept von Schulreife verteidigen“, sagt Martyn Rawson. Schulreife entscheidet sich in der Waldorfpädagogik nicht allein durch den Blick auf das Alter. Vielmehr muss ein komplexer Reifungs- und Entwicklungsprozess abgeschlossen sein. „Die originäre Art des Kindes, sich zu bilden, geht weiter als das einseitige intellektuelle Tun“, so Margarete Kaiser von der Internationalen Vereinigung der Waldorfkinderergärten. Nach dem Erziehungs- und Bildungsverständnis der Waldorfpädagogik erwerben die Kinder im Vorschulalter durch freies selbst bestimmtes Handeln und vielfältige Lernangebote auch die Kompetenzen und die Vernetzung der Fähigkeiten, die ihnen später in der schulischen und nachschulischen Ausbildung zugute kommen.

Quelle: Bund der Freien Waldorfschulen, Wagenburgstraße 6, 70184 Stuttgart, walker@waldorfschule.de

Debatte

Der Eurythmie-Professor und seine ebenso staatlich anerkannte Kollegin

Thomas Brunner

Es ist also nun so weit, wovon so mancher staatsgläubige Zeitgenosse schon lange träumte: die Eurythmie ist hoffähig geworden. Wer noch dachte, dass die Ernennung eines Eurythmisten zum Professor, wie sie vor mittlerweile vier Jahren (2002) an der Alanus Hochschule durchgeführt wurde, ein einmaliges Missverständnis oder ein humorvoller PR-Gag war, der weiß nun spätestens seit einer Presseerklärung der Alanus Hochschule, dass er sich wohl getäuscht hatte, denn offensichtlich war das nicht nur ein schlechter Scherz, sondern vielmehr das ganz ernst gemeinte Programm einiger sich besonders aufgeklärt dünkender Zeitgenossen: „Zur deutschlandweit ersten Professorin für das Fachgebiet Eurythmie hat am heutigen Donnerstag die Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft Tanja Masukowitz ernannt. Die Berufungsurkunde wurde ihr im Rahmen der Sitzung des Senats von Rektor Professor da Veiga überreicht. Voraussetzung für die Ernennung war die Zustimmung des zuständigen Wissenschaftsministerium des Landes Nord-Rhein-Westfalen. Seit zwei Jahren ist die 40-jährige Tänzerin als Lehrbeauftragte an der Alanus Hochschule tätig, die seit 2003 als einzige Einrichtung Deutschlands ein anerkanntes Studium der Bewegungskunst Eurythmie auf Hochschulniveau anbietet. Masukowitz leitet den Fachbereich Eurythmie gemeinsam mit ihrem Kollegen Stefan Hasler, der seit

Winter 2002 eine Professur inne hat, und unterrichtet die derzeit 35 Studenten im Fach Eurythmie vom ersten Studienjahr bis zur Diplomklasse.“*

Die Gründe, die zu dieser zunehmenden Verstaatlichung der Eurythmie geführt haben, sind offensichtlich, sie liegen vor allem „im Rückgang der Studierenden, bei Forderungen von Geldgebern, die nur gezielt auf eine Berufstätigkeit zielende Studierende fördern möchten und in der größeren Attraktivität einer berufsqualifizierenden Ausbildung für junge Leute“**.

Es ist natürlich in gewisser Weise verständlich, dass der rapide Rückgang der Eurythmie-Studenten die Sorge wachgerufen hat, wie es mit der Entwicklung der Eurythmie weiter gehen kann. Nun hätte es doch allerdings vor allem interessieren müssen, was denn die Ursachen dieses Rückgangs sind. Denn hätte diese Frage wirklich gelebt, dann wäre man darauf gekommen, dass die nun eingeleiteten Verweltlichungstendenzen das Problem sogar noch verschärfen, dass nämlich die eigentliche Ursache in nichts anderem zu suchen ist, als in dem stets schwächer gewordenen, ursprünglich der Eurythmie zu Grunde liegendem geistigen Leben. Dass also, konkret gesprochen, die erste freie Entwicklungszeit der Eurythmie nur durch die umfassende geistige Wirksamkeit Rudolf Steiners überhaupt möglich war. Oder meint man, die Zeit sei damals eben noch nicht reif oder Rudolf Steiner sei zu unpraktisch gewesen, der Eurythmie bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts durch eine Professur auf die Sprünge zu helfen?

Das Gegenteil ist wohl der Fall, und nicht nur die folgende Äußerung Rudolf Steiners verdeutlicht, warum seinerzeit sehr bewusst von der Notwendigkeit einer wirklichen Befreiung des Geisteslebens ausgegangen wurde: „Der Staat als Verwalter des Geisteslebens, insbesondere des Schulwesens, hat uns das geistige Leben ruiniert. Das Wirtschaftsleben als der Brotherr hat uns weiter ruiniert. Wir brauchen ein freies geistiges Leben, denn nur dem freien geistigen Leben können wir wirklich dasjenige einimpfen, was die geistige Welt der Menschheit offenbaren will. Diese Welle des geistigen Lebens - die muss herunter! Dem Staatsdiener, dem Staatsprofessor wird sie sich niemals offenbaren; und dem, der im geistigen Leben der Kuli des Wirtschaftslebens ist, wird sie sich nimmermehr offenbaren! Allein dem, der mit dem geistigen Leben täglich zu ringen hat, der im freien Geistesleben drinnensteht! Die Zeitentwicklung selber fordert die Befreiung des Geisteslebens aus Staatsbanden und aus Wirtschaftsbanden.“*** Doch so erschreckend solche Äußerungen vielleicht wirken, so sind sie doch ganz sachlich zu nehmen, sie besagen nämlich nur, dass der Mensch in abstrakten Sozialverhältnissen nicht im menschlichen Sinne Organ eines intuitiven Geisteslebens sein kann, gleichwenig, wie im abgeschlossenen Gewächshaus ein lebendiger Begriff der Natur gebildet werden kann. Kann zwar im „staatlichen Gewächshaus“ vielleicht die Verstandstätigkeit und die Spezialwissenschaft ein gewisses Wachstum erfahren, so doch gewiss nicht ein wirkliches

* Aus der Presseerklärung der Alanus Hochschule, 12. 1. 2006

** Aus einer Online-Nachricht der Zeitschrift Das Goetheanum, 24. Januar 2006

*** Rudolf Steiner, Der innere Aspekt des sozialen Rätsels, GA 193, S. 100

Verständnis des geistigen und sozialen Lebens.**** Die Eurythmie aber kann nur aus dem sozialen Leben selbst hervorgehen, denn sie ist die eigentliche Blüte der anthroposophischen Freiheitsbewegung.*****

Wer sich in diesem Sinne die aktuellen Vorgänge vor Augen führt wird zu tieferen Einsichten in die Ursachen der gegenwärtigen Krise der Eurythmie kommen. Er wird z.B. das Missverhältnis erkennen, welches besteht zwischen der enormen Expansion der Waldorfschulbewegung im Verhältnis zur seit Jahrzehnten stagnierenden Entwicklung der Anthroposophischen Gesellschaft. Diese Expansion war allerdings nur möglich, weil die Frage einer zeitgemäßen Finanzierung des Bildungswesens nicht in ihrer bis ins Pädagogische reichenden Bedeutung wach gehalten wurde. D.h. konkret: dass die Waldorfschulbewegung (insbesondere in Deutschland) nur deshalb in dieser Art expandieren konnte, weil sie sich zunehmend in die kausalen Zusammenhänge staatlicher Subventionierung begeben hat. Gewiss, über die Frage einer zeitgemäßen Finanzierung des Geisteslebens wurde insbesondere im Rahmen der anthroposophischen Sozialwissenschaft vielfältig gearbeitet. So kommt z.B. Stefan Leber zu folgender deutlicher Einschätzung: „Gerade in der Finanzierungsproblematik manifestiert sich eine doppelte Entfremdung: Indem den Leistungen des Bildungswesens kein konkreter Wertzuwachs zuzuordnen ist, bleibt der gesamte Bereich der Wirtschaft in einem unverbindlichen Verhältnis zur Finanzierung des Bildungswesens; der auf seine Weise einspringende Staat kaschiert durch die Schulgeldfreiheit die Zusammenhänge und gewinnt über die Finanzhoheit auch Einfluss auf Lehrpläne, Leistungsanforderungen und -kontrolle und über die Berechtigungen Gestaltungsmacht bis in den innersten Bereich der Pädagogik, der von Freiheit und Einsicht in die menschliche Natur bestimmt zu sein hätte; er entfremdet die Pädagogik ihrer Aufgabe.“***** Trotz dieser klaren Analyse kommt Leber nicht über die bloße Erörterung verschiedener gesellschaftlicher Strukturmodelle zur Lösung der Finanzierungsfrage hinaus und stellt fest: „Dass bisher die Frage der Finanzierung des Geisteslebens noch am Anfang steht und zukünftigen Charakter trägt, hängt sowohl mit der Komplexität der Erscheinungen des Geldwesens als auch mit der tatsächlichen Gestaltung der Verhältnisse zusammen, die - zum Teil funktionswidrig strukturiert - die Macht des Faktischen für sich haben.“***** Diese Vorstellung von der vermeintlichen „Macht des Faktischen“ - die Leber geradezu als eine Objektivität meint einführen zu können - beruht jedoch bereits auf einer vorurteilsbeladenen „Prämisse“, sie geht nämlich

**** Bereits Wilhelm von Humboldt analysierte die sozialen Auswirkungen staatlicher Finanzierung: „Wie jeder sich selbst auf die sorgende Hilfe des Staats verlässt, so und noch weit mehr übergibt er ihr das Schicksal seines Mitbürgers. Dies aber schwächt die Teilnahme und macht zu gegenseitiger Hilfsleistung träger.“ (Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen, Stgt. 2002, S. 22 / 34 /36)

***** Da dies zu selten berücksichtigt wird, hat sich die Eurythmie in weiten Kreisen von einer im eigentlichen Sinne schöpferischen Kunst zu einer rein rezeptiven Bewegungsart entwickelt. Siehe hierzu u. a.: Thomas Brunner, Kunst und soziale Frage - unter besonderer Berücksichtigung der Eurythmie, Rendsburg 1993, oder die Aufsätze des Autors: Das „Erleben“ in der Eurythmie. Die Kunst als Auferstehung aus dem Erkenntnisprozess (Das Goetheanum, 2003/42), Vom intuitiven Ursprungserleben. (Das Goetheanum 2004/46)

***** Stefan Leber, Die Sozialgestalt der Waldorfschule, Stuttgart 1978, S. 92

***** Stefan Leber, a.a.O., S. 95

selbst bereits von einem institutionalisierten Begriff der Bildung aus und vermag deshalb die zentrale Bedeutung der Individualität für das Geistesleben nicht in ihrer *methodischen* Bedeutung zur Sprache zu bringen. Nur weil Leber dies nicht wirklich durchschaut, kommt er überhaupt zur Unterscheidung von „institutionellem Geistesleben“ (Schule) und „reinem Geistesleben“ (freie Künstler etc.). Obwohl Leber selbst feststellt, dass der Bereich der Finanzierung von Schule und Hochschule durch das „Recht auf Bildung“ „rechtlich überformt“^{*} ist, behauptet er: „Es versteht sich, dass ein entwickeltes Schul- und Bildungsleben nicht der Zufälligkeit und dem guten Willen der Schenkenden allein anheim gegeben werden darf, vielmehr muss der Schenkung Verbindlichkeit zukommen, d.h. sie muss institutionalisiert sein und sich, wenn man will, durchaus organisch-regelhaft, nicht bloß willkürlich-zufällig, abwickeln.“^{***} Dass mit dieser „Prämisse“ aktuell keine wirkliche Initiative zur Überwindung der staatlichen Bildungsfinanzierung eingeleitet werden kann, ist deutlich, denn sie basiert auf den Vorurteilen der Kant'schen „Subjektivismus-Kritik“, die kein wirkliches Verständnis vom Wesen der menschlichen Individualität auszubilden vermochte. Anstatt zu fragen, wie der „gute Wille“ überhaupt zu einer gesellschaftlich-fruchtbringenden Instanz werden kann, wird er einfach mit einer nebelhaften „Zufälligkeit“ parallelisiert. Systemändernde staatliche Maßnahmen sind unmittelbar gewiss nur sehr langsam zu bewirken, der einzelnen Individualität aber stehen vielerlei Initiativmöglichkeiten offen, und auf die Individualität kommt es im Geistesleben doch primär an. Es „versteht sich“ eben durchaus nicht als Selbstverständlichkeit, warum die Finanzierung der Schule „institutionalisiert sein muss“, dieses Vorurteil ist vielmehr sogar ein wesentlicher Faktor der eigentlichen Bevormundung des Bildungslebens, weil es immer auf einer Definition der Institution Schule aufbauen muss (in diesem Sinne ist auch der so genannte Bildungsgutschein nur eine Verlagerung des Problems), was nichts anderes heißt, als die Entwicklung eines wirklich zivilgesellschaftlichen Erwachens für die Selbstverantwortung des Geisteslebens zu blockieren, denn im Grunde ist jegliche generalisierende Finanzierung nichts anderes als eine schwerwiegende soziale Manipulation. Es kommt eben wirklich auf die kleinen Schritte an, auf den langwierigen und mühsamen Aufbau wirklich freier gesellschaftlicher Bezüge.

Phänomenaler Weise erweist sich gerade die Waldorfschulbewegung durch ihre (vor allem erkenntnismäßige) Bequemlichkeit in der Finanzierungsfrage immer deutlicher sogar als Bremser notwendiger Zeitforderungen (man bedenke nur einmal den Gegensatz der Staatsverschuldung in der BRD von nahezu 2 Billionen Euro bei gleichzeitigem Hoch an Privatvermögen von 4 Billionen Euro...^{****}), anstatt ein Vorreiter einer wirklichen

* Leber, S. 98

** Leber, S. 93

*** Gewiss, diese Privatvermögen sind in erschreckender Weise ungerecht gesellschaftlich verteilt, doch darf gerade diese Schieflage nicht zur Tradierung des Kurzschlusses führen, dass die Schulen eben unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern besucht werden können müssen. Denn dieses Vorurteil verkennt ja gerade den Charakter eines wahren freien geistigen Lebens, da es auf einem anachronistischen staatswirtschaftlichem „Vorteils-Denken“ aufbaut, in dem der einzelne Ehrgeiz favorisiert wird und eine wirkliche geistige Kapitalverwaltung nicht entstehen kann. Deshalb betonte Rudolf Steiner: „Es geht ja heute durch die Lande der Ruf: Unentgeltlichkeit des Schulwesens. Ja, was soll denn das überhaupt heißen? Es könnte doch nur der Ruf durch die Lande gehen: Wie sozialisiert man,

Befreiung des Geisteslebens zu sein. Auf der anderen Seite ist die Anthroposophische Gesellschaft mittlerweile fast vollkommen zu einem reinen „Verwaltungsapparat“ erstarrt, der zwar noch so manchen Posten finanziert, doch kaum noch ein wirkliches Gesellschaftsleben ermöglicht. Dazu kommt, dass nicht nur die jetzt verstaatlichte Eurythmie-Ausbildung durch den Bund der Waldorfschulen bezuschusst wird, sondern sogar die Anthroposophische Gesellschaft (Pädagogische Sektion) mittlerweile durch staatliche Subventions-Gelder über den Bund der Waldorfschulen jährlich mit mehreren Hundert Tausend Euro direkt unterstützt wird, und sich dadurch noch weiter von ihren Mitgliedern abkoppelt. So wird das, was Organ einer geistigen Bewegung sein soll, immer mehr in die Mechanismen üblicher Politik hinein gezogen, womit die Anthroposophische Gesellschaft ihre ursprünglich gedachte Unabhängigkeit restlos verliert.^{****} Nur deshalb ist es gegenwärtig bereits möglich, dass die Eurythmie auf so staatstragende Weise zum „Waldorf-Staats-Ballett“ institutionalisiert wird und von Dornach nur noch Eurythmie-Schulen

damit ein jeder die Möglichkeit hat, seinen gerechten Beitrag zum Schulwesen zu schaffen?“ (aus: Rudolf Steiner, 1. Juni 1919, GA 192, S. 144) Oder in einem anderen Zusammenhang: „Nehmt dem Staat die Schulen ab, nehmt ihm das geistige Leben ab, gründet das geistige Leben auf sich selbst, lasst es durch sich selbst verwalten, dann werdet ihr dieses geistige Leben nötigen, den Kampf fortwährend aus seiner eigenen Kraft zu führen: Dann wird aber dieses geistige Leben auch von sich aus in der richtigen Weise zum Rechtsstaat und zum Wirtschaftsleben sich stellen können, wird zum Beispiel das geistige Leben gerade - ich habe das in meiner sozialen Schrift [Die Kernpunkte der sozialen Frage], die nunmehr fertig wird in den nächsten Tagen, ausgeführt -, dann wird das geistige Leben auch der richtige Verwalter des Kapitals sein.“ (Rudolf Steiner, 21. März 1919, GA 190, 1980, S. 24) und Hans Kühn, ein Mitarbeiter Steiners aus der Dreigliederungszeit, berichtet: „Als das freie Geistesleben und seine Finanzierung behandelt wurde, hörten wir von Ausgabesteuern und von der Vergütung für die geistige Produktion durch diejenigen, die sie empfangen oder in Anspruch nehmen. Eine Schule oder Hochschule zum Beispiel dürfe weder durch den Staat noch durch die Industrie oder eine Treuhand-Organisation finanziert werden, sondern stets von unten durch Schüler und Studenten, dass auch die Lehrer sich wirtschaftlich selbst erhalten würden. Wo die Mittel fehlten, müssten andere Institutionen einspringen, um die nötigen Stipendien zu geben; buchmäßig müsse der Einzelne zahlen.“ (Aus: Hans Kühn, Dreigliederungszeit, Dornach 1978, S. 30)

So ungewöhnlich diese Gedanken vielen Menschen sind, so ist es doch an der Zeit sich klare Begriffe dieser Zusammenhänge zu bilden und im Rahmen des Möglichen das Notwendige anzufangen. Autonomie des Geisteslebens heißt eben nicht nur Selbstverwaltung der Kultur und Pädagogik, sondern auch selbstverwaltete Finanzierung des Geisteslebens „von unten“. Doch auch das z. Zt. sehr breit diskutierte „Grundeinkommen“ ist keine wirkliche Überwindung der durch das moderne Geldwesen entstandenen Abstraktions-Verhältnisse und trägt nur scheinbar zu einer Befreiung des individuellen Menschen bei, ist vielmehr nur eine Renovierung des längst anachronistisch gewordenen Sozialstaats-Denkens in neuer Form. Die Kerngedanken eines solchen „Grundeinkommens“ gehen in die richtige Richtung, doch müssen die dazu notwendigen Organe vom Geistesleben und nicht vom Staat verwaltet werden. (siehe hierzu das 4. Kapitel in: Thomas Brunner, Friedrich Schiller - Die Kunst als Weg zur menschenwürdigen Gesellschaft, Wangen, Cottbus, Leipzig, 2006)

**** Dass diese „Transferleistungen“ kaum mit Steiners Verständnis der Finanzierung der Anthroposophischen Gesellschaft vereinbar sind verdeutlicht z.B. folgendes Zitat: „Hat diese Anthroposophische Gesellschaft in irgendeinem Staate je eine Staatssubvention gehabt? Sind ihre Lehrer von einem Staate angestellt? Ist nicht alles erfüllt gerade in dieser Anthroposophischen Gesellschaft, was nur zu erlangen ist von den äußeren Geistesorganisationen? Ist sie nicht in Bezug darauf geradezu das praktischste Ideal? [...] Nicht das kann unsre Aufgabe sein, hier das freie Geistesleben herein zutragen, sondern das kann die Aufgabe sein, dass Sie dasjenige, was hier als freies Geistesleben immer existiert hat, dass Sie das in die andere Welt hinaustragen, den Menschen klarmachen, dass alles Geistesleben von dieser Art sein muss, von dieser Art von Verfassung sein muss.“ (Rudolf Steiner, 14. April 1919, GA 190, Seite 212)

anerkannt werden die dem vom Waldorfschul-Bund geforderten Standard entsprechen.

Auch in anderen Ländern hat man es mittlerweile so weit gebracht, dass die Eurythmie in „staatlich anerkannten“ Hochschulen unterrichtet wird. So berichtet z.B. die Zeitschrift „Das Goetheanum“ über Entwicklungen in Oslo, wo seit einiger Zeit die vierjährige Ausbildung an der staatlich anerkannten „Eurythmiehochschule“ mit einem Bachelor beendet werden kann. Zwar „lässt sich nicht in jedem Fall sagen, ob das [steigende Interesse an der Osloer „Eurythmiehochschule“] mit dem neuen Bachelor zusammenhängt“* - wie der Bericht erklärt - doch soll demnächst auch ein Ergänzungsjahr für Eurythmisten mit „alter“, staatlich nicht anerkannter Ausbildung eingerichtet werden, wozu die derzeitige Leiterin der „Eurythmiehochschule“ Margrethe Solstad abschließend etwas süffisant anmerkt: „Nach einigen Prüfungen könnten sie dann auch den Bachelor erhalten. Sonst hängen sie ja vielleicht in der Luft.“** Die Eurythmisten „hängen also vielleicht in der Luft“, wenn sie nicht nach Oslo kommen und sich von der großzügigen Frau Solstad „staatlich anerkennen“ lassen? Spätestens bei einer solchen Argumentation sollte deutlich werden, wohin der eingeschlagene Weg führt, denn offensichtlich wird hier bereits davon ausgegangen, dass die Osloer „Eurythmiehochschule“ nicht primär durch ihr eurythmisches Niveau, sondern durch die „staatliche Anerkennung“ an Interesse gewinnt. Natürlich muss man sich nicht „staatlich anerkennen“ lassen, denn auch Frau Solstad ist tolerant, doch dann hängt man eben ihrer Meinung nach „in der Luft“, weil sie offensichtlich nicht merkt, dass durch ihren Begriff von „Anerkennung“ im Grunde nur die eigentliche Verantwortung kaschiert wird. In Wahrheit ist es doch so, dass gerade die staatliche Anerkennung dazu beiträgt, dass der Boden einer wirklich menschlichen Anerkennung verlassen wird. Nicht der Mensch, sondern die staatliche Hochschule „hängt in der Luft“, weil sie sich durch ihre Vorrechte gerade den eigentlichen Prozessen des Geisteslebens entzieht. Wie sagte doch schon Goethe: „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen. Die wahre Liberalität ist Anerkennung.“*** Ja selbstverständlich: anerkennen in seiner Fähigkeit kann nur der Mensch den Menschen in Unmittelbarkeit und Freiheit, niemals jedoch der Staat (oder vom Staat delegierte Organe), weil die Anerkennung nicht abstrakt (d.h. „abgehoben“), also unabhängig vom konkreten Wirkungsfeld der Individualität erteilt werden kann; denn sonst wird die Bevormundung des Staates gestärkt, das Geistesleben (d.h. die freien zivilgesellschaftlichen Beziehungen) aber geschwächt und zur Passivität erzogen. Alle staatliche Bildungsanerkennung und Bevorrechtung ist deshalb anachronistisch.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: Einmal ganz davon abgesehen, dass die jeweiligen Initiatoren offensichtlich kein oder nur ein sehr oberflächliches Verständnis für die Notwendigkeit der Dreigliederung des sozialen Organismus haben, leugnet das Bestreben, die Eurythmie in dieser Form staatlich zu etablieren, den ganzen Entstehungsprozess der Eurythmie und ihre wahren Lebensbedingungen. So unbewusst die skizzierten

* Das Goetheanum, Nr. 9 / 2006, S. 12

** Das Goetheanum, Nr. 9 / 2006, S. 12

*** Johann Wolfgang Goethe, Maximen und Reflexionen

Zusammenhänge vielleicht noch vielen sind, so regt sich doch auch bereits ein stilles, aber den Notwendigkeiten der Eurythmie verbundenes, um wirkliche Freiheit ringendes Geistesleben. Und so sehr sich auch manche Mitarbeiter in anthroposophischen Zusammenhängen noch durch staatliche Anerkennungen geädelt glauben (und auf diesem Wege durch Bevorrechtung einzelner Einrichtungen durch geisteslebensfremde Kriterien die Bedingungen einer freien Entwicklung der Eurythmie sogar noch weiter erschweren), so erkennen doch immer mehr Individualitäten, dass ein wirklich zeitgemäßes Geistesleben in den „scheinfreien Gewächshäusern“ gar nicht entstehen, sondern nur aus dem reinen Interesse für den individuellen Menschen erwachsen kann. Denn im Geistesleben kann nur ein Zusammenwirken von Menschen angestrebt werden, „das ganz auf den freien Verkehr und die freie Vergesellschaftung von Individualität zu Individualität begründet ist. In keine vorbestimmte Einrichtung werden da die Individualitäten hineingezwängt. Wie sie einander stützen und fördern, das soll lediglich daraus sich ergeben, was der eine dem andern durch seine Fähigkeiten und Leistungen sein kann. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass sich viele Menschen gegenwärtig noch gar nichts anderes vorstellen können, als dass bei solch freier Gestaltung der menschlichen Verhältnisse im geistigen Gliede des sozialen Organismus nur anarchische Zustände innerhalb desselben sich ergeben müssten. Wer so denkt, der weiß eben nicht, welche Kräfte der innersten Menschennatur dadurch an ihrer Entfaltung verhindert werden, dass der Mensch in die Schablonen hinein entwickelt wird, die ihn vom Staats- oder Wirtschaftsleben aus formen.“****

Selbstverständlich müssen in unsrer Gegenwart noch vielerlei Kompromisse gemacht und hingenommen werden, doch darf das nicht dazu führen, dass die Kompromisse nicht mehr als solche, sondern als die neuen Wahrheiten propagiert werden. Denn letztendlich wird sich das Grundsätzliche doch als das Konkreteste erweisen.

Bemerkung zum Artikel von Thomas Brunner

Christoph Strawe

Thomas Brunner spricht ein Problem an, das wahrhaftig diskussionswürdig ist: Was sind die Voraussetzungen eines wirklich freien, nicht vom Staat und der Wirtschaft gegängelten Geisteslebens? Wie man konstruktive Wege dahin findet, das wäre die eigentlich interessante Frage - und zwar Wege, die nicht in institutionalisierte Selbstausbeutung der geistig Schaffenden führen. Der Berufsstand der Eurythmisten ist in seiner Gesamtheit zu einem entbehrungsreichen Leben verurteilt, solange das nicht gelingt. Dass da die Zuflucht genommen wird zu allem, was existenzsichernd wirken kann, darf man den Menschen nicht krumm nehmen. Keineswegs soll bestritten werden, dass es Tendenzen der Anpassung gegenüber äußeren Anforderungen oder Moden gibt. Nachdem anthroposophische Einrichtungen jahrzeh-

**** Rudolf Steiner, Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus, GA 24, S. 71f

telang von außen eher als abgeschottet erlebt wurden, verfällt man heute zuweilen in ein leicht peinlich wirkendes Buhlen um öffentliche Anerkennung. Es gilt jedoch sorgsam zu unterscheiden zwischen Anpasserei und respektablen Versuchen einer Öffnung zum gesellschaftlichen Umfeld, bei gleichzeitiger Entwicklung der eigenen Identität.

Richtig ist: Wo ein geistiger Impuls nicht mehr lebendig ist, treten leicht äußere Regelungen und Normen an seine Stelle.* Polemik hilft dagegen allerdings so wenig wie das eher vatikanisch anmutende Jammern über „Verweltlichungstendenzen“. Auch sollten die Prämissen, von denen ausgegangen wird, sorgfältig erwogen werden. Stimmt denn die These: „Je weniger staatliche Gelder, um so größer das Maß der Freiheit“? Dann müssten die Waldorfschulen in den Ländern, in denen sie kein Geld erhalten, die allerfreiesten sein. Tatsächlich führt aber das Fehlen staatlicher Unterstützung durchaus nicht dazu, dass der Staat den Schulen in freier Trägerschaft keine Auflagen machen würde. Und den Waldorfschulen in Deutschland den Ausstieg aus der „Subventionierung“ zu empfehlen, ohne einen Weg aufzuzeigen, wie der Einstieg in eine neue Finanzierungsform gelingen kann, wäre schlicht abenteuerlich.

Kann sich die Kritik an der Forderung Stefan Lebers nach einer institutionalisierten Finanzierung des Schulwesens überhaupt tatsächlich auf Steiner berufen? Dessen Vorschlag eines Erziehungseinkommens stellt doch gerade eine institutionelle Form dar, die zugleich „buchmäßig“ die Zahlung dem Einzelnen übergibt, der diesen zweckgebundenen Einkommensanteil an eine Schule seines Vertrauens weiterleitet - und damit auch ein Bewusstsein über die tatsächlichen Kosten von Schule entwickeln kann (vgl. S. 34f.).

Wer Kompromisse generell ablehnt, landet im Sektierertum. Wer faule von sachdienlichen Kompromissen nicht unterscheiden kann, landet im Opportunismus. Es geht also nicht nur um das, was Thomas Brunner richtig bemerkt: die Fähigkeit, den Kompromiss als solchen zu erkennen. Es geht vor allem um ein Unterscheidungsvermögen für die Qualität von Kompromissen. Rudolf Steiner geht 1919 einen sachnotwendigen Kompromiss ein, ohne den die Gründung der ersten Waldorfschule wohl kaum gelungen wäre: Er kommt den Forderungen des württembergischen Kultusministers Heymann nach einer Vergleichbarkeit mit staatlichen Schulabschlüssen entgegen. Das Lehrerkollegium erhält „freie Hand für die Gliederung des Lernstoffs“, dafür wird die Auflage akzeptiert, „jeweils am Ende des 3., des 6. und des 8. Schuljahres Lernziele zu erreichen, die den öffentlichen Volks-, Real- bzw. Höheren Schulen entsprechen“.**

Ähnlich differenziert wäre heute an die Frage heranzugehen, wie mit Bachelor und Master umzugehen ist. Bringt ein Bachelor-Studiengang mehr Freiraum gegenüber dem Bestehenden oder handelt man sich damit nur zusätzliche Abhängigkeiten ein?

* Vgl. die Ausführungen von Udo Herrmannstorfer in „Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens“, Rundbrief Dreigliederung, Heft 3/2004, S. 10f.

** Vgl. Albert Schmelzer: Die Dreigliederungsbewegung 1919. Rudolf Steiners Einsatz für den Selbstverwaltungsimpuls, Stuttgart 1991, S. 232.

Welche Form eines Erziehungseinkommens ist unter den heutigen Bedingungen zu favorisieren? Welche besonderen Finanzierungsfragen stellen sich bei der Ausbildung von Lehrern, Ärzten, Eurythmisten etc.? In welchen Bereichen der Kultur ist die Kulturfinanzierung über von der Allgemeinheit finanzierte zweckgebundene Einkommensanteile sachgemäß, in welchen nicht? Ist eine öffentliche Finanzierung der Infrastruktur der Kultur eine Alternative zur Subventionierung von „Spitzenkunst“? Solche Frage würden weiterführen. Sie sind übrigens schon in der Vergangenheit in der Dreigliederungsbewegung andiskutiert worden.*** Es ist zu hoffen, dass Thomas Brunners Artikel einen Anstoß gibt, sie wieder verstärkt aufzugreifen. Das gilt auch für die Frage nach der Rolle des Rechtsstaats als Schutz- und Förderraum für die Freiheit des Geisteslebens.

*** Beispiele findet man in der von der Sozialwissenschaftlichen Forschungsgesellschaft erstellten Dokumentation „Soziale Dreigliederung - Eine Bibliographie“ (www.dreigliederung.de/bibliographie/einleitung.html).

Beispiel Erziehungseinkommen

„Ein solcher Organismus wird Rechte sehen, die aus rein menschlichen Verhältnissen sich ergeben. Kinder werden das Recht auf Erziehung haben [...] Das ‚Mehr‘ wird ihm zufließen durch *Einrichtungen* [Hvhb. CS], die durch Übereinkommen aller drei sozialen Organisationen begründet werden. Solche Einrichtungen können dem Rechte auf Erziehung dadurch entsprechen, daß nach den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen die Verwaltung der wirtschaftlichen Organisation die mögliche Höhe des Erziehungseinkommens bemisst und der Rechtsstaat die Rechte des einzelnen festsetzt nach den Gutachten der geistigen Organisation. Wieder liegt es in der Art eines wirklichkeitsgemäßen Denkens, daß mit einer solchen Angabe nur wie durch ein Beispiel die Richtung bezeichnet wird, in welcher die Einrichtungen bewirkt werden können.“

(Rudolf Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage, 1919, GA-Nr. 23, Dornach 1976, S. 127f.)

„Beim gewählten Beispiel der Schule würde es sich darum handeln, ein allgemein verbindliches Erziehungseinkommen für Kinder und Jugendliche festzulegen. Dieser Betrag wird zwischen den Selbstverwaltungsorganen des Geisteslebens und Wirtschaftsvertretern ausgehandelt und vom Staat demokratisch zu geltendem Recht erhoben. Er kann direkt an die Eltern ausgezahlt werden, zweckgebunden als Gutschein ausgestaltet sein oder auf einem Treuhandkonto ‚Schulen‘ beim Staat abrufbereit angesammelt werden. Entsprechend variabel wären auch die Erhebungsarten, von der Auszahlung als Lohn-Ergänzung bis zur Steuererhebung. Entscheidend ist nun, dass dieses Geld nicht in der allgemeinen Staatskasse landet. Der Staat, wenn er denn in die Abwicklung einbezogen ist, muß neutral bleiben und dem Lenkungswillen der Erziehungsberechtigten Wirksamkeit verschaffen. Mit der Wahl der Schule durch z.B. die Eltern fließt das allgemeine Erziehungseinkommen der Schule zu. Allerdings sind zusätzlichen freiwilligen Zuwendungen keine Grenzen nach oben gesetzt.“

(Udo Herrmannstorfer: Individualität und Staat, Bad Liebenzell 1990, S. 14.f.)

Termine und Initiativen

Keinen Krieg gegen den Iran - für eine politische Lösung!

Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag und der Kooperation für den Frieden, Bonn/Kassel 17. März 2006

Mit dem Aufruf „Keinen Krieg gegen den Iran - für eine politische Lösung!“ warnen mehr als 800 Gruppen und Persönlichkeiten vor der drohenden Eskalation im Atomkonflikt mit dem Iran und verlangen von der Bundesregierung eine eindeutige Absage an jede Form von Drohung, weitere Eskalation und eventuelle Beteiligung der Bundesrepublik an militärischen Aktionen gegen Iran.

Die Friedensorganisationen fürchten einen US-Luftkrieg gegen Iran, der unter dem Vorwand der Ausschaltung möglicher Atomwaffenforschung Iran militärisch und wirtschaftlich schwächen soll und einen Regimewechsel zum Ziel hat. Dies würde einen Flächenbrand in der gesamten Region auslösen. Die Friedensgruppen fordern stattdessen Initiativen für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten mit dem Ziel einer Atomwaffenfreien Zone unter Einschluss Israels sowie die Erfüllung des Atomwaffensperrvertrages durch die Atommächte, insbesondere die Abrüstung ihrer Atomarsenale gemäß Artikel VI Vertrages.

Mit zahlreichen Aktionen erinnern Friedensgruppen an diesem Wochenende an den Beginn des Irakkriegs vor drei Jahren und warnen vor dem drohenden Krieg gegen Iran. Demonstrationen und/bzw. Kundgebungen finden u.a. statt in Berlin, Bonn, Bremen, Duisburg, Frankfurt a.M., Freiburg, Hannover, Heidelberg, Kiel, München, Nürnberg, Paderborn, Tübingen. In vielen anderen Städten finden Mahnwachen, Infostände, Friedensmärkte oder Saalveranstaltungen zum Irakkrieg statt, so z.B. in Erfurt, Ludwigsburg Dortmund, Gammertingen, Heilbronn, Karlsruhe, Kassel, Rostock, Saarbrücken, Ulm, Zwickau, Braunschweig, Lüdenschied und Darmstadt.

Den Aufruf, der in der Wochenendausgabe der Frankfurter Rundschau mit allen UnterzeichnerInnen erscheint sowie im Neuen Deutschland und der Jungen Welt veröffentlicht wird, unterstützen zahlreiche prominente

Persönlichkeiten, u.a. der Schriftsteller Günter Grass, die Schauspielerin Rena Demirkan, der Liedermacher Konstantin Wecker, der ehemalige UN-Beauftragte für den Irak Hans Christoph von Sponeck, der Psychoanalytiker Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter, die Globalisierungsexpertin Prof. Dr. Maria Mies, der Journalist Franz Alt, der ehemalige Lübecker OB Michael Bouteiller, der IG-Metall-Gewerkschafter Horst Schmitthener, die israelische Friedensaktivistin Felicia Langer sowie Moshe Zuckermann (Tel Aviv), die Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer (SPD), Hans Christian Ströbele (B 90/Die Grünen), die Bundestagsfraktion Die Linke sowie zahlreiche Repräsentanten von Friedensgruppen, attac-Aktivisten, Gewerkschafter und Kirchenvertreter. Initiiert wurde der Aufruf von den Professoren Andreas Buro und Mohssen Massarrat.

Die Gesamtliste (FR-Anzeige) ist abrufbar unter www.koop-frieden.de/fr_anzeige18maerz06.pdf. Die Kampagne ist eine gemeinsame Aktion des Bundesausschusses Friedensratschlag (Kassel) und der Kooperation für den Frieden (Bonn)

Der Aufruf im Wortlaut

Die USA scheinen entschlossen, gegen den Iran einen Luftkrieg zu führen. Diesmal könnte es Washington gelingen, die EU vor ihren Kriegskarren zu spannen, wenn sich nicht die Bürgerinnen und Bürger dagegen zur Wehr setzen. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit einen neuen Krieg ab. Selbst wenn Teheran Atomwaffen anstrebte, die wir ebenso ablehnen, könnte der Iran auf absehbare Zeit niemanden mit Atomwaffen bedrohen, ungeachtet aller verbaler Attacken des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, die wir scharf verurteilen. Eine friedliche politische Lösung ist also durchaus möglich. Die Vereinigten Staaten nutzen jedoch die iranischen Atomanlagen nur als Anlass für viel weiter reichende Ziele:

- Der Iran soll zu einer unbedeutenden Macht zurückgebombt werden, um Amerikas Vormachtstellung im Mittleren Osten weiter auszubauen. Deshalb ist zu befürchten, dass außer Atomanlagen auch die Infrastruktur des Landes, wie 1991 im Irak, wichtige Versorgungseinrichtungen wie Ölraffinerien und militärische Ziele bombardiert werden sollen.

- Durch Chaos und Zusammenbruch der Versorgung sollen Revolten der iranischen Bevölkerung mit all ihren ethnischen Minderheiten provoziert und das Islamische Regime durch ein US-freundliches ersetzt werden. Nachdem sie in Afghanistan und Irak militärisch präsent sind, zielen die USA auf die vollständige Kontrolle der Ölquellen und Transportrouten im gesamten Mittleren Osten.

Die US-Regierung scheut wegen eigener Hegemonialinteressen nicht davor zurück, den Weltfrieden zu gefährden und einen Flächenbrand in der Region zu riskieren. Ein Krieg gegen Iran hätte fatale Konsequenzen nicht nur für die Völker im Mittleren und Nahen Osten, sondern auch für Europa. Neue ethnische Konflikte, Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten im Irak, Verwicklung Saudi-Arabiens und Syriens sind sehr wahrscheinlich. Es muss auch mit der Blockade der Öltransportrouten und rasant steigenden Ölpreisen

gerechnet werden. Nur Arbeitslosigkeit und Attentate hätten Konjunktur.

Nach den vielen Lügen Washingtons zur Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen den Irak braucht die US-Regierung für einen Krieg gegen Iran die moralische Legitimation, wenn nicht gar die Unterstützung der EU-Staaten. Diese Legitimation und Unterstützung darf es nicht geben! Wir rufen daher Alle auf, sich mit Demonstrationen, Kundgebungen und Resolutionen gegen den geplanten Angriffskrieg der USA zu wehren. Wir, als ein Teil des weltweiten Protestes, wenden uns auch gegen die Drohung mit Krieg als dem sogenannten „letzten Mittel“. Krieg ist der große Terror. Wir wollen jedoch Deeskalation, Nichtangriffsgarantien und Gewaltverzicht.

Von der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin fordern wir mit Nachdruck:

- Unterlassen Sie jegliche Droheskalation, die unweigerlich in einen Krieg einmündet. Schließen Sie jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran und erst recht eine deutsche Beteiligung daran unmissverständlich und grundsätzlich aus. Setzen Sie sich auch innerhalb der EU hierfür ein.
- Treten Sie ein für die Bildung einer Langzeit-Konferenz für Sicherheit und regionale Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten, die auch das Ziel verfolgt, dort - wie in der IAEA-Resolution vom 04.02.2006 hervorgehoben - eine Atomwaffenfreie Zone zu errichten, die Israel einschließt. Unternehmen Sie dafür schon jetzt erste Schritte.
- Treten Sie dafür ein, dass Atomwaffenstaaten ihre Verpflichtung zur Abrüstung ihrer Atomarsenale gemäß Artikel VI des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags endlich erfüllen.

Kooperation für den Frieden, c/o Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel. 0228 - 692904, Fax: 0228 - 692906, E-Mail: iranaufwurf@koopfrieden.de

ISLAM-Konferenz, 3.-5.Juni 2006

*im Anthroposophischen Zentrum Kassel,
Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel*

Verlangen Sie das komplette Programm: 0561 9308847, Fax 9308820, EMail: opitz@azkassel.de

Der Islam im Leben der Muslime - Politik, Recht und alltägliches Leben

Samstag, 3.6.2006

15.00 Begrüßung und Einleitung
15.30 Vortrag Peter Normann Waage: Was wäre Europa ohne den Islam? Verhältnis und Begegnung zweier Kulturen

17.00 Kaffeepause

17.30 Podiumsgespräch (Mitwirkende: Seyran Ates, Hamideh Mohagheghi, Bruno Sandkühler), mögliche Themenschwerpunkte: Prägende Elemente im Leben der Muslime; das islamische Recht und seine Anwendung; die Frau im Islam

19.00 Abendpause

20.15 Lautenkoncert mit Farhad Sabbagh

Allah und sein Prophet Die Einheit Gottes und seine 99 Namen

Sonntag, 4.6.2006

9.30 Vortrag Hamideh Mohagheghi, Koreferat Bekir Alboga: Allah und sein Prophet. Die Einheit Gottes und seine 99 Namen

11.00 Kaffeepause

11.30 Gesprächsgruppen

13.00 Mittagspause

15.00 paralleles Vortragsangebot

16.30 Kaffeepause

17.00 Gesprächsgruppen

18.30 Abendpause

20.00 Podiumsgespräch (Mitwirkende: Ibrahim Abouleish, Farhad Afshar, Peter N. Waage), mögliche Themenschwerpunkte: Die Gottesvorstellung des Islam: die Einheit Gottes und seine 99 Namen; der islamische Fundamentalismus, seine Wurzeln und Entwicklung, Bedeutung und Aktualität sowie sein Verhältnis zu Kern und Wesen des Islam

Gott ist groß - Aufgaben des Menschen in der Welt - Perspektiven eines künftigen Islam - sein Beitrag für die Welt von morgen

Montag, 5.6.2006

9.30 Podiumsgespräch (Mitwirkende: Bekir Alboga, Christine Gruwez, Milan Horák), mögliche Themenschwerpunkte: Der übende und der streitbare Mensch - großer und kleiner Dihad; Beiträge des Islam für die Welt von morgen; Fragen der Verständigung und Begegnung; Koexistenz oder Ablehnung und Blutvergießen

11.00 Vortrag Ibrahim Abouleish: Modernes Verständnis des Islam - Perspektiven eines künftigen Islam

13.00 Ende

Themen der Gesprächsgruppen (4.6., 11.30-13.00 u. 17.00-18.30), Auswahl:

Farhad Afshar: Wirtschaftsethik im Islam - eine Perspektive für den Westen?

Seyran Ates: Individualität versus Gemeinschaft - der Alltag muslimischer Frauen

Bekir Alboga: Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen als Aufgabe der Gegenwart

Christine Gruwez: Die Kunst im Islam - Architektur, Miniaturmalerei und Dichtung

Milan Horák: Die islamische Mystik als Quell eines neuen Erlebens unserer Welt Hamideh Mohagheghi: Die Scharia und das islamische Strafsystem

Bruno Sandkühler: Muss der Mensch Gottes Belange wahren? - Aspekte des Fundamentalismus

Peter Normann Waage: Der Islam und seine europäische Herausforderung, die Säkularisierung

Themen der Vorträge (4.6., 15-16.30), Auswahl:

Seyran Ates: Die Position der Frau in der Scharia - Ergebnis eines Menschenbildes

Bekir Alboga: Islam und Koran als Quelle der Kultur - großer und kleiner Dihad

Christine Gruwez: Die Einheit Gottes und das Trinitarische in Christentum und Islam

Milan Horák: Die Einheit Gottes ernst nehmen. Der islamische Gottesbegriff als eine Stärkung für unser alltägliches Leben.

Hamideh Mohagheghi: Schia und Sunna, Glaubensrichtungen des Islam - ihre Entstehung und Entwicklung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Bruno Sandkühler: „Hoffnung aus Tradition“ - Die Begriffe Dihad, Idjtihad, Idjma' und Qyias

Mitwirkende:

Ibrahim Abouleish, Begründer von SEKEM/Ägypten, Träger des Alternativen Nobelpreises 2004

Farhad Afshar, Soziologe Universität Bern, maßgeblich im interreligiösen Dialog in der Schweiz

Seyran Ates, Rechtsanwältin, Autorin, Berlin

Bekir Alboga, Dialogbeauftragter der „Türkisch-Islamischen Union d. Anstalt f. Religion (DITIP)“

Christine Gruwez, Altphilologin, Iranologin und Publizistin, Belgien

Milan Horák, Mathematiker/Physiker, Pfarrer der Christengemeinschaft in Prag

Hamideh Mohagheghi, Juristin, islam. Theologin, Referentin für interreligiösen Dialog in DE

Bruno Sandkühler, Romanist, Orientalist, Mitbegründer der „Marco Polo Reisen“, Lehrer

Peter Normann Waage: freier Schriftsteller, publiziert u.a. zu Fragen des Islam, Oslo

von gesunden und schmackhaften Lebensmitteln ihre Standards entwickelt und dabei immer Wert auf hohe Qualität gelegt. Die Grundsätze dieser Standards sind in der EU-Öko-Verordnung 2092/91 verankert. Nun befürchten wir, dass gerade dieser Anspruch durch eine neue EU-Verordnung aufgeweicht und einer Harmonisierung der Bio-Standards auf niedrigstem Level geopfert wird. Damit wird dem Betrug mit Pseudo-Bio-Produkten Tür und Tor geöffnet. Detaillierte Stellungnahmen von Verbandsvertretern und Interessensgruppen liegen Ihnen bereits vor. Als Betroffener möchte ich Sie jedoch mit allem Nachdruck darauf hinweisen, dass auch die Basis und die Konsumenten sich gegen die Vorschläge Ihrer Kommission verwehren.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher können sich ebenso wenig wie die Menschen, die auf den Feldern, in den Betrieben und im Handel mit Überzeugung für die Ideale der Öko-Bewegung arbeiten, zufrieden geben mit einer Vorlage, die offensichtlich halbherzig und vor allem unter enormem Zeitdruck umgesetzt werden soll. Wir lehnen die Revision der EU-Öko-Verordnung in der von der Kommission vorgeschlagenen Weise ab und fordern einen neuen diskussionsfähigen Entwurf. Bitte geben Sie den Konsumenten und den Vertretern der ökologischen Lebensmittelbranche die Chance, ihre Bedenken zu äußern und ihre Vorschläge einzubringen. Mit umweltfreundlichen Grüßen!

Protest gegen Novelle der EU-Bio-Verordnung

Die EU-Kommission ist dabei, die EU-Bioverordnung zu novellieren. Gegen die Vorschläge haben sich sowohl der europäische Zusammenschluss der Bio-Bewegung, die IFOAM-EU-Gruppe, wie auch der deutsche Bund der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft BÖLW als Zusammenschluss von Erzeuger-, Verarbeiter- und Handelsverbänden ausgesprochen. Nähere Informationen findet man z.B. unter http://www.bio-markt.info/bio-markt/inhalte/inh_index.htm?catID=40&docID=411. Eine mögliche Form des Protests besteht darin, an die EU-Agrar-Kommissarin Marianne Fischer-Boel zu schreiben (E-Mail: Mariann.Fischer-Boel@cec.eu.int). Der nachstehende Mustertext, hier geringfügig modifiziert, findet sich unter der angegebenen Internetadresse:

Sehr geehrte Frau Fischer Boel,
die ökologische Lebensmittelwirtschaft, von der landwirtschaftlichen Erzeugung über die Verarbeitung bis zum Handel, hat sich in den vergangenen 30 Jahren zu einem bedeutenden Sektor in Europa entwickelt. Mehr als 31 Mio. Hektar Land werden weltweit nach den Grundsätzen der biologischen Wirtschaftsweise kultiviert, der Umsatz der Bio-Branche dürfte im vergangenen Jahr erstmals die Schwelle von 30 Mrd. US-Dollar übersprungen haben.

Die Öko-Branche hat in Eigenverantwortung und aus ethischen Überzeugungen von einer umweltfreundlichen und tiergerechten Erzeugung und Verarbeitung

Gendreck weg!

Freiwillige Feldbefreiungen 2006: Pfingstmontag und 30. Juli. Täglich mehr Menschen geben ihre Absichts- und Solidaritätserklärungen ab

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Sommer 2005 haben wir erstmals eine öffentlich angekündigte Freiwillige Feldbefreiung in der Bundesrepublik durchgeführt. Viele von Euch haben mitgemacht: Zusammen waren wir über 300 Menschen, die an der Aktion bei Strausberg in Brandenburg teilnahmen und ihren entschlossenen Widerstand gegen Gentechnik in der Landwirtschaft zeigten. Unterstützt wurden wir von über 1000 Menschen, die ihre Solidarität oder die eigene Absicht, Felder zu befreien, erklärt hatten. Mehr über die Aktion, Bilder und eine große Zahl Presseberichte finden sich unter: www.gendreck-weg.de

Bald beginnt nun die neue Freiland-Saison. Die Auseinandersetzung um die Agro-Gentechnik geht 2006 in eine entscheidende Runde. Sind Sie/bist Du wieder dabei? Es erscheint notwendiger denn je. Der erste Schritt sind (neue) Absichts- und Solidaritätserklärungen, die öffentlich machen, wie ernst es uns mit unserem Widerstand ist. Die neue Bundesregierung macht sich für die Biotechnologie-Branche stark, der Landwirtschaftsminister kündigt eine neue Gangart an. Erst im Dezember wurden EU-weit neue Gen-Sorten zum Anbau zugelassen. In Brüssel träumt man von Aufholjagden gegenüber der US-amerikanischen Biotechnologie-Branche. Die Lobbymaschine der Industrie läuft. Auf der anderen Seite ist es unübersehbar, dass die breite Mehrheit der Bevölkerung in fast allen Ländern weltweit

die Gentechnik klar ablehnt. Die Schweizerinnen und Schweizer haben Ende 2005 per Volksentscheid den Anbau von Gentechnik-Pflanzen für weitere fünf Jahre untersagt, und Österreich, Polen, Griechenland und Ungarn wehren sich gegen die Gentechnik-Konzerne und haben unter anderem den Gen-Mais Mon 810 verboten, der vom deutschen Bundessortenamt in diesem Frühjahr zugelassen wurde.

Diese Entwicklung können wir nicht hinnehmen. Wir gehen nach öffentlichen und persönlichen Ankündigungen bei Tage auf Gentechnik-Maisfelder und reißen die gefährlichen Pflanzen aus. Es geht uns nicht darum, die Bauern zu schädigen, sondern die Gefahr abzuwenden. Wir betrachten unsere Aktion als Notwehr und als notwendigen Akt von Zivilcourage, der Ausbreitung der Gentechnik auf unseren Feldern Einhalt zu gebieten. Damit sehen wir uns in der Tradition gewaltfreien Widerstandes. Immer mehr Menschen kündigen bereits jetzt ihre Bereitschaft zur Feldbefreiung an. Das ermöglicht gesellschaftliche Diskussionen und erzwingt politisches Handeln. Zum Schutz der Landwirtschaft, der biologischen Vielfalt, unserer Ernährung und Gesundheit, weltweit.

Am Pfingstmontag (5. Juni) werden wir zur ersten Feldbefreiung schreiten. Eine zweite große und öffentliche Aktion soll am letzten Juli-Wochenende (30. 7.) folgen.

Für beide Termine wird ein Ort bald festgelegt, derzeit ist das bundesweite Standortregister noch in Arbeit. An beiden Terminen wird es möglich sein, vorher anzureisen und sich gemeinsam auf die Aktion vorzubereiten. Jetzt ist es an der Zeit, Absichts- oder Solidaritätserklärungen zu unterzeichnen. Ihr findet das Formular unter www.gendreck-weg.de Die großen Aktionen können stattfinden, wenn sich mindestens 250 Menschen bereit erklärt haben, dabei zu sein. Überdies können die Aktionen auf vielfältige Weise unterstützt werden: mit Sach- und Geldspenden, mit einer Mithilfe im Vorfeld oder an den Wochenenden selbst. Die Vorbereitung der großen Camps und die Öffentlichkeitsarbeit kosten Geld: Jede Spende hilft. Ganz besonders gut für unsere Planungen sind regelmäßige Spenden. Wer unterstützt uns mit monatlich ca. 10 EUR (oder mehr) für eine widerständige Freiland-Saison von März bis Oktober 2006? Wir freuen uns über Daueraufträge und Einzugsermächtigungen! Spendenkonto: STOP GMO, Konto Nr. 200398 3401, bei der GLS-Bank, BLZ 430609 67.

Wir freuen uns auch auf jede E-Mail an aktion@gendreck-weg.de, Telefon 0176 - 520 962 13 oder Fax 0761 - 400 422 6. Wer Zugang zu E-Mail hat, kann uns seine/ihre Adresse zukommen lassen, dann gibt es kostenlos ca. 14-tägig einen elektronischen Newsletter! Wir brauchen viele Menschen und viele Aktionsformen, um unser NEIN ganz deutlich zu machen. Denn Agro-Gentechnik schadet der Gesundheit, wie neue Untersuchungen immer wieder zeigen. Sie gefährdet die biologische Vielfalt, sowohl durch die Patent-Logik der Gentechnik-Saat als auch durch Wechselwirkungen mit Tieren und Pflanzen im Umfeld von Gentechnikfeldern. Sie gefährdet und vernichtet jetzt schon Existenzen in der Landwirtschaft, weswegen es in Deutschland, Frankreich und Indien auch Bäuerinnen und Bauern sowie Imker waren, die als erste zu den freiwilligen

Feldbefreiungen übergangen. Sie schafft eine extreme Abhängigkeit der Bauern von den Gentechnik-Konzernen, sie ist nicht rückholbar. In Europa spielt sie eine ganz besondere Rolle: In zahlreichen Ländern in der ganzen Welt lehnen die Regierungen und Großbauern die Gentechnik nur ab, weil sie den europäischen Markt nicht verlieren wollen. Die weitere Entwicklung in Europa hat deshalb weltweite Relevanz.

Das Team der Feldbefreierinnen und Feldbefreier

Löst das Geld die Gemeinschaften auf ?

Bodenordnung - Generationenvertrag - Unternehmensverfassung

11. CGW-/INWO-Tagung am 25. - 28. Mai 2006 in Birkenwerder bei Berlin

Der Zerfall überkommener Gemeinschaften ist überall zu beobachten. Immer mehr Lebensbereiche fallen so der Monetarisierung und Kommerzialisierung anheim und lösen sich in Tauschbeziehungen isolierter Individuen auf. Daran ist immer auch das Geld beteiligt. Als Tauschmittel gebührt ihm zwar in der arbeitsteiligen Wirtschaft eine zentrale Stellung. Aber die Beziehungen der Menschen erschöpfen sich nicht in Tauschverhältnissen. Das Tauschen und die Gemeinschaftsbildung mit ihrem zentralen Prinzip des Teilens haben jeweils an ihrem Ort ihre Berechtigung; sie können einander weder ersetzen noch dürfen sie sich verdrängen, wenn die Freiheitlichkeit der Gesellschaft gewahrt, ihre Solidarität aber auch nicht zerstört werden soll.

Wo aber sollte getauscht und wo geteilt werden? Dieser Frage soll die Tagung in den folgenden Bereichen nachgehen:

- in der Bodenordnung als Gemeinschaft der Menschen im Raum,
- im Generationenvertrag als Gemeinschaft der Menschen in der Zeit und in der
- Unternehmensverfassung als Gemeinschaft der Interessen und Zwecke.

Ein Blick auf den Staat soll die Betrachtung abrunden. Die Frage nach der Gemeinschaft ist ein Querschnittsthema, das sich durch die ganze Gesellschaft hindurchzieht und sowohl mit der Geld- als auch mit der Bodenordnung aufs engste verflochten ist. Wir erwarten uns daher von dieser Tagung nicht nur eine Vervollständigung unseres Gesellschaftsbildes durch den Gemeinschaftsaspekt, sondern auch eine Klärung mancher bisher noch nicht zufrieden stellend beantworteter Fragen zu Aufgaben und Grenzen des Geldes.

Fritz Andres, Dr. Gerhardus Lang, Prof. Dr. Roland Geitmann; und Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens werden u.a. zu den folgenden Themen referieren und in Arbeitsgruppen diskutieren: Das Bild des Menschen im Spiegel der Sozialordnung // Der Boden - Handelsobjekt oder gemeinschaftliche Grundlage freier Daseinsgestaltung // Der Generationenvertrag - Gemeinschaft oder Krieg der Generationen? // Die

Unternehmensverfassung - Strukturen von gestern für Unternehmen von morgen? // Der Staat - Garant des Rechts oder Arena des Interessenkampfes?

Nähere Auskünfte und Anmeldung: Dipl.-Ökonom Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel; Tel.: 04451 - 8 57 14 oder 95 64 80 (AB) - Fax: 04451 - 95 64 81; E-Mail: redaktion-onken@web.de - Internet: www.sozialoekonomie.info

Welt, regiere das Geld!

*Wirtschaften mit lokalen Visionen und globalen Perspektiven
Tagung vom 23. bis 25. Juni 2006,
Evangelische Akademie Bad Boll in
Kooperation mit dem Verein Christen
für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) e.V.*

Ein nachhaltiges und lebensdienliches Wirtschaftssystem darf sich nicht von reinen Kapitalinteressen steuern lassen. Deshalb werden Alternativen zur Diskussion gestellt und zivilgesellschaftliche Projekte samt ihren lokalen Vernetzungen präsentiert. Ein globaler Marshall-Plan zeigt Perspektiven auf, wie Wirtschaft weltweit in den Dienst der Menschen gestellt werden kann. Mit Dr. Susanne Edel, Prof. Dr. Roland Geitmann, Heiko Kastner, Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher u. a.

Kosten ab 141 Euro (Tagungsgebühr inkl. U./V). Information: brigitte.engert@ev-akademie-boll.de, Tel.: 07164 - 79 342, Fax: 07164 - 79-5342, Internet: www.ev-akademie-boll.de

Vergessener Faktor Boden

Elementarseminar, 1. - 2. April 2006 in Bad Boll

Der Boden spielt seit langem in Wirtschaftswissenschaft und Politik kaum noch eine Rolle. Die Volkswirtschaftslehre spricht zwar von den drei Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital. Aber durch die sog. Bodenreform nach dem 2. Weltkrieg in der DDR sind die Probleme der Bodenordnung für Marktwirtschaftler kaum mehr diskutierbar geworden. Sie waren schon immer ein heißes Eisen, jetzt sind sie ein Tabu. Die mit dem Boden zusammenhängenden Fragen bleiben daher nicht nur ungelöst, sondern - schlimmer noch - sie werden gar nicht mehr gestellt. Verdrängte Probleme gären weiter und verschaffen sich ungeordnet Luft: das ist im sozialen Ganzen nicht anders als beim Einzelnen. Der Zusammenhang vieler besorgniserregender Phänomene und Ereignisse mit den Fehlern unserer Bodenordnung wird allerdings meist nicht durchschaut.

Das Tableau der Erscheinungen ist vielfältig: Armut und gewaltsame Auseinandersetzungen in der 3. Welt, die weitgehend auf der ungerechten Verteilung des Bodens und der übrigen natürlichen Ressourcen beruhen, die Handlungslähmung der Staaten und der Menschheit

insgesamt bei voller Wahrnehmung der fortschreitenden Zerstörung ihrer Daseinsgrundlagen, die Fragen der internationalen Friedensordnung, die Probleme der Entwicklung unserer Städte und des Wohnungsmarktes usw. - all dies hängt auf durchwegs nicht durchschaute Weise mit den ungelösten Problemen unserer Bodenordnung zusammen.

Diese Zusammenhänge werden auf der Tagung aufgedeckt. Zugleich werden die heute notwendigen und gangbaren Schritte zu einer Reform der Bodenordnung (die eher einer wenn auch friedlichen Revolution gleichkommt!) aufgezeigt. - Machen Sie sich kundig, nehmen Sie an der Tagung teil - und bringen Sie Interessierte aus Ihrem Bekanntenkreis mit. Denn wir brauchen nicht nur eine Verbreitung von Einsichten, wir brauchen für diese gewaltige Aufgabe eine Bewegung! Helfen Sie als ersten Schritt mit, die Bodenfrage der Vergessenheit zu entreißen!

Themen der Referate und Aussprachen: Die Erde als Erbteil der ganzen Menschheit // Die Nutzung der Erde - eine Planungs- und Gestaltungsaufgabe der Gemeinschaft // Der Zugang zum Boden: der Staat als Platzanweiser oder Bodenverteilung an den „besten Wirt“, gesteuert durch Entgeltlichkeit der Nutzungsrechte // Die Formen der Entgeltlichkeit: Bodenrenten (Pacht, Erbbauzins, Bodenrentensteuer) oder Bodenpreise (Kapitalaufwand für Bodennutzungsrechte) sind nicht gleichgültig // Zur Verwendung der Nutzungsentgelte // Ohne gerechte Verteilung keine Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft // Die internationale Friedensordnung braucht eine Reform der Bodenordnung // Die Reform der Bodenordnung mit Hilfe des Erbbaurechts und durch Besteuerung der Bodenrente auf den Weg bringen!

Referenten : Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst v. Heynitz. Beginn Sa 10 Uhr, Ende Sonntag 12 Uhr. Ausführliches Programm und Anmeldeunterlagen: Seminar für freiheitlich Ordnung e.V., Badstraße 35, 73087 Bad Boll. Oder via Internet: www.sffo.de

Bildung in Finnland - die beste in Europa?

30. Internationales effe-Kolloquium in Helsinki, Finnland, 8. - 11. Juni, 2006 im Kallvik Konferenzzentrum

„Alle Welt“ pilgerte im letzten Jahr nach Finnland. Sehen die Finnen ihr eigenes Ergebnis auch so positiv? Welche Auswirkungen hat die PISA-Studie auf die verschiedenen Bildungssysteme und Kulturen? Was sind die Herausforderungen und Visionen der Zukunft? Dazu veranstaltet das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen das oben genannten Kolloquium. Unter anderen sprechen: Professor Reijo Wilenius: Die Pisa-Studien und die finnischen Bildungslandschaften // Professor Karel Rydl, effe-Präsident, Universität Pardubice, Tschechische Republik: Freiheit im Bildungswesen als ein Weg die Qualität der Bildung in Europa zu verbessern // Professor Kari Uusikylä, Universität Helsinki: Bildung auf der Spitze - auf welcher? // Professor Lea

Pulkkinen, Universität Jyväskylä: Kindheit heute - das soziale Wachstum der Kinder // Professor Kirsti Lonka, Direktor der erziehungswissenschaftlichen Abteilung, Universität Helsinki und Karolinska Institut, Stockholm: „Es ist windig auf dem Gipfel“ - Herausforderungen und Visionen der Zukunft

Weitere Informationen unter: www.effe-finland.org oder www.effe-eu.org. Kontakt: Kaisa@effe-finland.org oder Internationales Sekretariat des effe, Barbara Ziegler-Fonck, Husemannplatz 3-4, D-44878 Bochum, Tel.: +49 234 - 6104736, Fax: +49 234 - 6104738, E-Mail: contact@effe-eu.org, www.effe-eu.org

Ausbildung für Ausbilder

Akademie für neues Lernen

Diese Ausbildung für Erwachsenenbildner bringt neue Impulse für die inneren und äußeren Herausforderungen unserer Zeit. Der Kurs beinhaltet die Ausbildung selbstständiger Lernprozesse // die Individualisierung als Herz der Erwachsenenbildung // eine neue Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden // die Verwandlung von altem Karma in neue Fähigkeiten // eine neue Praxis des sozialen Lebens // die Entwicklung grundlegender kreativer Forschungsfähigkeiten. Der Kurs richtet sich an Menschen, die in der Erwachsenenbildung tätig sind oder tätig werden wollen.

Wann, wo und wie?

Teil I: 9. Oktober bis 3. November 2006 (vier Wochen): Vertiefung von kreativem Lernen

Teil II: 5. März bis 30. März 2007 (4 Wochen): Innere Schulung der Ausbilder

Teil III: Herbst 2007

Zweisprachig - Englisch und Deutsch. Mit Coenraad und Shirley van Houten, Jaak Hillen, Hans Supenkämper u.a. Ort: Freies Jugendseminar Engen.

Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen: New Adult Learning Movement (NALM), Shirley van Houten, Monika Pfiffner, Im Gröben 29, D- 88662 Überlingen, Tel.: +49 (0) 7551 - 308 237, E-Mail mail@nalm.net, www.nalm.net

Führung in der Selbstverwaltung

Ausbildung für Verantwortliche in Führungs- und Leitungsaufgaben, 2006 - 2007

Führung in der Selbstverwaltung

Über Jahrhunderte hinweg erschien es selbstverständlich, Verantwortlichkeit hierarchisch, d.h. von oben nach unten zu organisieren. Führungsqualitäten erschienen als charismatisch und deshalb kaum erlernbar. Diesem Vergangenheitsbild steht die zeitgemäße Auffassung gegenüber, dass erwachsene, fachkompetente Menschen, Eigenverantwortung entwickeln und ihre Aufgaben im

Rahmen institutioneller Selbstverwaltung selbst regeln können - und wollen. Dass Skeptiker Selbstverwaltung für ineffektiv halten können, liegt an dem Mangel an laufender Weiterentwicklung des Selbstverwaltungsgedankens, denn tatsächlich gibt es keine Organisationsform, die der Verwirklichung der Fähigkeiten aller beteiligten Menschen mehr entgegen kommt.

Führungsfähigkeiten entwickeln

Während es in hierarchischen Strukturen als notwendig erachtet wird, Führungskräfte auszubilden, verlässt man sich in selbstverwalteten Organisationen oft auf die mitgebrachte Begabung und den sog. gesunden Menschenverstand. Es ist aber längst offensichtlich, dass die Übernahme von Verantwortung auch in einer Selbstverwaltungsgemeinschaft neue Anforderungen an die Beteiligten stellt. Ineffiziente Organisation, Entscheidungsunfähigkeit oder Konflikte sind kein Grund, Selbstverwaltung durch hierarchische Führung auszutauschen, sondern signalisieren Schulungsbedarf.

Kursangebot

Über mehrere Jahre hinweg haben wir nun Erfahrungen mit unserem Schulungsangebot als einer zeitgemäßen Antwort auf diese zwiespältige Situation sammeln können. Der Kurs „Führung in der Selbstverwaltung“ schafft einerseits ein vertieftes Verständnis der Prozesse, in denen Verantwortung erlebt werden kann und fundiert damit Selbstverwaltung neu.

Gleichzeitig leitet er zur Entwicklung der für Führungs- und Leitungsaufgaben notwendigen Fähigkeiten an Führung und Leitung in die Selbstverwaltung integrieren. Die hier angebotene Schulung ist konzipiert für Menschen, die bereits in der Verantwortung stehen, als auch für diejenigen, die sich auf eine derartige Aufgabe in Schulen, heilpädagogischen und sozialtherapeutischen Einrichtungen, Kindergärten Altenheimen oder Werkstätten vorbereiten wollen.

Ziele

Die Teilnehmer erarbeiten sich lebendiges Bild des Organisationsansatzes der Selbstverwaltung // lernen die Gestaltungskräfte und -prozesse einer modernen Aufgabengemeinschaft kennen // erwerben sich ein vertieftes Verständnis von Führung und Verantwortung im Einklang mit der Idee und der Praxis der Selbstverwaltung // entwickeln methodisch die Fähigkeiten, die Strukturen und Prozesse ihrer Organisation unter dem Gesichtspunkt der Selbstverwaltung zu gestalten // stellen sich selbst eine Projektaufgabe, die sie im Kursverlauf bearbeiten.

Inhalte

Führungsverantwortung - Eigenverantwortung: Die Voraussetzungen zur Übernahme von Verantwortung // Das Aufgabenverständnis als verbindliches Leitbild einer Organisation // Das Ganze Verantworten, individuell handeln. Delegation und Repräsentanz // Kompetenz als Grundlage der Verantwortung // Bedingungen kollegialer Zusammenarbeit // Motivation und Führung // Offenheit und Führung - Umgang mit Konflikten Vereinbarung und Führung // Umgang mit den geistigen

und physischen Ressourcen // Aufgabenerfüllung und Wirtschaftlichkeit // Grundlagenarbeit und geistige Führung // Selbstführung und die Führung anderer // Führung und Entwicklung // Führung zwischen Kontinuität und Erneuerung // Soziales Verhalten und soziale Verhältnisse // Verantwortung für die Aufgabe, Verantwortung für Menschen? // Führung im gesellschaftlichen Spannungsfeld // Personalentwicklung zwischen allgemeinem Arbeitsrecht und individuellem sozialem Wollen // Organbildung in der Selbstverwaltung und überbetriebliche Zusammenarbeit // Projekt- und Seminauswertung, weitergehende Umsetzung.

Methode

Die Teilnehmer bringen ihre eigenen Praxisfragen mit in die Semingestaltung ein. Als Arbeitsformen werden Referate, Übungen und umsetzungsorientierte Arbeit an Führungsinstrumenten eingesetzt.

Zwischen den Seminarblöcken führen die Teilnehmer selbst entwickelte Projekte in ihren Einrichtungen durch, die am Ende gemeinsam ausgewertet werden.

Im Verlauf der Kurse hat es sich für die Umsetzung als äußerst fruchtbar erwiesen, wenn aus einer Einrichtung mindestens zwei Verantwortungsträger teilnehmen. Dem tragen wir durch entsprechende Beitragsreduktion Rechnung.

Organisation

Hauptverantwortlich für die Kursgestaltung sind Udo Herrmannstorfer und Dr. Gerhard Herz. Als Dozenten wirken Dr. Michael Ross, Klaus Hilsenbek, Jochen Pucher, RA Herbert Ladwig und Thomas Schoch mit.

9. - 11. Oktober 2006 im Münzinhof
 22. - 24. November 2006 in Bingenheim
 31. Januar - 2. Februar 2007 in Unterlengenhardt
 14. - 16. März 2007 in Bingenheim
 18. - 20. April 2007 in Unterlengenhardt
 (eventuelle Ortsänderungen vorbehalten)
 Anmeldeschluss 1. August 2006

Kursgebühr € 2.500,- pro Teilnehmer + gesetzl. Mehrwertsteuer für 15 Seminartage incl. Kursmaterial. Für einen zweiten Teilnehmenden aus einer Einrichtung halbiert sich die Gebühr auf € 1.280 + gesetzl. Mehrwertsteuer. Ein dritter Teilnehmer aus einer Einrichtung bezahlt keine Gebühr, wenn noch freie Plätze vorhanden sind.

Verantwortung und Leitung: Udo Herrmannstorfer, Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung, CH-4143 Dornach // Dr. Gerhard Herz, Institut für Betriebliche Bildung und Unternehmenskultur - IBU, D-82182 Gröbenzell.

Anmeldeunterlagen und Information: Dr. Gerhard Herz - IBU, Augsburgstrasse 31a, D-82182 Gröbenzell, Tel. 08142 570770, Fax 08142 58833, E-Mail: gerhardherz@ibuibu.com

„Es ist an der Zeit“

Aus Anlass seines 65. Geburtstags: Wilfried Heidt: Werk und Wirken. Ostertagung des internationalen Kulturzentrums Achberg, 13.-20.4. 2006

Mit Beiträgen von Freunden und Mitarbeitern. Durch die Tagung führt Gerhard Schuster, Wien.

Nähere Informationen (Teilnahme, Mitwirkung etc.) auf Anfrage gerhard.meister@kulturzentrum-achberg.de, Tel. 08380 - 335.

Trennung von Arbeit und Einkommen: Grundeinkommen

Tagung im Humboldt-Haus in Achberg, 29. April - 1. Mai 2006

Rainer Rappmann

„Das Ziel des erweiterten Kunstbegriffs ist die Befreiung der Arbeit für alle“ (Joseph Beuys)

Wir leben in einer Zeit der Umbrüche und Paradigmenwechsel. Das Phänomen der strukturellen „Arbeitslosigkeit“ lässt sich nicht mehr mit den bislang bekannten und praktizierten politischen und wirtschaftlichen Instrumenten in den Griff bekommen. Arbeitsteilung findet heute im Zeichen der Globalisierung weltweit statt. Es ist jetzt höchste Zeit, unser Denken und Handeln über Arbeit und Einkommen neu zu greifen um etwas Notwendendes in die Wege zu leiten.

Seit nicht ganz einem Jahr wird die Idee eines Grundeinkommens wieder stark in der Öffentlichkeit diskutiert - bis hin zum deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler. Angestoßen wurde diese Diskussion u.a. von dem Drogeriemarktgründer (DM) Götz Werner, der eine Anzeigenkampagne lancierte und seitdem in diversen Talkshows seine Idee vertritt. Aber die Politik will nicht so recht anbeißen, und ich denke, dass sie es als letzte tun wird. Zuvor braucht es einen breiten Bewusstseinswandel, der von vielerlei Maßnahmen begleitet wird und allerdings auch schon in vollem Gange ist.

Es besteht heute die Chance, dass wir uns erneut darauf besinnen, was Arbeit und Einkommen ihrem Wesen nach sind, was es bedeutet zu wirtschaften, Produkte und Dienstleistungen zu erzeugen und diese zu „verbrauchen“ in einer Welt, in der jeder von jedem lebt. Welche Rolle soll dabei das Geld als Einkommen spielen? Gibt es überhaupt einen Grund, die Existenz eines Menschen an seinen Arbeitseinsatz zu koppeln nach dem Motto „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“? Oder ist die Existenzgrundlage nicht ein Menschenrecht und eine Voraussetzung für das Arbeiten?

Was ist überhaupt Arbeit? Wird der Mensch faul und gefräßig, wenn ihm seine Existenzgrundlage gewährt

wird? Tut er dann gar nichts mehr? Oder umgekehrt, wie jüngst ein Freund formulierte: „Was wurdest Du arbeiten, wenn für Dein Einkommen gesorgt wäre?“

Weitere Fragen tauchen auf, wenn man besinnt, ob und wie ein solches Instrument „isoliert“ (?) in die gesellschaftliche Praxis eingeführt werden soll: Aus welchen Töpfen wird ein „bedingungsloses“ Grundeinkommen finanziert, schon gar, wenn man global denkt? Brauchen wir hierzu nicht einen anderen, neuen Staats- bzw. Gemeinschafts- oder gar Menschheitsbegriff? Zugespitzt formuliert: Wer genau sorgt für wen? Und, wenn es sich nicht um einen Wirtschafts-, sondern um einen Rechtsvorgang handelt: Bedeutet das „Recht“ auf Einkommen nicht auch die „Pflicht“ - zur Arbeit? Wie kann sich so etwas selbst regulieren, ohne in ein Überwachungssystem zu verfallen? Und stützt man am Ende durch eine solche (jedenfalls isoliert auftretende) Idee das Überleben eines bereits notwendig zusammenbrechenden Wirtschaftssystems?

Nutzen wir die Öffnung in der gesellschaftlichen Diskussion und bewegen wir diese Begriffe von verschiedenen Seiten und wieder ganz neu! Dazu haben wir unseren Kopf (und unser Knie/Beuys) und dazu sind wir auf der Welt, dass wir uns weiterentwickeln und neue Wege gehen. Greifen wir dabei zurück auf die Vorleistungen, die andere Generationen auf ihrem Wege zutage gefördert haben.

Auch Joseph Beuys und Rudolf Steiner sprachen bereits von der Notwendigkeit, Einkommen und Arbeit zu trennen, so der erstgenannte in seiner letzten großen Rede „Sprechen über Deutschland“ in den Münchener Kammerspielen: *„Bei einem wesensgemäßen Beschreiben des Geschehens zur Befreiung der von der Fähigkeit getragenen Arbeit ist es doch logisch, dass das Tragende zuerst befreit werden muss.“* Ein wunderschöner typischer Beuys-Satz, dessen Gestalt sich einem erst beim meditativen Besinnen erschließt. Aber genau darum geht es doch: eine schnelle pragmatische Lösung im Sinne von „ab morgen erhält jeder 1000,- EUR“ wird es nicht geben. Wie alles im Leben werden wir uns auch dies erarbeiten, um nicht zu sagen erkämpfen müssen. Vor allem sollen die Begriffe, die dabei im Spiel sind. „durch die Küche des Denkens“ (Johannes Stüttgen) und somit neu geboren werden. Und dazu wollen wir beitragen.

Am Samstag 20.00 Uhr führt Prof. Dr. Michael Opielka in die Idee des Grundeinkommens ein („Machen Sie doch, was Sie wollen“ - Anregungen, Lösungswege, Verwirklichungen) Am Sonntag gibt Dieter Koschek einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand zum Grundeinkommen und Johannes Stüttgen spricht über das Thema: Die Trennung von Arbeit und Einkommen sowie ihre Verbindung - Die Frage nach den Begriffen und ihrem Zusammenhang. Außerdem: Begehung des Hasenwegs, Tango-Abend. Montag: Offenes Podiumsgespräch bis 12 Uhr.

Anmeldeunterlagen: Verein zur Förderung des erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik e.V. c/o Rainer Rappmann, Am Schwarzenbach 25, 88239 Wangen, Tel. 07528 - 7734, Fax 07528 - 6028, www.fiu-verlag.com

Brüderliches Wirtschaften und Assoziationen

4. Sozialkundelehrertagung, 10.-12. März 2006 in Göttingen

Jochen Ketels

Nach der Beschäftigung mit der „Rechtskunde“ im letzten Jahr haben wir uns für dieses Mal das Thema „Brüderliches Wirtschaften und Assoziationen“ vorgenommen. Als Referent wird wieder Udo Herrmannstorfer mitarbeiten.

Als Literatur-Vorbereitung erging beim letzten Mal die Anregung, sich mit dem Nationalökonomischen Kurs zu beschäftigen. Wir werden sehen, inwieweit wir davon für unsere eigene Fortbildung und für den Unterricht Gewinn ziehen können.

Weitere Infos und Anmeldung: Jochen Ketels, Mühlenberggring 1, D - 37120 Bovenden, E-Mail JKetels@tonline.de

„Kann die Balance zwischen offenem Prozess und politischer Plattform gelingen?“

Auf dem Weg zum Weltsozialforum 2007 in Nairobi/Kenia

Montag, 8. Mai, 20.00 Uhr im Forum 3, Gymnasiumstraße 21, Stuttgart

Diskussion mit Jürgen Reichel, Evangelischer Entwicklungsdienst Bonn, Mitglied im International Council des Weltsozialforums

Das nächste Weltsozialforum findet Ende 2007 in Nairobi/Kenia statt. Als ein globaler Ort für grundlegende und emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungen ist das Weltsozialforum inzwischen unverzichtbar.

Doch da es sich um komplexe Räume des Austauschs handelt, wird es kein einfacher Event werden. Es benötigt, wie auch die Sozialforen auf kontinentaler, landesweiter und lokaler Ebene, die ständige Vergewisserung in einem offenen Prozess.

Welche Formen sind angemessen? Wie kann ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit ohne Zentralisierung hergestellt werden? Können die das Forum tragenden Bewegungen und Organisationen politische Effektivität ohne Verlust an Autonomie erreichen? Eintritt frei.

Jugendkongress 2006 mit Nicanor Perlas

vom 20.-22. Oktober in München

Irmgard Wutte

Die einzelnen Fäden, die zu der Idee dieses Jugendkongresses führten, gehen zum Teil Jahre zurück. Es waren Artikel von Nicanor Perlas, dann Begegnungen mit ihm auf Tagungen im Haus Freudenberg in Söcking. Voll Bewunderung und Begeisterung erlebte ich, wie er es verstand, die Tagung so zu moderieren, dass sie ganz aus den TeilnehmerInnen erstand. Jeden Arbeitsabschnitt eröffnete Perlas mit einer Frage oder einer Einführung und dann füllte er die Tafel mit all den Beiträgen der TeilnehmerInnen. Die einzelnen Beiträge brachte er in eine gewisse Ordnung und Struktur, so dass eine Art Tafelkunstwerk entstand - und zuletzt fasste Perlas alles zusammen und vertiefte die Gesamtaussage. So führte er uns Schritt für Schritt durch einen Prozess, den man vielleicht bezeichnen könnte „innere Krise und Ermächtigung“. Die Themen waren immer auf die globale Weltituation bezogen und wie sich in ihr die innere Situation der Menschheit spiegelt, der innere Prozess der Bewusstwerdung auf dem Weg zur Freiheit. Nicanor Perlas hat eine ganz besondere Gabe, die Menschen zu begeistern und - wie der Engländer so schön sagt - „to empower“, sich ihrer inneren Macht bewusst zu machen.

Ein anderer Faden war meine Arbeit mit einer Gruppe OberstufenschülerInnen an der Rudolf Steiner Schule Ismaning. Mit 9 SchülerInnen beginnend hat sich die Zahl derer, die bei unserer Schülerfirma Nyendo - Kiswaheli: Bewegung - mitarbeitet, inzwischen verdoppelt. Nyendo vertreibt und verkauft ehrenamtlich Ware aus Kenia und schenkt den Gewinn an die dortigen beiden Waldorfschulen.

Das ist die konkrete Aufgabe und Arbeit, die wir uns vorgenommen haben. Der Weg, der sich im Tun ergibt, ist dabei voller spannender Begegnungen und Entdeckungen. Nach jeder Begegnung mit anderen engagierten Menschen und Gruppen wurde unsere Motivation und Begeisterung wieder neu entfacht und neue Ideen flogen uns zu.

Als Nicanor Perlas mit 13 anderen alternativen Nobelpreisträgern - Empfängern des „Right Livelihood Award“ - im letzten Jahr in München tagte, entstand die Idee, einen Jugendkongress mit ihm zu veranstalten, an dem verschiedene Initiativen von und mit Jugendlichen teilnehmen - nein - ihn mit gestalten mögen. Der Weg sollte möglichst schon Teil des Zieles sein, nämlich sich zu begegnen und an dem was jeden bewegt und was jeder bewegt, bewusster und auch selbstbewusster zu werden.

Begegnung-Bewegung-Bewusstsein meinten daher die Jugendlichen, die sich nach und nach um unseren Anfangskern - Frau Schunke, Pfarrerin der Christengemeinschaft, Heiko Schaaf, Student der Philosophie und ich, Waldorflehrerin - scharten.

Etwas konkreter formuliert: wir wollen uns mit globalen Fragen beschäftigen und gleichzeitig uns als Zivil-

gesellschaft erleben, indem wir voneinander hören, was jeder tut und anstrebt. Nicanor Perlas wird uns in diesem Prozess mit seiner Erfahrung und seinem Weitblick begleiten.

Die vorbereitende Veranstaltungsgruppe, die sich einmal im Monat trifft, ist auf etwa 16 Mitglieder angewachsen, wovon die Hälfte über und die Hälfte unter 20 Jahre alt ist. Unser besonderes Interesse gilt allen schon aktiven - oder gerne aktiv werden wollenden Gruppen und Initiativen auch außerhalb der Waldorfkreise. So konnten wir einen Mitarbeiter der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung begeistern und einen Vertreter des Schülerbüros München, ein Netzwerk von SchülerMit-Verwaltungen an 300 Münchner Gymnasien.

Die Rudolf Steiner Schule Ismaning hat uns freundlicherweise ihre Räumlichkeiten für die Tagung vom 20.-22. Oktober angeboten. Jeder, der schon im Prozess der Vorbereitung dabei sein möchte - auch über E-Mail - ist ganz herzlich willkommen. Zur Tagung selbst hoffen wir auf reges Interesse.

Bitte schauen Sie auch auf unsere Webseite: www.jugendkongress-muenchen.de, Kontakt: Anna Lüdi, Anna-Grapefruite@gmx.de, Irmgard Wutte, Irmgard.Wutte@web.de Tel. 089 - 489 558 71

Aktion Volksabstimmung

Im März startet der OMNIBUS für direkte Demokratie die Aktion Volksabstimmung! Sie ist die Erweiterung der Aktion Wahlstreik. Zu oft war das Missverständnis entstanden, die Aktion Wahlstreik würde zum Nichtwählen aufrufen. Nein, Sie war ein Angebot für Nichtwähler, öffentlich zu bekunden, dass ihnen die Demokratie am Herzen liegt. Die Aktion Volksabstimmung richtet sich an ALLE. Jeder kann mitmachen und eine Aktionskarte an die Bundestagsabgeordneten schicken und sie damit aufrufen, für die Volksabstimmung tätig zu werden. Für den Fall der Nichteinführung des Abstimmungsrechts werden Konsequenzen im Wahlverhalten angekündigt:

- entweder die Wahl eines Abgeordneten, der sich glaubwürdig für die Volksabstimmung einsetzt, bzw. einer Partei, deren Abgeordnete dies tun.

- oder das Senden der Wahlbenachrichtigung an den OMNIBUS, um zu bekunden, dass die Demokratie nicht aus dem bedingungslosen Abgeben der Stimme bestehen soll.

Eine der beiden Optionen kann auf der Aktionskarte angekreuzt werden, die bei der unten angegebenen Adresse bestellt werden kann.

Quelle: Omnibus-Newsletter. OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Tel. 030 - 42 80 43 90, kurt.wilhelmi@omnibus.org, www.omnibus.org



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung
des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Programm 2006

Studiengang Sozialentwicklung

Soziale Dreigliederung als Weg zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse

Sozialqualifizierende berufsbegleitende
Ausbildung, Okt. 2006 bis Sept. 2008

Mit Udo Herrmannstorfer, Mag. Friedrich Platzer, Dr.
Michael Ross, Prof. Harald Spehl und Dr. Christoph Strawe

Termine und Themen der einzelnen Blöcke

1. Studienjahr

Arbeitswoche, 1. bis 7. Oktober 2006:
Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung
des sozialen Organismus

Wochenendseminar, 1./2. Dezember 2006
Grundlagen und Bedeutung der Selbstverwaltung
im sozialen Organismus

Wochenendseminar, 19./20. Januar 2007:
Von der Organisation zum Organismus
(Gliederung, soziale Lebensprozesse und Organbil-
dung, Salutogenese im Sozialen)

Wochenendseminar, 2./3. März 2007:
Grundlagen und Praxis des assoziativen Wirtschaftens

Wochenendseminar, 27./28. April 2007:
Fragen der Preisbildung in der Wirtschaft und
in der Kultursphäre, Preis und Lohn

Wochenendseminar: 15./16. Juni 2007:
Soziale Wirkungen von Eigentum, Geld und Kapital

2. Studienjahr

Arbeitswoche, 23. bis 29. September 2007:
Sozialgestaltung und Menschenverständnis -
Das Soziale als Übungsfeld menschlicher Entwicklung

Wochenendseminar, 30. Nov./1. Dez. 2007:
Die Neuordnung des Eigentums und des Geldwesens

Wochenendseminar, 11./12. Januar 2008:
Individualität und Staat:
Der Vertrag als Quelle modernen Rechts

Wochenendseminar, 29. Februar/1. März 2008:
Individualität und Staat:
Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderraum

Wochenendseminar, 25./26. April 2008:
In Entwicklungen denken (Nachhaltige Entwicklung)

Wochenendseminar, 13./14. Juni 2008:
Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung)

27./28. September 2008:
Abschließende Intervision der TeilnehmerInnen

Weitere Infos unter [www.sozialimpulse.de/studien-
gang.htm](http://www.sozialimpulse.de/studien-
gang.htm) oder Prospekt anfordern. Dieser Studiengang
kann nur als Ganzer besucht werden.

Notwendigkeiten moderner

Sozialgestaltung

Eine Einführung in den Arbeitsansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus

Sa, 29. April 2006

Forum 3, Gymnasiumstrasse 21, Stuttgart

Blockseminar für Einsteiger mit Christoph Strawe.

Themen: Der Mündigkeitsimpuls der Moderne und seine
Folgen für das soziale Leben - Individualisierung und
Globalisierung, wie kann die Globalisierung gestaltet
werden? - Die Frage nach der Freiheit der Kultursphäre, der
Vertiefung der Demokratie und der Entwicklung einer soli-
darischen Ökonomie - Geschichtliches zur Dreigliederung
- Individualisierung der globalen Verantwortung: Welche
Handlungsansätze gibt es im Großen und im Kleinen?

Tagesgliederung: Öffnung des Tagungsbüros 9.30 // Erste
Runde: 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00 Uhr // Zweite
Runde: 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 Uhr // Dritte
Runde: 17.00 - 19.00 Uhr. Die Runden werden jeweils
durch Impulsreferate eingeleitet.

Teilnahmegebühr EUR 60,- (ohne Verpflegung).

Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung - möglichst 2 - 3 Wochen vor Be-
ginn - erleichtert uns die Organisation und verhindert, dass
Veranstaltungen ausfallen müssen. Sie erhalten rechtzeitig
vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung eine Teilnahme-
bestätigung und weitere Informationen. Teilnahmegebühr
möglichst jeweils vor Beginn des Seminars überweisen an:
Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer 381 18
- 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 (bitte Name
und Veranstaltung vermerken). Teilnehmer aus dem Ausland
können zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren bei
Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und
Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten
bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. Ermäßigungen
sind im begründeten Einzelfall möglich, bedürfen jedoch
ebenfalls der Rücksprache. Wir bitten um Verständnis dafür,
dass wir eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des
Teilnehmerbeitrags erheben können, wenn Sie später als
eine Woche vor Veranstaltungsbeginn von der Teilnahme
zurücktreten.

Die Idee des Grundeinkommens: Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung

Arbeitstagung, Fr, 30. Juni
bis So, 2. Juli 2006

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Wilhelmshöher Alle 261

Mitveranstalter: Kulturinitiative im
Anthroposophischen Zentrum Kassel

Freitag, 30. Juni 2006: 19.30: Öffnung des
Tagungsbüros // 20.00 - 22.00: Das Recht auf
Entwicklung: Sozialversicherung und Grundein-
kommen - zwei Wege, ein Ziel? (Vortrag Udo
Herrmannstorfer, Aussprache)

Samstag, 1. Juli 2006: 09.00 - 10.30: Wie
lassen sich Sozialsysteme unter Bedingungen
des globalen Wettbewerbs gerecht
finanzieren? (Referat Harald Spehl, Aussprache)
// 11.00 - 12.30: Grundeinkommen als
Sockel der sozialen Sicherung - verschiedene
Grundeinkommensmodelle (Referat Christoph
Strawe, Aussprache) // 14.30 - 16.00: Die
Bewältigung des Problems der Arbeitslosigkeit
- Alternativen zu Hartz IV (Referat Michael
Ross, Aussprache) // 16.30 - 18.00: Neue
Wege im Gesundheitswesen, in der Pflege und
bei Invalidität (Referat Udo Herrmannstorfer,
Christoph Strawe, - Aussprache) // 19.30 -
21.00: Was geschieht mit der Altersversorgung?
(Referat Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl,
Aussprache)

Sonntag, 2. Juli 2006: 09.00 - 10.30: Leisten für
andere ohne Einkommenszwang? (Referat Udo
Herrmannstorfer, Michael Ross, - Aussprache) //
11.00 - 12.30: Abschlussplenum: Perspektiven
und Handlungsrichtungen

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und
Verpflegung) EUR 140,-, Verpflegung zusätzlich
25,-. Infos über Unterbringungsmöglichkeiten
unter www.sozialimpulse.de/http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/HotelsKassel.htm
oder auf Anfrage.

*Lebendiges Verstehen -
Soziales Gestalten*

Goetheanismus als Impuls zur Erneuerung von Sozialwissenschaft und sozialer Praxis

Seminar, Fr, 27. bis So,
29. Oktober 2006

Rudolf Steiner Haus Frankfurt/M, Hügelstr. 67

Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft
Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag, 27.10.: 19.15: Öffnung des Tagungs-
büros // 20.00: Was ist Goetheanismus?
(Vortrag Dr. Wolfgang Schad, mit Aussprache)

Samstag, 28.10.: Methodische Elemente einer
goetheanistischen Sozialwissenschaft: 9.30
- 11.15: Vom komplexen System zum sozialen
Organismus (Udo Herrmannstorfer) // 11.45
- 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30:
Polarität und Steigerung im Sozialen (Udo
Herrmannstorfer, Dr. Michael Ross) // 17.00
- 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00: Die
Überwindung des Zuschauerbewusstseins und
die Entwicklung des Gemeinsinns (Dr. Wolfgang
Schad u.a.)

Sonntag, 29.10.: 9.00 - 10.30: Die goethe-
anistische Methode in der Zusammenarbeit in
Einrichtungen und im zivilgesellschaftlichen En-
gagement (Dr. Michael Ross, Dr. Christoph Stra-
we) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und
Verpflegung) EUR 140,-, Verpflegung zusätzlich
20,-. Infos über Unterbringungsmöglichkeiten
unter www.sozialimpulse.de/Texte_html/Anweg_Frankfurt.htm oder auf Anfrage.

Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen
e.V. Stuttgart, Haußmannstraße 44a,
D-70188 Stuttgart

Tel.: (+49) 0711-23 68 950,

Fax: (+49) 0711-23 60 218,

E-Mail: Institut@sozialimpulse, Internet:

www.sozialimpulse.de